

**Ralf Löckener, Stefan Pfeifer**  
Arbeiterproteste 1997:  
Letzter Aufstand oder  
neue soziale Bewegung?

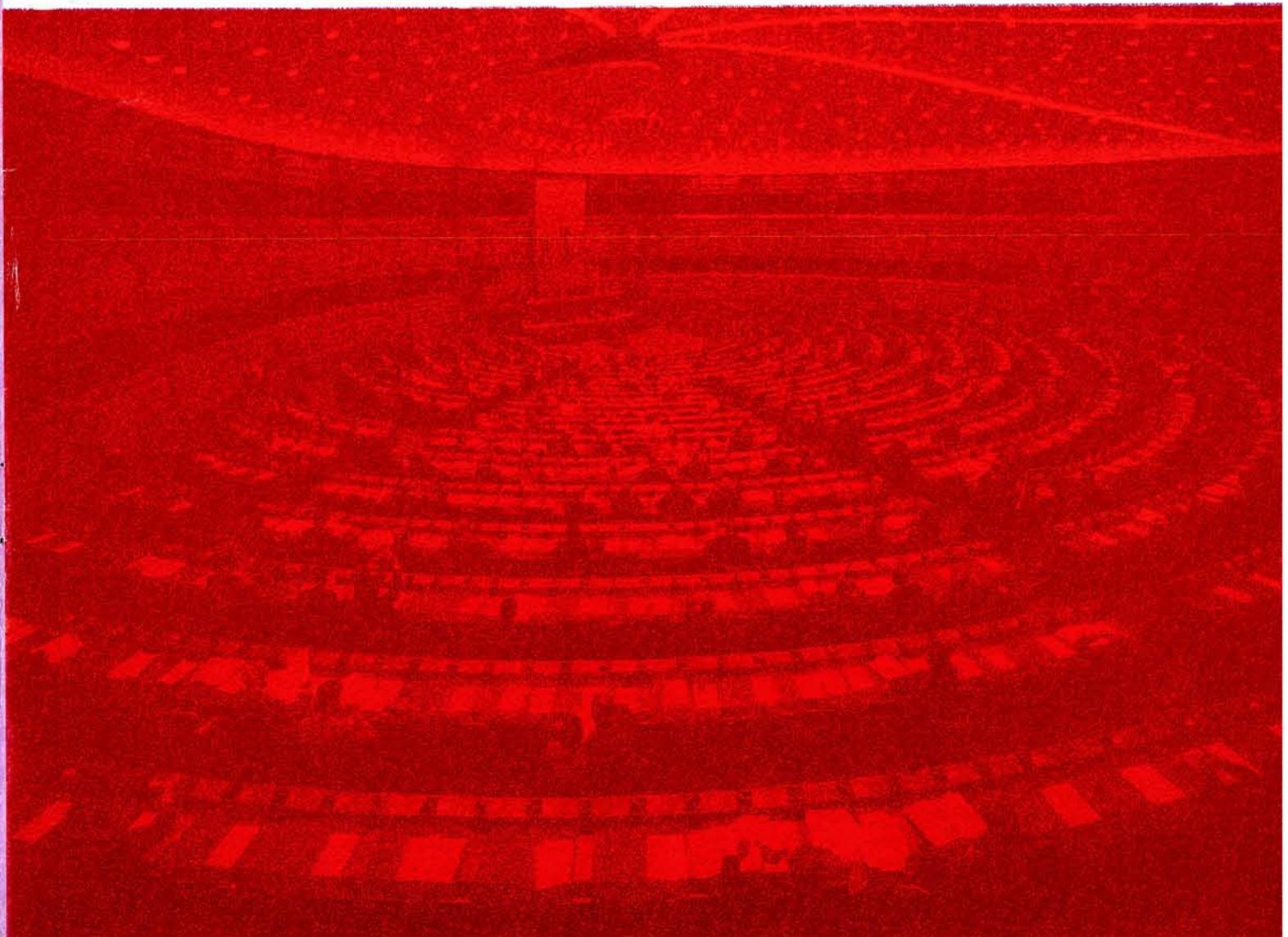
**Hilary Wainwright**  
,New Labour' –  
Thatchers Erbe und  
Verfassungsreform

**Alexandra Wagner**  
Die Linke und das Ziel  
der Vollbeschäftigung

**Fritz Rath**  
Europas Gewerkschaften  
vor dem EURO-Zeitalter

Ausgabe 3 | 97  
Heft 95  
9,50 DM  
Juni |  
Juli 1997

## EUROPA UND DIE LINKE



von Uwe Kremer

Im letzten kurzum vertrat ich die Meinung, Tony Blair's New Labour zeichne sich gegenüber den hiesigen Möchtegern-Blairs dadurch aus, daß es mehrheitsfähige Reformkonzepte formuliere, und dieser Kurs nicht umstandslos von links her als Verrat o.ä. denunziert werden dürfte. Dies hat einige Irritationen ausgelöst. Zunächst einmal zu recht. Denn nachdem ich dies formuliert hatte, strafte mich der Labour-Wahlkampf zugegebenermaßen Lügen: Blair stellte ein ums andere Mal Positionen des eigenen Programms in wirklich opportunistischer Weise in Frage. Andererseits scheinen die ersten Wochen der neuen Regierung (noch) vom Willen geprägt, das Land wirklich zu verändern und eine Aufbruchstimmung zu erzeugen, von der auch die linken Kräfte generell profitieren könnten.

Eine vermutlich (ich konnte den Artikel nicht vorher lesen) deutlich kritischere Position wird dazu in diesem Heft von Hilary Wainwright formuliert. Aber im Ländervergleich möchte ich doch im Grundsatz dabei bleiben: Von der Ausgangssituation her gesehen zeichnet sich New Labour – wie zu Beginn auch die Clinton-Politik – dadurch aus, daß der politische Pragmatismus mit durchaus visionären Zügen und einem intellektuell ausgewiesenen konzeptionellen Hintergrund verknüpft ist: durchaus eine Herausforderung für die sozialistische Linke. Hiervon kann aber im Falle der deutschen Möchtegern-Blairs kaum die Rede sein. Und dies ist das eigentliche Problem der Sozialdemokratie.

Ich hatte 1993 mit Blick auf die Umgruppierungsprozesse im linken Parteienspektrum im *kurzum* und anderswo die Auffassung vertreten, daß ein doppelter Neuformierungsprozeß im linken Spektrum im Gange sei:

- Zum einen gebe es die Clinton-Linie mit dem Politiktypus der „Demokratischen Partei“. Heute kann man

sagen, daß die europäische Variante vor allem von Blair's New Labour, aber auch von D'Alema's PDS bzw. dem italienischen Oliven-Bündnis repräsentiert wird.

- Zum anderen zeichne sich eine Neuformierung linkssozialistisch-radikaldemokratischer Kräfte ab. Diese Aussage hat sich leider nicht ganz so bestätigt, auch wenn z.B. in den USA (oder natürlich auch in Frankreich) bemerkenswerte Vorgänge zu verzeichnen sind.

Dies ist nach wie vor mein Denkansatz. Demnach sollte die sozialistische Linke nicht Old Labour gegenüber New Labour nachhängen, oder sich in den ewig erfolglosen Anstrengungen erschöpfen, die Sozialdemokratie auf einen antikapitalistischen Kurs zu bringen. Sie sollte sich schwerpunktmäßig um zweierlei kümmern – darum, daß ein reformpolitischer Impetus die „Modernisierung“ von Partei und Politik bestimmt, und darum, daß es nicht zu einer Ausgrenzung von antikapitalistischen Positionen und Kräften kommt. Sie sollte *unter dieser Maßgabe* die erste Option a la New Labour unterstützen. Ansonsten aber sollte sie sich um ihre eigene Modernisierung kümmern, um die Entwicklung einer *zweiten Option*. Und diese zweite Option bedeutet nichts anderes, als zu entwickeln, was unter den heutigen und künftigen Bedingungen „Sozialismus“ als Vision wie auch als politisch-sozialer Leitfa-den bedeuten kann.

✱

Ich glaube in dieser Hinsicht allerdings, daß viele Herausforderungen von uns noch gar nicht richtig begriffen worden sind. Ein extrem bedeutsames Beispiel (auch dies eine Variation früherer Ausführungen) ist das Verhältnis zum Unternehmertum. Nein, nein, ich meine damit nicht die Leier, daß wir bußfertig mit Irrtümern der Vergangenheit aufräumen und den Frieden mit dem Kapitalismus bzw. den herrschenden Klassen machen müßten. Eher im Gegenteil.

Wir erleben, wie sich Formen „autonomere“ (häufig aber extrem abhängiger) Arbeit sprunghaft ausdehnen (Gruppenarbeit, Profit-Center, Heimarbeit, Existenzgründungen, Scheinselbstständigkeit, Subkontraktoren, Schattenwirtschaft ...). Den verschiedenen Varianten der „Autonomie“ ist gemeinsam, daß sie unter den Stichworten der Selbstständigkeit wie auch des Co-Management mit einer *Ausbreitung des Unternehmerischen* ein-

hergehen. Obwohl uns dies vielfach selbst unmittelbar betrifft bzw. bis tief in das eigene Umfeld hineinreicht (*den spw-Zusammenhang* übrigens voll eingeschlossen!!!), ist die Dimension des Vorganges nicht richtig verarbeitet worden: das darin enthaltene Neben-, Mit- und Gegeneinander von Selbständigkeit und Abhängigkeit, von kapitalistischem Gewinnstreben und Gemeinsinn, von persönlicher Ermutigung und Entmutigung.

Diese Ausbreitung des „Unternehmerischen“ ist nicht vorübergehender Natur und es wäre absolut unzureichend, diesen Vorgang auf ein kapitalistisches Manöver zu reduzieren, auch wenn die klassenpolitischen Bezüge eindeutig sind. Hier entsteht ein Kampffeld von enormer Komplexität. Entweder es gelingt, zwischen Unternehmertum und Kapitalismus zu differenzieren und in der Perspektive die *Vorstellung eines sozialistischen Unternehmertums* zu entwickeln oder diese Entwicklung ist der endgültige Tod des Sozialismus als einer auch und gerade ökonomischen Alternative.

✱

Jedenfalls ist die Entwicklung der zweiten, *der neosozialistischen Option* ganz anders gelagert als die der ersten. Sie hat viel weniger mit parteipolitischen Operationen zu tun. Einfluß kann auch auf andere Weise als über Parteitage ausgeübt werden (kaum zu glauben, aber wahr!). Es geht mehr um die Entwicklung einer – wie soll ich es sagen? – *sozialistischen Gemeinde* (oder eines sozialistischen Bundes), deren Mitglieder in ganz unterschiedlichen Berufen, Apparaten, Feldern und auch Parteien tätig sein können. Dies ist für mich selbst übrigens ein zentrales Element des Crossover-Prozesses, den ich in gewisser Hinsicht durchaus als ökumenisch verstehe. Auch in dieser Sicht wäre es interessant, sich mit bestimmten Vorgängen in Frankreich oder Großbritannien oder den USA stärker zu beschäftigen.

Ich gebe gerne zu, daß hier der Wunsch ein wenig der Vater des Gedankens ist – nämlich der Wunsch, an einer mehrheitsfähigen ersten Option mitarbeiten zu wollen und parallel dazu die zweite Option aktiv anzugehen, dabei die Unterschiedlichkeit beider Optionen zu betonen, aber die Gegensätzlichkeit (entweder-oder) aufzuheben, die so viele in den Opportunismus, in das Sektierertum oder in die Resignation treibt. spw

# INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:  
Heinz Albrecht (Berlin)  
Edelgard Bulmahn (Hannover)  
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
Diether Dehm (Frankfurt/M.)  
Katrin Fuchs (Verl)  
Christel Hanewinkel (Halle/S.)  
Uwe Kremer (Dortmund)  
Detlev von Larcher (Weyhe)  
Susi Möbbeck (Magdeburg)  
Peter von Oertzen (Hannover)  
Horst Peter (Kassel)  
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
Andreas Wehr (Berlin)  
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:  
Uta Biermann  
Thorsten Cabalo  
Ralf Krämer  
Christoph Meyer  
Joan Mirbach  
Silvia Rosendahl  
Reinhold Rünker  
Ralf Schmitz  
Stefan Schostok  
Georg Schulze  
Joachim Schuster  
Barbara Underberg  
Claudia Walther  
Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär  
Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:  
spw-Verlag/Redaktion GmbH  
Fresienstraße 26, 44289 Dortmund  
Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)  
Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)  
Telefax 02 31/40 24 16  
E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de  
Internet: <http://www.koeln-online.de/spw/>

Geschäftsführung:  
Olaf Schade  
Hans-Peter Schulz  
Joachim Schuster  
Alfred Voges

Konto des Verlages:  
Postbank Dortmund  
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr  
mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-  
(bei Bankeinzug DM 60,-)  
ermäßigtes Jahresabonnement  
für SchülerInnen, StudentInnen,  
Erwerbslose DM 55,-,  
(bei Bankeinzug DM 52,-)  
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist  
von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und  
Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
Manuskripte auf Diskette mit einem  
Ausdruck geliefert werden  
(MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1997.  
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
vorbehalten.

Titelfoto:  
Christian Kiel, Meerbusch

Satz und Gestaltung:  
Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:  
Nolte-Druck, Iserlohn  
1-3 Tausend, Juni 1997

*Uwe Kremer*  
kurzum ..... 2

## MAGAZIN

*Ralf Löckener, Stefan Pfeifer*  
Arbeiterproteste 1997: Letzter Aufstand oder neue soziale Bewegung? ..... 4  
*Joachim Schuster*  
Für einen ökologisch-solidarischen New Deal  
Crossover-Arbeitstagung am 13.04.97 ..... 6  
*spw-intern* ..... 8  
*Bettina Kohlrausch*  
Berlin, Alexanderplatz: Der Juso-Bundeskongreß 1997 ..... 9  
*spw-Redaktion*  
SPD-Unternehmer im sozial-ökologischen Aufbruch ..... 11  
*Susi Möbbeck*  
„... die treiben es ja auch zu weit“ ..... 12  
*Peter Vogel, Hans-Joachim Olczyk*  
Türkei: „Eine Minute Finsternis für immerwährende Helligkeit“ ..... 13  
*Volker Dörgeloh*  
Wohnbereichsprojekte als Perspektive für Gewerkschaftsarbeit? ..... 15

## BONN APART

*Frank Wilhelmy*  
Zwei zu eins – für Kohl? ..... 17

## ARBEIT – ZEIT UND GELD

*Alexandra Wagner*  
Die Linke und das Ziel der Vollbeschäftigung ..... 18

## EUROPA UND DIE LINKE

*Claudia Walther*  
Europa, die Linke und Major Tom  
Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 22  
*Hilary Wainwright*  
,New Labour' – Thatchers Erbe und Verfassungsreform ..... 24  
*spw-AutorInnengruppe*  
Raus aus der Sackgasse – Kurskorrektur für Europa! ..... 29  
*Ingo Schmidt*  
Der ,Euro' – ein Verwirrspiel in drei Akten ..... 30  
*Fritz Rath*  
Europas Gewerkschaften vor dem EURO-Zeitalter ..... 33  
*Thorben Albrecht*  
Naar en ander Europa: Alternativgipfel in Amsterdam ..... 37  
*Susanne Schunter-Kleemann*  
Skeptikerinnen der Europäischen Union  
Frauen in Norwegen und Schweden ..... 38

## GLOBALISIERUNG UND POLITIK

*Rainer Zugehör*  
Globalisierung und Nationalstaat ..... 43

## SOZIALDEMOKRATIE

*Mansfelder Forum*  
Linke Perspektiven für das „Land der Reformen“ ..... 45  
*Andreas Wehr*  
Völlig losgelöst – oder: Wie sich die Berliner SPD eine neue Basis sucht ..... 47

## THEORETIKER/INNEN

*Winfried Roth*  
Ernest Mandel: Theoretiker der kapitalistischen Krise ..... 51

## INTERNATIONALES

*Uli Cremer*  
Die „Normalisierung“ grüner Außenpolitik ..... 55  
*Konrad Gilges*  
Menschenrechte wahren – Armut beseitigen – Gewalt verhüten  
Friedenspolitische Positionen des Frankfurter Kreises ..... 58

# Arbeiterproteste 1997: Letzter Aufstand oder neue soziale Bewegung?

von Ralf Löckener und Stefan Pfeifer\*



Die Kommentatoren der Gazetteen von Arbeit und Kapital sind sich einig, was die Beschreibung angeht: ob die Renault-Arbeiter in Belgien, die Kumpel im Ruhrgebiet und im Saarland, die Bauarbeiter in Berlin oder die Stahlwerker bei Thyssen und Krupp – überall wehren sich Zehntausende, die von Arbeitslosigkeit bedroht werden, mit Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen oder Werksbesetzungen gegen Schließungsentscheidungen der Unternehmen. Unübersehbares und gemeinsames Merkmal dieser Proteste sind ihr spontaner und zugleich massenhafter Charakter. Offen ist dagegen die Frage, wofür die aktuellen Kämpfe stehen: Handelt es sich um den „letzten Aufstand der traditionellen sozialen Basis des sozialdemokratisch gezähmten Kapitalismus“, wie so manche konservativen und liberalen Kommentatoren vermuten, oder sind Hoffnungen auf eine „neue soziale Bewegung an der alten sozialen Frage“ berechtigt? Worum also geht es?

*Die aktuellen Auseinandersetzungen haben ihre Ursachen in den vielschichtigen Deregulierungen des Kapitalismus in den letzten 20 Jahren.*

## Ökonomische Ursachen der aktuellen Auseinandersetzungen

Der Blick auf die ökonomischen Ursachen der aktuellen Auseinandersetzungen offenbart die Konsequenzen, die aus den vielschichtigen Deregulierungen des Kapitalismus in den letzten 20 Jahren erwachsen:

Die Entwicklungen in der Bauindustrie stehen für die Folgen der Aushöhlung von kollektiven Regelungen der Arbeitsverhältnisse – seien sie nun tarifvertraglicher oder sogar gesetzli-

cher Natur: Vorgeschriebene Mindestlöhne werden nicht durchgesetzt, auf den Baustellen grassiert das Tagelöhnerprinzip, in Ostdeutschland z.B. wird kaum mehr als 10,- DM/Stunde gezahlt. Das Risiko tragen alle: die Kollegen aus dem Inland, deren Arbeitsplätze selbst im Bauboom verloren gehen, und die Kollegen aus dem Ausland, die über Abschiebeknäste des Landes verwiesen werden, während die Unternehmer, die sie angeheuert haben, von den Billiglöhnen profitieren.

Der Versuch der „feindlichen Übernahme“ des „großen“ Thyssen durch den „kleinen“ Krupp war nicht der Versuch einer industriepolitischen Operation, sondern markiert die neue Rolle der Banken und des Finanzkapitals im Verhältnis zu Industrie und Realkapital: Die wachsende Vermögenskonzentration in der Hand von wenigen Reichen und die Deregulierung der Finanzmärkte haben dazu geführt, daß die Industrie in zunehmendem Maße den Interessen der Vermögensbesitzer bzw. ihren Investmentfonds unterworfen wird. Die Banken sehen sich dabei als Organisatoren für die Renditen der Kapitalanleger – an die Stelle der mittel- und langfristigen (Beteiligungs-) Beziehung zwischen Industrie- und Finanzkapital treten kurzfristiges Investment und shareholder value. Nicht ein Zuwachs an Macht der Banken ist die Ursache solcher Entwicklungen, sondern ein neue Rolle.

Die Kürzung der versprochenen und vertraglich abgesicherten Unterstützungen für den Bergbau stehen für den Paradigmenwechsel des Staates im neoliberalen Konzept: Noch steht die Unterstützung des Kohle-

bergbaus für traditionelle politische Ziele und aktives staatliches Handeln, doch nun sollen die national autarke Energieversorgung oder struktur-, arbeitsmarkt- und regionalpolitische Ziele bedingungslos von der politischen Tagesordnung verschwinden. Das neoliberale Konzept erkennt in jedem staatlichen Eingriff in die Wertschöpfungsstrukturen nur noch eine Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes.

## Solidarisierungen in Öffentlichkeit und Politik

Wie wurden diese Entwicklungen und die darauf einsetzenden Proteste nun in der Öffentlichkeit reflektiert und politisch verarbeitet? Zunächst ist festzustellen, daß den beschriebenen Vorgängen und den darauf antwortenden Protesten in den Medien und in der Öffentlichkeit nicht nur eine große Aufmerksamkeit zuteil wurde, sondern auch viel *Sympathie*. Wurden protestierende Bergleute noch vor einiger Zeit erfolgreich als Besitzstandswahrer gebrandmarkt und Stahlarbeiter mit dem Hinweis auf die Unvermeidlichkeit des strukturellen Wandels zur Sicherung der Standortqualität über die realen Gefahren für ihre Erwerbsmöglichkeiten hinwegtröstet, setzt sich mit wachsender Arbeitslosigkeit mittlerweile die Auffassung durch, daß man in dieser Situation nur noch protestieren kann – ja sogar *muß*. Gerade der Widerstand der Bergarbeiter fand über die betroffenen Belegschaften hinaus eine breite Solidarisierung, die in einer Kette von 200.000 Menschen quer durch das gesamte Ruhrgebiet gipfelte. Und auch beim Versuch der Großbanken, den Konzern Thyssen in den

\* Ralf Löckener, Dortmund; Stefan Pfeifer, Essen. Beide arbeiten als wissenschaftliche Angestellte bei der gewerkschaftseigenen Beratungsgesellschaft ISA Consult.

Konzern Krupp auf Kosten von Arbeitsplätzen einzugliedern, waren die Sympathien klar verteilt.

Nun war eine geschlossene Solidarisierung der Sozialdemokratie mit den Bergleuten natürlich zu erwarten – zumal die Zechen bekanntlich in den SPD-Hochburgen Nordrhein-Westfalen und Saarland betrieben werden – und notwendig. Daß sich hingegen auch die meisten Grünen solidarisch mit den von Arbeitslosigkeit bedrohten Kumpeln zeigten, ist dagegen weitaus bemerkenswerter – schließlich ist die Verfeuerung fossiler Brennstoffe zweifellos eines der größten ökologischen Probleme unserer Zeit. Zumindest in dieser Diskussion wurde aber auch von den Grünen die Problematik der Kohlendioxid-Emissionen durch Steinkohle-Verstromung nicht vor die Arbeitsplatzsicherheit gestellt. Und bemerkenswert ist schließlich auch die Reaktion der SPD-Spitze in Nordrhein-Westfalen auf den Coup von Krupp: Die in der Landesregierung gezeigte Überraschung und Enttäuschung (!) signalisieren, daß der Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik, Massenarbeitslosigkeit und dem ökonomischen Niedergang zuvor nicht konsequent hergestellt wurde – schließlich hat die Durchsetzung des Investment-Paradigmas ihren Grund in der zunehmend ungerechten Verteilung von Reichtümern, die sich lohnenswerte Anlagemöglichkeiten eben schaffen, falls es keine verfügbaren gibt.

**Zukunftsorientierte politische Alternativen notwendig**

Angesichts der spontanen und außerordentlich breiten Solidarisierung mit betroffenen Belegschaften tritt freilich umso deutlicher hervor, wie wenig der Widerstand gegen eine unsoziale Politik und ihre Folgen zur Zeit mit einem alternativen, tragfähigen politischen Programm verknüpft wurde. Dies gilt beispielsweise gerade im Vergleich zu den Protesten gegen einen anderen Fall der Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie, der Schließung des Stahlwerkes in Rheinhausen in den 80er Jahren. Damals wurde die nordrhein-westfälische Landesregierung zwar ebenfalls von der Protestbewegung überrascht, beantwortete sie allerdings durch den Start einer aktiven und ehrgeizigen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Dabei konnte sie sich stützen auf konzeptionelle Vor-

arbeiten in der IG Metall, die darauf abzielten, die strukturellen Schwierigkeiten in traditionellen Branchen wie etwa der Stahlindustrie im Kontext neuer gesellschaftlicher Bedarfe zu lösen: Wie beispielsweise kann man durch eine neuartige Verkehrstechnik gleichermaßen eine ökologische Mobilität fördern und Impulse für eine erfolgreiche Produktdiversifizierung in Branchen und Betrieben setzen?

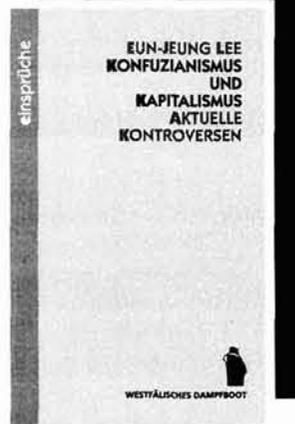
Die aktuellen Abwehrkämpfe wurden nicht mit zukunftsorientierten Perspektiven verbunden – und erlangen so auch kaum eine Ausstrahlungsfähigkeit über den konkreten Fall hinaus. Dieser Befund weckt Skepsis gegenüber jenen Hoffnungen, die in den Protesten gegen die wachsende Arbeitslosigkeit den Beginn einer nachhaltigen, neuen sozialen Bewegung ausmachen, die letztlich zur Basis eines Machtwechsels im Lande werden könnte. Die Ansätze für eine politische Alternative zum neoliberalen System sind kaum entwickelt – diese Tatsache trat in den Protesten mindestens ebenso deutlich zutage wie der Unwille in der Bevölkerung, jede politische Operation zur „Sicherung des Standortes“ ungeachtet der sozialen Folgen hinzunehmen. Insofern beinhalten die aktuellen Proteste zunächst kaum mehr Substanz für einen politischen Machtwechsel als der Widerstand gegen die Schließung von Rheinhausen.

Gleichwohl sind in den jüngsten sozialen Kämpfen wichtige politische Markenzeichen popularisiert worden: „Kohl muß weg“ oder „Der Dicke muß weg“ sind zu Schlachtgesängen geworden. Der Unwille gegen die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen hat beispielhaften Widerstand mobilisiert und Spaltungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen verhindert – es handelt sich also mitnichten um den „letzten Aufstand“ der traditionellen Arbeiterbewegung. Doch es kommt darauf an, ein realistisches politisches Konzept zu formulieren, das gefährdete Beschäftigte, die Betroffenen der Kürzungen im Sozial-, Gesundheits-, und Bildungssystem wie auch die ökologisch motivierten Anti-Atom-Demonstranten gegen den Castor anspricht und mobilisiert – für ihre dauerhafte Mitwirkung an einer anderen Politik mit zukunfts-fähiger Programmatik.

spw



Gabriele Cleve/Ina Ruth/  
Ernst Schulte-Holthey/  
Frank Wichert (Hrsg.)  
**Wissenschaft Macht Politik**  
Interventionen in aktuelle  
gesellschaftliche Diskurse  
1997 - 419 S. - DM 48,00 - ÖS 350  
SFR 44,50 - ISBN 3-89691-406-5



Eun-Jeung Lee Lee  
**Konfuzianismus und  
Kapitalismus**  
(einsprüche Band 6)  
1997 - 159 S. - DM 36,00 - ÖS 263  
SFR 33,00 - ISBN 3-89691-412-X

**WESTFÄLISCHES  
DAMPFBOOT**

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
Tel. 0251/6086080 · Fax. 6086020  
e-mail: dampfboot@login1.com  
http://www.login1.com/dampfboot



# Für einen ökologisch-solidarischen New Deal

Crossover-Arbeitstagung 13.04.97

von Joachim Schuster\*

**K**napp 100 Personen berieten auf der inzwischen dritten Arbeitstagung von Crossover am 13.04.97 in Hannover Eckpunkte eines radikalen Reformprojektes. Der Diskurs im Rahmen von Crossover hat damit eine Kontinuität und Breite gewonnen, die beachtlich ist. War es zu Beginn des Prozesses neben der Erarbeitung inhaltlicher Reformperspektiven noch ein zentrales Anliegen, der politischen Lähmung der Linken in der Bundesrepublik und der wachsenden Entpolitisierung entgegenzuwirken, hat sich das gesellschaftliche Umfeld in Deutschland erheblich verändert. So heißt es in der Erklärung des Koordinierungskreises zur Hannoveraner Tagung:

## Unruhe in der Gesellschaft

„Im Jahr vor der Bundestagswahl und vor der Entscheidung über die europäische Währungsunion ist Deutschland ein unruhiges Land: Gewerkschafter kämpfen mit Erfolg gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung und mobilisieren Hunderttausende von Menschen zu Streiks und Demonstrationen gegen die Umverteilungspolitik der Bundesregierung. Beschäftigte in ostdeutschen Industriebetrieben protestieren gegen die Fortsetzung der Deindustrialisierung und gegen Lohnungleichheit; ganze Landstriche kämpfen für den Erhalt öffentlich geförderter Beschäftigungsstrukturen. Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeorganisationen

und betroffene Berufsgruppen wehren sich gegen die Zerschlagung des solidarisch organisierten Gesundheitssystems. Die Atom-Politik der Regierung stößt auf vielfältigen Widerstand. Fortschrittliche Intellektuelle fordern eine Politik zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und rufen zu neuen Bündnissen auf.

Diese Unruhe in der Gesellschaft findet in der Politik noch nicht ihre Entsprechung. Der Politik der Bundesregierung, die den ‚globalen Wettbewerbsdruck‘ als Legitimation für Entsolidarisierung, Umverteilung und den Abbau demokratischer Rechte benutzt, steht die parlamentarische Opposition häufig gelähmt gegenüber.

Unsere Gesellschaft steht vor einer Wegscheide: wird die Aushöhlung und Zerstörung solidarischer Strukturen weiter fortgesetzt und damit dem Gemeinsinn die Grundlage entzogen oder gelingt es, einen grundlegenden Richtungswechsel einzuleiten und eine Politik der Vollbeschäftigung, der Erneuerung des Sozialstaats und der ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise in Angriff zu nehmen. Wenn wir dem ‚materiellen Fortschritt‘ nicht endlich eine andere Richtung geben, ihn gegenüber neuen Bedürfnissen öffnen, wird auch die Massenarbeitslosigkeit nicht zu besiegen sein.“

Inhaltlich standen auf der Tagung zwei Reformfelder im Mittelpunkt, die jeweils durch Papiere von Mitgliedern des Koordinierungskreises eingeleitet wurden.

## Perspektiven für Vollbeschäftigung

In dem Forum „Zukunft der Arbeit“ wurden Perspektiven zur Wiedererlangung von Vollbeschäftigung diskutiert. Grundlage waren ein Thesenpapier von Horst Dietzel und dazu Stellungnahmen von Alexandra Wagner (siehe weiter hinten in diesem Heft) und Michael Jäger. Dabei kristallisierten sich drei Projekte heraus, die im Zentrum einer Reformalternative stehen sollten: Erstens bedarf es entgegen aller Standortpolemik einer Politik spürbarer Arbeitszeitsverkürzung, die öffentlich forciert und wo möglich gefördert werden muß. In der Frage des Lohnausgleiches sollte in diesem Kontext auch überlegt werden, ob nicht die öffentliche Hand zur Finanzierung teilweise herangezogen werden kann, wenn durch die Ver-

kürzung der Arbeitszeit neue Stellen geschaffen werden. Denkbar wären zeitlich befristete Lohnkostenzuschüsse für neu eingestellte Beschäftigte. Diese Umverteilung der Arbeit muß zweitens mit einer Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern verknüpft werden. Drittens sollte ein umfassender dritter Beschäftigungssektor mit öffentlich geförderter Beschäftigung aufgebaut werden.

Öffentlich geförderte Beschäftigung sollte aber nicht nur als arbeitsmarktpolitisches Instrument gesehen werden. Es kann sich dabei zugleich um ein Instrument zur aktiven Förderung eines ökologisch-sozialen Umbaus handeln, wenn gezielt Arbeit in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen, die bisher nicht vom Markt wahrgenommen werden, gefördert wird. Dahinter steht die Überzeugung, daß angesichts der offensichtlichen Mängel des vorherrschenden Wirtschaftssystems nicht eine Reduzierung, sondern eine Ausweitung des öffentlichen Sektors notwendig ist. Allerdings kommt es dabei darauf an, nicht lediglich den klassischen öffentlichen Dienst auszudehnen, sondern neue intelligente Organisationsformen zu finden, die Marktbeziehungen zulassen und auch selbstverwaltete oder genossenschaftliche Unternehmensformen stärken.

## Ansatzpunkte des ökologischen Umbaus

Im zweiten Forum zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, das durch Statements von Willi Brügggen, Hermann Bömer und Mohssen Massarat eingeleitet wurde, kristallisierte sich ein Konsens auf drei Feldern heraus, der über den bisherigen Debattenstand hinausweist: a) Öko-Steuern sind ein notwendiges Instrument zur marktkonformen Feinsteuerung. Sie sind aber kein Allheilmittel und werden allein nicht ausreichen, den ökologischen Umbau zu vollziehen. Sie müssen flankiert werden durch umfassende Konversionsprogramme der industriellen Kernsektoren, wobei auch Produktionsquoten für bestimmte Produkte in Erwägung gezogen werden sollten. Daneben gilt es selbstverständlich durch staatliche Ge- und Verbote steuernd in den Produktionsprozeß einzugreifen. b) Der schon im Forum Zukunft der Arbeit diskutierte öffentlich geförderte Beschäftigungssektor kann gerade bei

*Wenn wir dem materiellen Fortschritt nicht endlich eine andere Richtung geben, wird die Massenarbeitslosigkeit nicht zu besiegen sein.*

\* Joachim Schuster, Bremen, Mitglied der spw-Redaktion und für spw in der Koordination des Crossover-Prozesses tätig.

der Initiierung notwendiger gesellschaftlicher Nachfrage nach ökologisch sinnvoller Produktion wesentliche Schrittmacherfunktionen wahrnehmen. c) Es bedarf einer Ausweitung wirtschaftsdemokratischer Instrumente und Verfahren, um den ökologischen Umbau zum Teil auch gegen Marktkräfte umzusetzen. Strittig war in diesem Zusammenhang, welchen Stellenwert dabei eine institutionelle Stärkung von Verbraucherinteressen einnehmen kann. Die unter anderem vorgeschlagenen Verbraucherräte und -wahlen wurden beispielsweise sehr kritisch bewertet.

Auf der Tagung konnten wesentliche Eckpunkte eines radikalreformerischen Projektes schärfer konturiert werden. Damit ist ein Zwischenschritt bei der Konkretisierung einer inhaltlichen Alternative zur sozialfeindlichen Politik der geleistet worden, der durchaus auch eine Orientierung für die Bonner Oppositionsparteien zur Ablösung der Kohl-Regierung bieten kann. Bezeichnend

für die Diskussion der Tagung war, daß inhaltliche Differenzen sich zu meist nicht mehr an der Parteizugehörigkeit festmachten, sondern quer dazu lagen.

**Verbindung zur Erfurter Erklärung**

Den Abschluß der Tagung bildete eine Diskussion mit Initiatoren der Erfurter Erklärung. Edelbert Richter aus Weimar und Eckart Spoo aus Hannover legten ihre Motivation zur Mitarbeit bei der Erfurter Erklärung dar, wobei deutliche Unterschiede in der West- und Ost-Sicht zutage traten. Der gemeinsame Nenner ist jedoch, daß es in diesem Land dringend einer anderen Politik bedarf, die den sozialen Spaltungsprozessen entschieden entgegen wirkt.

Einigkeit bestand darin, daß die Erfurter Erklärung Crossover keineswegs überflüssig macht. Im Gegenteil, beide Initiativen können sich hervorragend ergänzen. Während „Erfurt“ den Schwerpunkt auf die

Mobilisierung für eine neue Politik in der Gesellschaft legen wird, kommen Crossover wichtige Funktionen bei der inhaltlichen Ausarbeitung einer radikalreformerischen Politik wie auch bei der Veränderung von Kräfteverhältnissen und der Verankerung radikalreformerischer Projekte innerhalb der jeweiligen Parteien zu. In diesem Sinne wird eine möglichst enge Kooperation zwischen der Erfurter Erklärung und Crossover angestrebt. Dies soll auch auf der für den 3.10.97 geplanten Konferenz der Erfurter Erklärung deutlich gemacht werden.

Crossover wird auch in diesem Jahr seine Fortsetzung finden. Geplant ist die Herausgabe eines gemeinsamen Buches „Zurück zur Politik“, welches sich vor allem mit der Formierung gesellschaftlicher Träger für eine radikalreformerische Politik befassen soll. Im Dezember schließlich ist ein großer Kongreß vorgesehen, auf dem der inhaltliche Diskussionsprozeß weitergeführt und verbreitert werden soll. spw

*Auf der Tagung konnten wesentliche Eckpunkte eines radikalreformerischen Projektes schärfer konturiert werden.*

<p>200 S., DM 28,00 ISBN 3-89438-121-3</p>	<p>294 S., DM 29,80 ISBN 3-89438-122-1</p>	<p>254 S., DM 29,80 ISBN 3-89438-123-X</p>	<p>280 S., DM 38,00 ISBN 3-89438-124-8</p>
<p>181 S., DM 28,00 ISBN 3-89438-112-4</p>	<p>159 S., DM 24,80; ISBN 3-89438-111-6</p>	<p>159 S., DM 28,- ISBN 3-89438-117-5</p>	<p>120 S., DM 24,- ISBN 3-89438-129-9</p>

Gesamtverzeichnis anfordern bei:

**PapyRossa Verlag** Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 62 40, Fax: 0221/44 43 05

# spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

- Die Zeitschrift hat schon wieder ein neues *Redaktionsmitglied*: *Uta Biermann*, in Mainz lebende und arbeitende Chemikerin, wird sich schwerpunktmäßig um die Felder Ökologie sowie Forschung und Wissenschaft kümmern.
- Wir wollen unsere Berichterstattung über Vorgänge im „Raumschiff Bonn“ durch eine regelmäßige Kolumne verstärken. Als Rubrikentitel für die Beiträge dazu sind wir nach vielem Nachdenken jetzt auf BONN APART verfallen, was verschiedenste Assoziationen zu toten und lebenden Personen zuläßt. Falls jemand einen besseren Vorschlag hat, sind wir für sachdienliche Hinweise jederzeit dankbar.
- Die im letzten intern angekündigte stärkere Darstellung der im spw-Zusammenhang tätigen Personen wollen wir in diesem Heft damit beginnen, den erlauchten *Kreis unserer gegenwärtig 14 HerausgeberInnen* etwas näher vorzustellen: *Heinz Albrecht* ist der älteste, Widerstandskämpfer und früherer Leiter des Marxistischen Arbeitskreises der SPD Berlin (West), er ist seit der Gründung der spw 1978 Herausgeber;

*Edelgard Bulmahn* aus Hannover ist seit Oktober 1993 Herausgeberin, sie ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion; *Karin Benz-Overhage* ist Mitglied im Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall in Frankfurt und ebenfalls seit 1993 eine der HerausgeberInnen; *Diether Dehm* ist Songautor und stellvertretender Bundesvorsitzender der AG Selbständige und Unternehmer in der SPD und seit 1991 Herausgeber; *Katrin Fuchs* aus Gütersloh ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und war Mitglied des SPD-Parteivorstands, seit 1986 Herausgeberin; *Christel Hanewinkel* aus Halle/Saale ist seit 1993 Herausgeberin und frauen- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion; *Uwe Kremer* wohnt in Dortmund und arbeitet bei dem gewerkschaftseigenen Beratungsunternehmen ISA Consult und ist seit 1995 Herausgeber; *Detlev von Larcher* aus Weyhe bei Bremen ist Bundestagsabgeordneter und Koordinator des Frankfurter Kreises der SPD-Linken und Herausgeber seit 1993; *Susi Möbbeck* war Juso-Bundesvorsitzende 1988 - 1991, arbeitet als wissenschaftliche Abgeordnetenmitarbeiterin und wohnt in Magdeburg, Herausgeberin seit 1990; Prof. *Peter von Oertzen* aus Bremen war lange Zeit Mitglied des SPD-Parteivorstands und Leiter der Parteischule, Herausgeber seit 1993; *Horst Peter* aus Kassel war bis vor einigen Jahren Mitglied des Bundestags und Koordinator des Frankfurter Kreises, Her-

ausgeber seit 1993; *Sigrid Skarpelis-Sperk* ist Bundestagsabgeordnete aus Kaufbeuren und Mitglied des Parteivorstands, seit 1993 eine der HerausgeberInnen; *Andreas Wehr* ist Mitglied des SPD-Landesvorstands Berlin und seit 1996 Herausgeber; *Thomas Westphal* war Juso-Bundesvorsitzender 1993 - 1995 und ist seit 1993 Herausgeber der spw, arbeitet jetzt bei der ISA Consult und wohnt in Dortmund.

- In spw 1/97 hatten wir die *Erfurter Erklärung* veröffentlicht und angekündigt, daß wir uns für den Erfolg dieser Initiative einsetzen wollen. Am 14. Mai hatte hierzu das *spw-LeserInnenforum Rheinland* eingeladen, um in Köln einen UnterstützerInnenkreis für die Erfurter Erklärung zu bilden. Dem Aufruf folgten ca. 20 Personen aus Parteien und Gewerkschaften. Die Anwesenden haben sich darauf verständigt, es nicht bei einer verbalen Unterstützung der Erklärung zu belassen, sondern aktiv in die Formierung einer „Gegenbewegung“ zur Kohl-Regierung einzugreifen und dabei an markante lokale Probolemlagen anzuknüpfen. Vor der politischen Sommerpause soll z.B. gemeinsam mit Beschäftigten der städtischen Betriebe eine Veranstaltung zum Thema „Privatisierung im öffentlichen Dienst“ durchgeführt werden. Wer sich für die Arbeit des spw-LeserInnenforum Rheinland und die Kölner Aktivitäten rund um die Erfurter Erklärung interessiert, wende sich an: Hans-Günter Bell, Tel. 0221-885299.

Die spw-Redaktion

spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft und die Jusos in der SPD (Bundesverband, Landesverband NRW, Bezirke Mittelrhein und Rheinland-Hessen-Nassau, UB Bonn) laden gemeinsam ein zur Veranstaltung am 12. Juni 1997:

## POLITIKWECHSEL IN DEUTSCHLAND '98 Perspektiven – Parteien – Positionen

Es diskutieren:

Edelgard Bulmahn (SPD-Parteivorstand, spw-Herausgeberin)  
Gregor Gysi (Sprecher der PDS-Gruppe im Bundestag)  
Kerstin Müller (Fraktionssprecherin Bündnis 90/Die Grünen)  
Andrea Nahles (Juso-Bundesvorsitzende)  
Bodo Ramelow (Thüringer Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV, Mitinitiator der „Erfurter Erklärung“)  
Moderation: Gesa Rünker

Wann und wo:

Donnerstag, 12. Juni 1997 – 19.30 Uhr

Stadthalle Bad Godesberg – Kleiner Saal

Jusos als sozialistischer und feministischer Richtungsverband – drohte dieser Anspruch zwischenzeitlich bei den Jusos fast zur Phrase zu verkommen, hat er nun mit dem Bundeskongress in Berlin wieder neue Brisanz gewonnen. Es ging darum, ob die Jusos diesen Anspruch aufgeben oder nicht.

Das Ergebnis war eindeutig, in allen zentralen inhaltlichen Fragen konnte sich die Verbandslinke durchsetzen, der Versuch, die Frauenquote zu einer Geschlechterquote zu verstümmeln, scheiterte gleich zu Beginn des Kongresses – auch lästige Diskussionen um den Rückzug von Delegierten aus nicht-quotierten Delegationen entfielen. Der Verband hat sich trotz aller Streitigkeiten eindeutig als sozialistischer und feministischer Richtungsverband positioniert.

Das allerdings interessierte die Medienöffentlichkeit kaum. Aufgrund der plötzlichen Kandidatur Stefan Grügers für den Bundesvorsitz war die öffentliche Botschaft lediglich die, daß der Juso-Verband nach wie vor zerstritten sei. Der Versuch, mit dem Bundeskongreß in der öffentlichen politischen Debatte Duftmarken zu setzen und die in weiten Teilen erfolgreiche politische Arbeit der letzten zwei Jahre zu präsentieren, wurde damit vereitelt.

#### Schwerpunkt: Sozialstaat

Schwerpunkt des Kongresses war die Frage nach der Zukunft des Sozialstaats. Zusammen mit den bayerischen Genossen und Genossinnen ist es der Juso-Linken gelungen, sich von neoliberalen Elementen in der Rentenpolitik, wie sie von den Jusos Baden-Württemberg vertreten wurden, klar zu distanzieren. Eine deutliche Mehrheit des Kongresses erteilte einer teilweisen Einführung des Kapitaldeckungsverfahrens in der Rentenversicherung eine Absage. Die Jusos bekräftigten damit ihre Position, daß nicht die demographische Entwicklung das Problem der Rentenversicherung ist, sondern die Massenarbeitslosigkeit. Der Widerspruch in unserer Gesellschaft verläuft nach wie vor nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Kapital und Arbeit.

Klassische Auseinandersetzungspunkte in der Generaldebatte waren die Frage einer bedarfsorientierten Mindestsicherung contra Negativsteuer und die Frage

der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Auch hier konnte sich die Verbandslinke mit ihren Positionen durchsetzen. Problematisch war allerdings, daß die Juso-Linke zum Bereich Steuern und Renten keine eigenen Anträge eingebracht hatte, und sich daher inhaltlich nur durch die Debatte profilieren konnte.

Es ist aber gelungen, neue Umverteilungsprojekte zu entwickeln und zu beschließen, die an das mit Erfolg vorgetragene Konzept der Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung anknüpfen. Neue politische Handlungsfelder wurden vor allen Dingen mit dem Beschluß aufgezeigt, eine elternunabhängige Jugend-Ausbildungsförderung durchzusetzen und dies zum Teil mit einer Erhöhung der Erbschaftsteuer gegenzufinanzieren. Mit dem Vorschlag, allen Jugendlichen unabhängig von ihrem Elternhaus die Ausbildung zu finanzieren, wird der Anspruch von Jugendlichen, diese Lebensphase eigenständig zu gestalten, aufgenommen und Bildung als gesellschaftliche Aufgabe definiert.

Auch im Bereich der Frauenpolitik ist es gelungen, die konkreten Ansprüche gerade von jungen Frauen mit sozialpolitischen Debatten zu verknüpfen. Mit einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kann dem doppelten Lebensentwurf von jungen Frauen, nämlich Beruf und Privatleben gleichberechtigt nebeneinander zu stellen, Rechnung getragen werden. Gleichzeitig wurde damit ein neuer strategischer Ansatzpunkt in der feministischen Debatte gefunden: Der Wunsch, Privates und Beruf zu verbinden, wird nicht mehr als Schwäche, sondern als Stärke definiert und ist somit Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung.

#### Oskar: Teil zwei

Oskar Lafontaine machte es den Jusos mit seiner Rede am Freitag Nachmittag nicht unbedingt leicht, ihn zu kritisieren. Er griff alle zentralen Politikfelder der Jusos, von der Kritik an der Standortideologie über den doppelten Lebensentwurf bis zum solaren Umbau auf, so daß die Auseinandersetzung sich hauptsächlich darauf beschränkte, einzufordern, seine hehren Worte doch endlich auch in Politik umzusetzen. Interessant ist aber die Tatsache, daß Oskar Lafontaine bereits den zweiten Juso-

# Berlin, Alexanderplatz

Der Juso-Bundeskongreß 1997

von Bettina Kohlrausch\*

Bundeskongreß in Folge besuchte. Auch das zeigt, daß die Jusos innerparteilich an Bedeutung gewonnen haben.

#### Arbeitsprogramm

Der Versuch, ein gemeinsames Arbeitsprogramm zu erstellen, scheiterte trotz großer Annäherungen ein paar Stunden vor Beginn des Kongresses. Entscheidender Auseinandersetzungspunkt war die Frage, ob bei einer neuen Grundsatzdebatte der Jusos ihre politische Grundausrichtung als sozialistischer Richtungsverband ein Fixpunkt bleiben oder in Frage gestellt werden sollte.

Dennoch war der von Andrea Nahles und der Juso-Linken getragene Diskussionsprozeß im Vorfeld des Kongresses wichtig, um breite Teile des Verbandes in die Entwicklung des Arbeitsprogrammes einzubeziehen. Die Neuerung, Kompromisse um das Arbeitsprogramm bereits frühzeitig zu klären, ist sicherlich begrüßenswert, was auch das im Vergleich zu anderen Arbeitsprogrammen in sich geschlossene Ergebnis beweist. Aufgrund der Kurzfristigkeit des Scheiterns waren aber trotzdem der Prozeß und die Auseinandersetzungspunkte für viele Delegierte nur noch schwer nachvollziehbar.

Die Verbandslinke konnte sich auch an diesem Punkt mit ihrem Arbeitsprogrammmentwurf klar durchsetzen. Zentraler Inhalt des Arbeitsprogramms ist die Kampagne zum Thema „Zukunft der Arbeit“ mit Projekten zur Beschäftigungspolitik, Umverteilung, zum solaren Umbau und einer Bildungsoffensive.

*Der Verband hat sich trotz aller Streitigkeiten eindeutig als sozialistischer und feministischer Richtungsverband positioniert.*

\* Bettina Kohlrausch, Bonn, Mitglied des Juso-Bezirksvorstands Mittelrhein

# AKP

## Alternative Kommunal Politik

▪ Wer über alle Gebiete der Kommunalpolitik kompetente Einführungen sucht,

▪ wer die wichtigsten Konzepte und Debatten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den zahlreichen Politikfeldern rund ums Rathaus kennenlernen will,

... für den/die gibt's nur eins - die reichhaltige Angebotspalette der AKP.

**Erstens:** Wer die «Alternative Kommunalpolitik» (AKP) - die seit 17 Jahren erscheinende Fachzeitschrift der Grünen für "Kommunalas / Kommunales" - noch nicht kennt, sollte Asche auf sein Haupt streuen, Buße tun und ganz, ganz schnell ein kostenloses Probeheft ordern. Die AKP erscheint 6 mal im Jahr mit jeweils 68 Seiten und kostet im Abo 66 DM.

**Zweitens:** Unser «Handbuch für alternative Kommunalpolitik» bietet mit 45 Kapitel, die von über 50 Fachleuten aus allen Gebieten der Kommunalpolitik geschrieben wurden, so allerhand Wissenswertes. Das engbedruckte, 415 Seiten dicke Werk verkaufen wir konkurrenzlos preiswert für nur 45 DM (zzgl. 4 DM Porto), weil wir wollen, daß möglichst viele Verantwortliche in den Rathäusern damit arbeiten.

**Drittens:** Wer noch gezielter informiert werden möchte, z.B. über weitere Fachbücher aus unserem Hause, Sonderhefte oder Themenpakete, sollte einfach den aktuellen Gesamtkatalog anfordern und einen Blick hineinwerfen.

**Probeheft und Katalog anfordern bei:**

**Alternative  
Kommunalpolitik**

Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld,  
☎ 0521/177517, ☎ 0521/177568

### Wahlen, Wahlen, Wahlen

Andrea Nahles wurde mit 188 Stimmen wieder zur Juso-Bundesvorsitzenden gewählt. Von Rheinland-Hessen-Nassau nominiert, kandidierte sie als unabhängige Linke und wurde von der Juso-Linken und anderen linken Teilen des Verbandes unterstützt. Andrea wurde trotz des Gegenkandidaten bereits im ersten Wahlgang gewählt und konnte ihren Stimmenzahl im Vergleich zum Bundeskongreß in Bonn-Bad Godesberg deutlich verbessern.

Ihr Gegenkandidat Stefan Grüger erhielt lediglich 142 Stimmen. Seine Kandidatur wurde erst in der Nacht vor der Wahl bekannt und war der Versuch, das zerstrittene undogmatische Lager hinter seiner Kandidatur zu einen. Die Erfolglosigkeit dieses Versuchs dokumentiert sich allerdings daran, daß sein eigener Bezirk Niederrhein Grüger mit der Begründung, einen rein persönlichen Machtanspruch ohne gemeinsame inhaltliche Fundierung nicht unterstützen zu wollen, ausdrücklich nicht zum Bundesvorsitzenden, sondern nur als Stellvertreter nominiert hatte und die Wahl zum Vorsitz freigab.

Die Diskussion, die sich beginnend mit der Rechenschaftsdebatte um Andrea Nahles entfachte, war zum großem Teil unpolitisch, aber gerade deshalb ein Politikum. Andrea wurde vorgeworfen, ihre Medienpräsenz lediglich zu persönlichen Profilierungszwecken zu nutzen, anstatt politische Inhalte zu transportieren. Ein Politikum sind solche Vorwürfe deshalb, weil sich in Personalausinandersetzungen gerade Frauen immer wieder den Vorwurf der Politikunfähigkeit gefallen lassen müssen. Mehr oder weniger unterschwellig klang durch, daß die Medienpräsenz aufgrund von Weiblichkeit und nicht von Kompetenz erworben worden sei. Die Kritiker vergessen zudem: Öffentlichkeit und Politik bzw. politische Wirkung gehören zusammen.

Der neue Bundesgeschäftsführer heißt Michael Rüter. Er stammt ursprünglich aus dem Westlichen Westfalen und ist der Juso-Linken zurechnen. Er gewann mit 187 Stimmen gegen Benjamin Ehlers aus Brandenburg, der 145 Stimmen erhielt.

Damit war der zu diesem Zeitpunkt einzige ostdeutsche Kandidat nicht gewählt worden. Der Versuch an dieser Stelle eine Ost-West-Pola-

risierung zu organisieren und mit den ostdeutschen Landesverbänden gemeinsam auszuziehen scheiterte jedoch, vielmehr wurde deutlich, daß es sich hier um eine Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Teilen des Verbandes handelte. Um eine Vertretung der ostdeutschen Interessen sicherzustellen, wurde Thilo Kraß als stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender im ersten Wahlgang gewählt.

Als weitere StellvertreterInnen wurden Ulf-Birger Franz (Hannover), Heike Schnependahl (Westliches Westfalen), Eckart Seidel (Berlin) für die Juso Linke; Kristina Augst (Rheinland-Hessen-Nassau) und Marcel Schaller (Bayern) für das unabhängige Lager sowie Stefan Grüger (Niederrhein) und Adele Frombach (Pfalz) für das undogmatische Lager gewählt. Matthias Boysen aus Schleswig Holstein und Ulrike Rohne aus Sachsen-Anhalt, die sich noch kurzfristig zu einer Kandidatur entschloß, wurden nicht in den Bundesvorstand gewählt.

### Die Jusos nach Berlin

Berlin hat illustriert, was eigentlich schon immer klar war: Die Jusos sind ein Verband, der sich streitet. Selbst medienöffentlich wurde diesmal aber deutlich, daß es sich jetzt um eine Rechts-Links Auseinandersetzung innerhalb der Jusos handelt, in der (auch) unterschiedliche inhaltliche Konzepte gegeneinander stehen.

Politische Auseinandersetzungen hat es bei den Jusos immer gegeben, allerdings beweisen die Kandidatur von Stefan Grüger und seine öffentlichen Stalinismusvorwürfe gegen Andrea Nahles in der Nachbereitung des Kongresses, daß die Auseinandersetzung an vielen Punkten die politische Ebene verlassen hat. Das ehemalige undogmatische Lager zerfällt und ist nicht einmal mehr bei Personaldebatten zu einigen. Harald Schrapers und Stefan Zimkeit vom (undogmatisch orientierten) Juso-Bezirk Niederrhein konstatieren im NR-Magazin: „Endgültig deutlich wurde auf diesem Bundeskongreß, daß es keine Basis für ein gemeinsames inhaltliches Projekt jenseits der sogenannten ‚Juso-Linken‘ gibt.“

Gefährlich ist diese Entwicklung aber deshalb, weil sich außerhalb dieses Lagers am rechten Rand der Jusos die selbsternannten „jungen Wilden“ der SPD formieren und be-

ginnen, die – ehemals von allen Strömungen bei den Jusos gemeinsam getragenen – sozialistischen und feministischen Grundlagen des Verbands aufzukündigen. Es gibt eine erhebliche Zahl von Jusos, die vor allem mit dem vorgeschobenen Argument, die „echten Jugendlichen“ interessierten sich nicht mehr für sozialistische Politikentwürfe, versuchen, die Jusos insgesamt als linken Richtungsverband in Frage zu stellen.

Die Jusos haben in den letzten zwei Jahren mit Andrea Nahles große Erfolge erzielt. Sie haben sich in-

nerparteilich als ernstzunehmende Macht etabliert. Sie sind außerhalb des Verbandes in der Auseinandersetzung um die Umlagefinanzierung als wichtige BündnispartnerInnen erkannt und akzeptiert worden. Auf dem Bundeskongreß konnte sowohl inhaltlich als auch personell eine solide Grundlage zur Weiterführung dieser Politik erreicht werden. Aufgabe der Juso-Linken muß es in den kommenden zwei Jahren sein, diese Politik weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig muß sich der Verband an den zentralen Auseinandersetzungspunkten neu formieren. Bei

diesem Prozeß muß es zwischen unabhängigen linken Teilen des Verbandes, der Juso-Linken und auch den sich auf diesem Bundeskongreß erstmals „geouteten“ konstruktiven Teilen der ostdeutschen Landesverbände eine konstruktive Zusammenarbeit geben, die die Jusos als sozialistischen Richtungsverband profiliert und ihre politischen Machtansprüche deutlich macht. Daran führt auch angesichts der Bundestagswahlen im nächsten Jahr kein Weg vorbei. spw

*Die Jusos haben in den letzten zwei Jahren mit Andrea Nahles große Erfolge erzielt. Sie haben sich innerparteilich als ernstzunehmende Macht etabliert.*

Im September 1995 wählte die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen/sozialdemokratische Unternehmer (AGS) – damals noch überraschend – den SPD-Linken Diether Dehm im zweiten Wahlgang zu ihrem Bundesvorsitzenden. Eine neoliberale Rechte blieb auch inhaltlich in beeindruckender Minderheit. Der damals neu gewählte Vorsitzende hatte mit dem Konferenzmotto „Mit Weitsicht wirtschaften“ die Sustainability-Diskussion selbst auf die Gewinne übertragen: „Ich ziehe nachhaltige mittelständische Gewinne dem schnellen Geldmachen und Spekulieren der Großkonzerne und Großbanken radikal vor!“

Doch danach war Diether Dehm heftigen Angriffen ausgesetzt. Zunächst als Reaktion aus den eigenen Reihen auf seine massive Kritik an der Deutschen Bank, als Kopper zur Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen aufrief („Macht und Reichtum der Großbanken sind für unsere Volkswirtschaften auf der Welt wie ein Krebsgeschwür“). Es folgte ein Prozeß wegen angeblicher „Beihilfe zur Veruntreuung“ in Sachen „Hessischer Rundfunk“, der mittlerweile mit Freispruch endete. Und dann kam die Stasi-Akte (vgl. den Artikel von Neumann in spw 5/96). Im Bundesvorstand der AGS wurde Diether Dehm mit knapper Mehrheit zum Rücktritt aufgefordert – ohne jegliche Satzungsrelevanz und 10 Tage, bevor das Bezirkschiedsgericht das Parteiordnungsverfahren einstellte.

Im Auftrag des Bundesvorstands erarbeitete der „Noch-Bundesvorsitzende“ dann allerdings einen neuen Grundsatzantrag für eine mittelständische

dische Konzeption des Bundestagswahlkampfes, die auch das Motto für die Bundeskonferenz am 19./20. April 1997 in Köln/Tanzbrunnen liefern sollte: „Deutschland vor der Wahl – Pleiten oder Arbeitsplätze“.

In bewußter politischer Kontinuität kandidierte der einstige Vorgänger Diether Dehms zu seinem Nachfolger: Jürgen Vahlberg, ehrenamtlicher Schatzmeister und mit Hermann Scheer Mitbetreiber von „Eurosolar“. Auf der anderen Seite kandidierten der langjährige wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Uwe Jens, und der wirtschaftspolitische Sprecher der sächsischen SPD J. Kehl („nur Lohnkürzungen helfen aus der Krise!“). Der zweite Wahlgang brachte es eindeutig auf den Punkt: Jürgen Vahlberg erhielt 85 und Uwe Jens 51 Stimmen (worauf dieser die AGS-Konferenz sofort verließ).

Diether Dehm kandidierte zu einem der fünf stellvertretenden Vorsitzenden. Ein Antrag, zuvor seine „Stasi-Vergangenheit“ zu diskutieren, wurde nur von sechs der 131 Delegierten unterstützt. Zuvor hatten die beiden Bundestagsabgeordneten und SPD-Obleute aus dem Ausschuß „Veruntreutes DDR-Vermögen“, Friedhelm Julius Beucher und Dorle Marx, den Delegierten eine klare Einschätzung der „IM-Akte Willy“ auf die Tische gelegt: Mit dieser Akte sei keinesfalls eine wesentliche IM-Tätigkeit zu beweisen! Das Ganze sei eine Kampagne von rechts gewesen. Mit 73 Stimmen wurde Diether Dehm überzeugend gewählt. Daneben: Peter Gottschalk, MdB Jelena Hoffmann, Vera Dick-Wenzel, die sich ebenfalls zur sozial-

## SPD-Unternehmer im sozial-ökologischen Aufbruch

Kurzbericht über die AGS-Bundeskonferenz

von der spw-Redaktion

ökologischen Linie der Selbständigen bekannten.

Die Konferenz nahm die Grundsatzzresolution „Deutschland vor der Wahl“ bei wenigen Enthaltungen und keinen Gegenstimmen an. Dem 13-köpfigen Bundesvorstand gehören nun nur noch zwei Mitglieder an (und das qua Quote), die der Medien-Kampagne in Sachen angeblicher Stasi-Mitarbeit in Dehms Jugend nachgegeben hatten.

Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit der AGS wird es sein, linke mittelständische Positionen in den Bundestagswahlkampf einzubringen und auch bei Handwerkern, kleinen und mittleren Unternehmern und Gewerbetreibenden, bei Freiberuflern und Selbständigen die Differenzen zu Großbanken, Versicherungskonzernen, Shareholder-Value-Spekulanten und „Global Players“ grundsätzlich herauszuarbeiten und für Marktchancen der Klein- und mittelständischen Unternehmen beim sozial-ökologischen Umbau und einen Wahlsieg der SPD zu werben. spw

*Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit der AGS wird es sein, linke mittelständische Positionen in den Bundestagswahlkampf einzubringen.*

# „... die treiben es ja auch zu weit“

von Susi Möbbeck\*

Rezension zu: „... die treiben es ja auch zu weit.“ 75 Jahre Kölner Jusos – ein Sammelband. Hrsg. von den JungsozialistInnen in der SPD UB Köln. spw-Verlag 1996, DM 9,80

Unter der Überschrift „Jungsozialisten heraus!“ wurde in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ zur Gründung der Kölner Jusos am 25. November 1921 aufgerufen: „Der Gedanke des Jungsozialismus, der in Deutschland schon eine starke Bewegung ins Leben rief, hat seit einiger Zeit auch in Köln seinen Samen gestreut. Es ist an der Zeit, dem aufkeimenden Sproß ans Licht zu helfen. Deshalb wollen wir uns, die wir uns Jungsozialisten nennen, zusammenschließen, gleichviel, ob wir unsre Kraft bisher der ‚Arbeiter-Jugend‘ widmeten und ihr auch weiterhin treu bleiben, ob wir einer anderen Bewegung dienten, ob wir der Partei unsre Kraft zur Verfügung stellten oder im Studium einen Weg zur Förderung unserer Ziele suchten“. Auf den Tag genau 75 Jahre später führte die SPD in Köln ihren Jugendparteitag durch – schade eigentlich, daß dieses Jubiläum auf dem Kölner Bundesparteitag nicht zum Anlaß genommen wurde, einen (selbst)kritischen Blick zurück auf das wechselvolle Verhältnis der SPD zu ihrer Jugendorganisation zu werfen. Umso verdienstvoller, daß die Kölner Jusos sich der Mühe unterzogen haben, in aufwendiger Quellenarbeit, aber sichtbar mit viel Spaß daran, die Geschichte der Kölner Jusos seit ihrer Gründung gründlich aufzuarbeiten.

**Das Kölner Buch kann Orientierungspunkte bieten – zumal es eine vergleichbare Aufarbeitung für die Geschichte des Gesamtverbandes aus der Perspektive der Verbandslinken bis heute nicht gibt.**

## Geschichte der Kölner Jusos als Teil des Gesamtverbandes

Das Wichtigste vorweg: Das dabei herausgekommene Buch ist bei weitem nicht nur für Kölnerinnen und Kölner interessant. Im Gegenteil: Durch alle Beiträge zieht sich das Bemühen, die Geschichte der Kölner Jusos als Teil der Geschichte des Gesamtverbandes zu verarbeiten. Dieser Ansatz, ausgehend von der Geschichte der Kölner Jusos die Entwicklung des Gesamtverbandes zu reflektieren und seine Rolle in der Sozialdemokratie zu untersuchen, kann das Buch über Köln hinaus für die aktuelle Juso-Generation und insbesondere ihre Linke zu einem Bezugspunkt bei der Entwicklung der eigenen politischen Identität machen.

Der Band gliedert sich im wesentlichen chronologisch, beginnend mit einem Beitrag von Jürgen Seitz, der anhand von sozialdemokratischen und jungsozialistischen Publikationen die Entwicklung der Jusos in der Weimarer Republik nachzeichnet, endend mit einem Interview mit dem heutigen Kölner SPD-Vorsitzenden Kurt Uhlenbruch und mit Hans Lawitzke, Kölner Juso-Vorsitzender 1995-96. In weiteren Beiträgen werden die Phasen von 1945-1960, die 60er, 70er und 80er Jahre, die Frauenpolitik, die Geschichte der sozialdemokratischen Hochschulorganisationen und die kommunalpolitische Arbeit dargestellt. Die Beiträge sind gut recherchiert, und ganz besonders spannend sind diejenigen, die die Entwicklung der Jusos bis in die 70er Jahre nachzeichnen. Die „jüngeren“ Beiträge, die die Zeit seit den 80er Jahren zum Thema haben, leiden nach meinem Geschmack daran, daß die AutorInnen noch zu nah am Juso-Geschehen sind, so daß sie häufig deskriptiv und zum Teil detailverliebt bleiben. Eine politische Einschätzung der Wirksamkeit der Jusos seit Beginn der Ära Kohl steht somit noch aus – was nicht als Kritik, sondern als künftige Herausforderung zu verstehen ist.

## Das Verhältnis von Jusos und SPD

Die AutorInnen – allesamt vormalig oder heute noch aktive Juso-FunktionärInnen – stellen überwiegend das Verhältnis zwischen SPD und Jusos in den Mittelpunkt. Obgleich seit der 69er Linkswende der Jusos die „Doppelstrategie“ und damit der

Bezug auf außerparlamentarische Bewegung und Interessenvertretung zum gemeinsamen Erbe und zur gemeinsamen Identität aller linken Juso-Strömungen gehört, so wird doch in den vorliegenden Beiträgen einmal mehr deutlich, wie sehr das Verhältnis zur eigenen Partei die politische Identität der Jusos prägt. Daß die SPD ihrerseits dies bis zum heutigen Tage am allerwenigsten verstanden hat, läßt sich anhand der vorliegenden Beiträge ebenfalls nachweisen: sie zeigen eindrucksvoll, wie sehr die SPD seit Gründung der Jusos immer wieder mit administrativ-repressiven Maßnahmen darum bemüht war, ein Auseinanderdriften von Partei und Jugendorganisation zu verhindern, beginnend mit den Ausschlüssen der links-internationalistischen „Nelsonianer“ 1925 über die Trennung vom SDS und später vom SHB, den Ausschluß von Klaus-Uwe Benneter 1977 oder die Disziplinarmaßnahmen gegen Jusos, die in der Friedensbewegung mit Kommunisten zusammengearbeitet hatten.

Doch war die administrative Seite beileibe nie die einzige, meist nicht einmal die wichtigste zur Disziplinierung der eigenen Jugendorganisation. In dem vorliegenden Band werden sehr anschaulich am Beispiel Kölns mit seinen prominenten Diagonalkarrieren die persönlich-politischen Mechanismen zur Integration in die „alltägliche Sozialdemokratie“ beschrieben. Der Beitrag von Karl Rössel, der die 70er Jahre zum Thema hat, beschreibt diese Mechanismen einfach glänzend. Nun ist gerade dieser Beitrag von der Redaktion des Bandes sehr kritisch diskutiert worden, weil Rössel – Kölner Juso-Vorsitzender von 1976-78 – mit Karl Kraus zu dem Ergebnis kommt, daß die Sozialdemokratie eine „Anstalt zum Verbrauch revolutionärer Energien“ darstelle. Die Redaktion hat sich – zurecht, wie ich meine – dafür entschieden, Rössels Beitrag dennoch in den Band aufzunehmen. Noch besser wäre es gewesen, diesem Beitrag eine fundierte Replik an die Seite zu stellen, die aus der Geschichte der Jusos heraus die politische Wirksamkeit linker Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nachweist. Da das Buch jeweils nur einen Beitrag für eine Phase der Juso-Entwicklung enthält, kommen übergreifend bewertende Sichtweisen leider etwas kurz. Dabei könnte das vorhandene Material durchaus

\* Susi Möbbeck, Mitherausgeberin der spw, war 1988 bis 1991 Bundesvorsitzende der Jusos in der SPD, lebt jetzt in Magdeburg.

dahingehend befragt werden, inwieweit die Jusos ihre Funktion, einerseits eine organisationspolitische Basis für die Herausbildung linker Positionen in der Sozialdemokratie darzustellen und andererseits die Interessen und Ansprüche von Jugendlichen in die Partei hineinzutragen, erfüllen konnten.

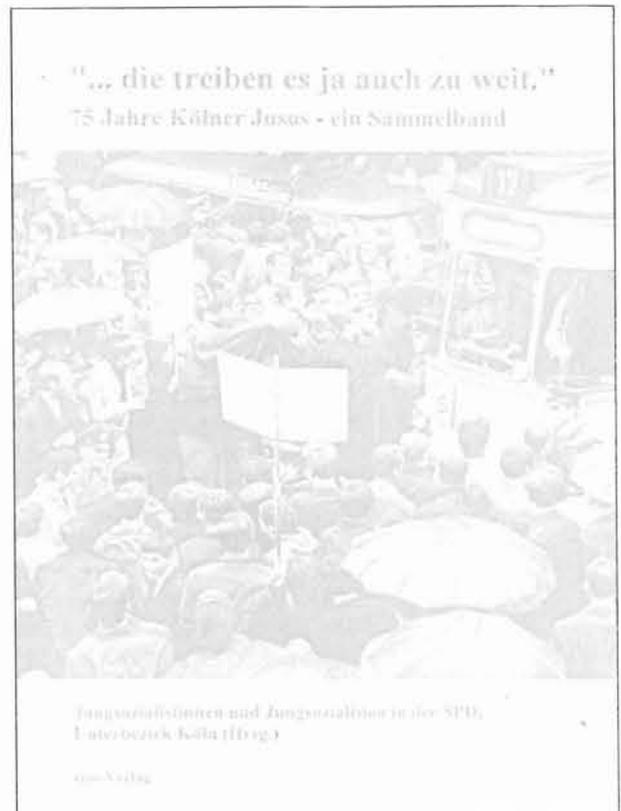
### Orientierung aus der Geschichte

75 Jahre nach der Gründung der Kölner Jusos versucht die Partei mit ihrem Kölner Bundesparteitag, verlorenes Terrain bei der Jugend zurückzugewinnen. Dabei geht es vorrangig darum, Überalterung und Auszehrung der Partei zu stoppen und eine Verjüngung der Mandatsträger zu erreichen. Das ist legitim, für die Jusos aber eine schwierige Situation, weil die Gefahr besteht, daß der Gewinn an Einfluß für einzelne Jüngere verbunden wird mit Einflußverlust für die Jusos als Richtungsorganisation. Die Jusos tun in dieser Situation und mit Blick auf die Geschichte gut daran, dafür zu sorgen,

daß die kommenden „Hoffnungsträger“ politisch in den Verband eingebunden werden, dort auf reale Unterstützung rechnen können und vor allem nicht als „EinzelkämpferInnen“ agieren müssen.

Das Kölner Buch kann insofern Orientierungspunkte bieten. Es macht aber gleichzeitig dringlich darauf aufmerksam, daß es eine vergleichbare Aufarbeitung für die Geschichte des Gesamtverbandes aus der Perspektive der Verbandslinken bis heute nicht gibt. Dies wäre aber umso wichtiger, als seit einigen Jahren der Impuls der Linkswende der Jusos nachläßt und die Gefahr besteht, daß die eigenständige politische Identität der Jusos sich immer mehr auflöst. Soll dies verhindert werden, so ist eine Neu-Aneignung der Verbandsgeschichte dringend erforderlich. Gerade die Verbandslinken braucht den kritisch-reflektierenden Bezug auf die eigene Geschichte. Bleibt also die Hoffnung, daß das Kölner Projekt Lust macht auf mehr.

spw



In vielen Staaten der westlichen Welt wird der 1. Mai seit Jahrzehnten zumindest als Tag der Arbeiterbewegung „gefeiert“ – als ein Symbol für demokratische Freiheiten und Gleichberechtigung. Nicht in der Türkei, wo der 1. Mai in der Vergangenheit oft in einem Blutbad endete: Vor genau zwanzig Jahren wurden auf dem Taksim-Platz in Istanbul 37 Demonstranten von der Polizei erschossen. Auch in diesem Jahr schlug die Staatsmacht wieder gnadenlos zu: Mehr als 300 Demonstranten wurden verhaftet, über 100 erlitten schwerste Verletzungen. Schon Tage vor dem 1. Mai waren über 1.000 Menschen verhaftet worden, Gewerkschafter und Oppositionelle, von denen viele bis heute noch nicht wieder aufgetaucht sind. Ihre Angehörigen erhalten keine Bestätigung für die Verhaftung. Einige werden wohl für immer „verschwunden“ sein.

Vor dem 1. Mai dieses Jahres hatten die staatstreuen türkischen Medien die Öffentlichkeit über das Fernsehen „vorbereitet“ – mit Szenen vom vergangenen Jahr. Damals waren drei Demonstranten von der Polizei erschossen, hunderte waren verletzt worden. Die Propaganda und die mit ihr verbreitete Angst zeigte Wirkung:

Entgegen des innenpolitischen Klimas und den Erwartungen der Opposition hatte die Demonstrationbereitschaft der Istanbuler deutlich nachgelassen: Mit mehreren hunderttausend Demonstranten war allein in Istanbul gerechnet worden, doch „nur“ knapp 100.000 beteiligten sich dieses Jahr. Die Zahlen aus anderen Landesteilen: Ankara – 40.000, Izmir – 35.000, Adana – 10.000, Mersin – 10.000, Diyarbakir – 3.000 und in anderen türkischen Städten – 15.000.

Als sich die Demonstranten am Morgen des 1. Mai in Istanbul zu sammeln beginnen, da ist längst klar, daß es nach dem Willen der türkischen Staatsmacht kein friedlicher Tag werden soll. 20.000 Polizisten sind allein in Istanbul zusammengezogen worden. Das Heer der Uniformierten kontrolliert Passanten, Busse mit Demonstranten werden behindert.

1. Mai in Istanbul: Schon um 9 Uhr sammeln sich die ersten DemonstrantInnen auf der Autobahn E 5. Dorthin hatte die Polizei den Aufmarsch verlegt, nachdem für den traditionellen Demonstrationsort Taksim

## „Eine Minute Finsternis für immerwährende Helligkeit“

Die Türkei – vor neuem Militärputsch oder Aufbruch in die Zivilgesellschaft?

von Peter Vogel und Hans-Joachim Olczyk\*

eine Genehmigung verweigert worden war – an diesem Ort waren vor genau 20 Jahren 37 Menschen im Kugelhael der Polizei gestorben.

Die innenpolitische Situation in der Türkei wird seit Monaten bestimmt durch einen zunehmenden Protest breiter Bevölkerungsschichten gegen die Regierung von Necmettin Erbakan.

\* Peter Vogel, Journalist, Medienagentur für Menschenrechte mfm, Delmenhorst; Hans-Joachim Olczyk, Oldenburg

Die Wut der Bevölkerung ist eine Folge der desolaten Verhältnisse in einem Land, das mit Macht in die Europäische Gemeinschaft drängt, um seine wirtschaftliche Probleme in den Griff zu bekommen. Die Menschen leiden seit Jahren unter einer gallopiierenden Inflation von über 80 Prozent. Hinzu kommt, daß der Krieg im kurdischen Südosten Jahr für Jahr tausenden von Menschen das Leben kostet, 3,5 Millionen vertriebene Kurden sind ständig auf der Flucht, fast 4.000 einst intakte Dorfgemeinschaften sind zerstört.

Was das Land jedoch in den Ruin treibt, sind die Kosten für den Krieg gegen die Kurden: Pro Jahr fast 9 Milliarden Dollar. Die Folge: Es gibt kaum noch intakte soziale Einrichtungen des Staates, die Dunkelziffer der Arbeitslosigkeit liegt bei fast 40 Prozent und fast 70 Prozent aller Familien leben von der Hand in den Mund.

Unterdessen müssen sich die DemonstrantInnen auf der Autobahn E 5 einer unwürdigen Leibesvisitation unterziehen: Alle werden durch ein Sperrgitter geschleust, abgetastet und müssen anschließend durch ein Spalier von Polizisten laufen. Viele müssen ihr Hemd öffnen, werden geschubst, gestoßen, wieder zurückgerufen, nochmal durchsucht. Die Holzstangen von Transparenten und Fahnen werden beschlagnahmt, Fahnen mit kritischen Symbolen und Parolen an Ort und Stelle verbrannt. Wer protestiert, wird sofort geschlagen, abgeführt.

### Susurluk – ein Autounfall wird zum Symbol

Angeheizt wurde die Stimmung im Lande nach einem Verkehrsunfall, der in der Türkei unter dem Stichwort „Susurluk“ bekannt wurde. Susurluk ist eine Kleinstadt nördlich von Izmir. Hier kamen am 3. November letzten Jahres ein hochrangiger Polizeioffizier, ein Mafia- und Drogenchef und seine Freundin ums Leben, als ihr PKW gegen einen LKW prallte. Mit im Auto saß ein Abgeordneter der DYP, der Partei von Außenministerin Tansu Ciller, die mit Erbakan eine Regierungskoalition bildet. Der Kofferraum des PKW war voller Waffen und Drogen.

Susurluk ist seither das Synonym für die Verbindung der türkischen Drogenmafia und der von ihr mitfinanzierten Konterguerilla zu hoch-

rangigen Vertretern der türkischen Regierung und der Administration in fast allen Ministerien und Verwaltungsapparaten.

Der Protest der Bevölkerung gegen die Regierungskoalition und ihren Islamisierungskurs hatte seit diesem Zwischenfall in den vergangenen Monaten ein kaum noch kalkulierbares Ausmaß erreicht: Seit dem 1. Februar gehen an jedem Abend um 9 Uhr zwischen Istanbul und Diyarbakir in hunderttausenden von Haushalten die Lichter aus. „Eine Minute Finsternis für immerwährende Helligkeit“, lautete die Aktion, die sich im Lande wie ein Lauffeuer verbreitete.

Die Polizei wurde deshalb angewiesen, nach „Provokateuren“, Ausschau zu halten, die das Licht in ihren Wohnungen gezielt an- und ausknippen. Inzwischen hat die Reaktion der Staatsmacht groteske Formen angenommen: Mehrere hundert Familienväter sitzen in den Gefängnissen ein, allein wegen des Vorwurfes, den Lichtschalter benutzt zu haben.

„Schweige nicht, sonst bist Du als nächster an der Reihe“ – diese Anspielung auf die staatliche Tolerierung von Todesschwadronen, wird mittlerweile von einer breiten gesellschaftlichen Bewegung getragen. War der Ausgangspunkt noch eine kleine Gruppe linker unorthodoxer Politiker, werben mittlerweile täglich Prominente, wie die „Königin“ des türkischen Kino, Türkan Soray, die Popsängerin Sezen Aksu ebenso wie der Literat Orhan Pamuk für die Aktion.<sup>1</sup>

### Konflikt zwischen Regierung und Militär

Erbakan und mit ihm die Führung der islamistischen Refah-Partei haben seit dem Amtsantritt im vergangenen Jahr nichts unversucht gelassen, um ihren Einfluß auszubauen: Tausende von Posten in der Regierungsadministration und in den Behörden wurden mit islamistischen Anhängern besetzt, und selbst in der traditionell laizistisch, also religionsunabhängig, ausgerichteten Armee wollte Erbakan Fuß fassen.

Doch das mißlang gründlich: Zweimal in den letzten Wochen hat der Nationale Sicherheitsrat den türkischen Regierungschef davor gewarnt, seinen innenpolitischen Kurs der Islamisierung fortzusetzen, mit deutlichen Drohgebärden, die nur als Ankündigung eines Militärputsches verstanden werden konnten. Schon Anfang des Jahres waren über 60 führende und islamistisch

orientierte Offiziere entlassen worden, ein deutliches Signal. Am 26. April schließlich, wenige Tage vor dem 1. Mai, gab der Nationale Sicherheitsrat einen letzten Warnschuß ab: Erbakan lenkte ein und gab vor laufenden Fernsehkameras die Zusicherung, daß die Islamisierung des Landes gestoppt werde. So mußte sich die Regierung Erbakan positiv zu einem Maßnahmenkatalog bekennen: Die Erhöhung der Grundschulpflicht von fünf auf acht Jahre ist gleichbedeutend mit der Schließung zahlreicher staatlicher, religiöser Schulen. Auch die Korankunde soll eingedämmt werden.

Als kommunistische Gruppierungen auf die Polizeischleuse zusteuern, eskaliert die Situation: Weil sie am Weitergehen behindert werden, entschließen sich etwa 8.000 DemonstrantInnen zur Umkehr. Das ist für die Polizei das Signal, die Menschen regelrecht zu jagen, einzeln oder in Gruppen. Die Polizeiaktion ist generalstabsmäßig vorbereitet: Während die meisten DemonstrantInnen in den Nebenstraßen wie in einer Falle sitzen, dirigiert die Polizei ihren Gewaltausbruch über Hubschrauber.

Doch die Zusicherung Erbakans ist wenig glaubhaft: Korrespondenten nahezu aller westlichen Medien äußerten die Vermutung, daß Erbakan dennoch die Kraftprobe mit dem Militär suchen werde und daß der islamistische Einfluß längst nicht mehr zurückgedrängt werden könne. Noch im März formulierte die nationalliberale Zeitung Hürriyet die Einschätzung: „In der Türkei beginnt eine Phase, in der die Armee den politischen Sieg der Islamisten auf Dauer nicht verhindern können wird. (...) Der Kemalismus hat uns von unseren Wurzeln, unserer Religion und unserer Geschichte entfremdet, Mustafa Kemal Atatürk, der ein autoritärer Soldat war, drängte die Türkei in eine Situation, in der sie Europa nachäffte. (...) Der Islam ist an die Stelle des Marxismus getreten und nichts, auch nicht die Armee, kann seinen Siegeszug aufhalten.“<sup>2</sup>

Daß die Proteste der Bevölkerung eine Perspektive haben könnten, den Einfluß der islamistischen Kräfte in der Türkei zurückzudrängen, ist keine unrealistische Einschätzung, aber angesichts der undemokratischen Verhältnisse ent-

steht eine außerordentlich unübersichtliche Situation. Das Zurückdrängen der islamistischen Kräfte, das die Armee aus Selbsterhaltungsgründen tatkräftig unterstützen muß, um nicht noch mehr Einfluß zu verlieren, ist angesichts der breit getragenen Bewegung gegen die Regierung aber auch gefährlich für das Militärregime in der Türkei. Schon gibt es eine Auseinandersetzung im Unternehmensverband Tüsaad um die richtigen Konsequenzen aus dem Susurluk-Zwischenfall. Es gibt einen Bericht „Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei“, der an das Parlament weitergeleitet werden sollte. In diesem Bericht stehen Sätze wie: „Eine dauerhafte Marktwirtschaft kann nur erreicht werden, wenn wir Kanäle für eine Versöhnung im öffentlichen Leben schaffen, eine breite Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß und eine pluralistische Struktur.“

Der Bericht verweist auf die dringende Notwendigkeit, daß der Staat mehr Achtung vor individuellen Freiheiten haben muß, daß Pressefreiheit, religiöse Toleranz notwendig sind. Es wird gefordert, die Sicherheitsgesetze zu reformieren, die dem Staat freie Hand bei Repressionen schaffen.<sup>3</sup> Zudem soll das Militär zivil kontrolliert werden – denn es fungiert nach wie vor im Nationalen Sicherheitsrat als eine Art „Schattenkabinett“, dessen Entscheidungen sich ja jüngst auch wieder die Regierung Erbakan beugen mußte. Doch hier beginnt dann auch die neue Unübersichtlichkeit in der Türkei: Ohne eine Demokratisierung hat die breite gesellschaftliche Bewegung gegen die islamischen Fundamentalisten keine Chance auf grundlegende Veränderung der innenpolitischen Verhältnisse.

Letzte Meldung: Die Redaktionsräume der prokurdischen Zeitung *Demokrasi* in Istanbul sind am Abend des 2. Mai auf Grund eines

richterlichen Beschlusses geschlossen worden. Die Sonnabendausgabe der Tageszeitung ist noch erschienen. Alle weiteren Ausgaben wurden zunächst für einen Monat verboten. Der Beschluß wurde vom 1. Istanbuler Staatssicherheitsgericht erlassen. Eine Begründung wurde nicht angegeben. *Demokrasi* hat angekündigt, das Gerichtsurteil anzufechten. Die sozialistische Tageszeitung *Emek* hat der Redaktion von *Demokrasi* solidarische Unterstützung angeboten. Unter anderem sollen die Artikel und Berichte der *Demokrasi* von *Emek* veröffentlicht werden. Ach ja – das Verbot wurde ausgesprochen am Internationalen Tag der Pressefreiheit. spw

<sup>1</sup> Vgl. Ömer Erzeren: Erbakan und Ciller Rücken an Rücken. TAZ vom 21. Febr. 1997, S. 9.

<sup>2</sup> Vgl. Der Kemalismus hat in der Türkei ausgedient. TAZ vom 4. März 1997, S. 15.

<sup>3</sup> Vgl. Für die Demokratie in Ankara läuten die Alarmglocken. Handelsblatt vom 5. Febr. 1997, S. 8.

Besprechung zu: Götz Richter, Hannelore Wittenberg, Volker Hielscher (1996): *Gewerkschaftsarbeit im Wohnbereich*. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 174 Seiten, 38,- DM

Zwischen Mitte 1989 und Mitte 1995 wurde im Bezirk Küste des IG Metall ein Projekt durchgeführt, in dessen Verlauf in 4 Ortsverwaltungen Initiativen entstanden, um die Gewerkschaftsarbeit von den Betrieben in die Wohnbereiche der Mitglieder zu übertragen. Über dieses Projekt liegt nunmehr der von Götz Richter, Hannelore Wittenberg und Volker Hielscher verfaßte Forschungsbericht „Gewerkschaftsarbeit im Wohnbereich“ als Buchveröffentlichung vor.

### Veränderte Bedingungen für Gewerkschaften

In seinem Vorwort weist Rainer Zoll, Professor für Gewerkschaftssoziologie an der Universität Bremen, auf die Vorgeschichte dieses Projektes hin: Gewerkschaften in Deutschland seien in ihrem Selbstverständnis betriebsbezogen gewesen, die Mitglieder seien über die Vertrauensleute und die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte in die Gewerkschaftsarbeit einbezogen worden. Die eigentliche Gewerkschaftsarbeit sei aber durch die

Vertrauensleutekörper und die hauptamtlichen Funktionäre geleistet worden. Da aber im Laufe der letzten Jahre durch den strukturellen Umbruch in den Betrieben und Unternehmen immer mehr Mitglieder der IG Metall entweder aus den Betrieben ausgeschieden seien oder in den Betrieben nicht mehr unmittelbar angesprochen werden könnten, sei es immer dringender geworden, ein gewerkschaftliches Standbein außerhalb der Betriebe aufzubauen.

Zu dieser organisationssoziologischen Begründung kommt eine demokratietheoretische Argumentation hinzu. Aufgrund der nachlassenden Bindung zwischen den ArbeitnehmerInnen und den Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland sollten über den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitglieder diese Bindungen intensiviert werden. Die bereits häufig konstatierte Auflösung von Sozialmilieus mit den durch sie früher geprägten loyalen Mitgliedern läßt die feste Verankerung der Gewerkschaften in der jüngeren Arbeitnehmerschaft brüchig werden. An die Stelle des Normenmusters der protestantischen Ethik ist bei den jüngeren Arbeitnehmern die „Selbstverwirklichung im Hier und Jetzt“ als neuer Lebensmittelpunkt getreten. „Die neue Kultur (...) ist ganz wesentlich eine kommunikative Kultur, in der sich

## Wohnbereichsprojekte als Perspektive für Gewerkschaftsarbeit

von Volker Dörgeloh\*

das Handeln von Menschen nicht mehr durch überlieferte Werte und Normen rechtfertigt, sondern hinterfragt wird und sich kommunikativ legitimieren muß“ (S. 27).

Soweit die Gewerkschaften immer noch den Anspruch haben, durch ihre Politik die Lebensverhältnisse aller Menschen verbessern und dafür die neuen sozialen Gruppen gewinnen zu wollen, müssen sie neue Politik- und Leistungsangebote für ihre Ziel-

\* Volker Dörgeloh, Geschäftsführer der Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V. und Mitglied im DGB-Kreisvorstand Bremerhaven.

gruppen entwickeln. Eine mögliche Antwort auf diese Herausforderung ist der Aufbau der Wohnbereichsarbeit.

### Projekt Wohnbereichsarbeit

„Hinter dem Gedanken der Wohnbereichsarbeit steht also ein Anspruch der ‚doppelten Demokratisierung‘: Den Mitgliedergruppen, die am Rande oder außerhalb des Beschäftigungssystems stehen, soll über bereits bestehende Senioren- oder Arbeitslosenarbeitskreise hinaus ein breiterer Zugang zur Gewerkschaft ermöglicht werden. Gleichzeitig sollen über lokale Mitgliederarbeit Angebote für eine erweiterte Partizipation geschaffen werden, die über die Teilnehmungsangebote in der Praxis der betrieblichen Funktionsarbeit hinausgehen“ (S. 37).

Sowohl die soziologische Begründung als auch der demokratietheoretische Anspruch an das Wohnbereichsprojekt bilden den theoretischen Rahmen für die wissenschaftliche Analyse der praktischen Umsetzung des Projektes in den vier Ortsverwaltungen Emden, Bremerhaven, Rostock und Neubrandenburg. Ihre Rolle in den Untersuchungsfeldern beschreiben die WissenschaftlerInnen als zugleich prozeßuntersuchend und prozeßunterstützend (S. 169).

Beides war möglich, weil „(die) professionelle und kulturelle Distanz durch die vermutete oder tatsächliche Gesinnungsgemeinschaft, die aus dem gemeinsamen Bezugsfeld IG Metall entstanden ist, recht schnell überwunden (wurde). Die Forscherinnen und Forscher haben sich gleichwohl darum bemüht, den Standort der Distanz gegenüber den Akteuren im Feld aufrechtzuerhalten, um die daraus resultierenden Beobachtungschancen nicht durch Assimilation zu verlieren“ (S. 172).

Die Ergebnisse, die die WissenschaftlerInnen zum Abschluß des Projektes 1995 zu Papier gebracht haben, sind ambivalent. In den beiden östlichen Verwaltungsbereichen Rostock und Neubrandenburg hat sich die Wohnbereichsarbeit mit Hilfe von ehrenamtlichen Funktionären und hauptamtlichen Betreuern ein Stück weit etabliert. Die Gruppen werden sowohl von Vorrühständern als auch von arbeitslosen Kollegen getragen, wobei die Gruppenzusammenkünfte sowohl einen inhaltlichen Schwerpunkt umfassen als auch dem Erhalt und dem Ausbau der sozialen Kontakte dienen sollen. Im Gegensatz zur traditionellen Gremienstruktur der betriebsorientierten Gewerkschaftsarbeit

ist die Wohnbereichsarbeit, wo sie bisher erfolgreich aufgebaut werden konnte, als Projektarbeit mit starker sozialer Ausrichtung verankert worden.

### Soziale Kompetenz und hauptamtliche Betreuung nötig

Die AutorInnen weisen in ihrem Forschungsbericht auf eine wichtige Bedingung für den erfolgreichen Aufbau von Wohnbereichsprojekten hin: Die Verantwortlichen für diese Projekte müssen über eine hohe soziale Kompetenz verfügen und in der Lage sein, Abschied von lieb gewordenen Ritualen zu nehmen.

So beschreiben sie ein Beispiel einer ritualisierten und damit letztlich mißlungenen Versammlung, bei der die Versammlungsleitung der Situation nicht genügen konnte. Obwohl etwa 100 Teilnehmer zu dieser Zusammenkunft erwartet worden waren, verloren sich letztendlich 20 Teilnehmer in dem überdimensionierten Saal. „Doch anstatt flexibel die Gelegenheit zu nutzen, mit der kleinen Runde einen informellen, aber intensiven Austausch zu führen, verlas der Gewerkschaftssekretär am Rednerpult, das mitsamt Mikrofon knapp zehn Meter (sic!) von der Gruppe entfernt an der Stirnseite des Saales aufgebaut war, eine vorbereitete Rede“ (S. 92).

Neben dieser Kritik am bürokratischen Ritual fördert der Forschungsbericht noch ein weiteres wichtiges Ergebnis zu Tage: Wohnbereichsarbeit entsteht nicht von allein, die Mitglieder fordern ihre Beteiligungsmöglichkeiten nicht ein, sondern die Mehrzahl muß für die Beteiligung motiviert werden, d.h. ohne entsprechende hauptamtliche Betreuung wird sich die Wohnbereichsarbeit nicht als Ergänzung der traditionellen gewerkschaftlichen Betriebsarbeit etablieren können. Doch ob die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, ist angesichts knapper werdender Mittel und des verbreiteten Rückzugs der Gewerkschaften aus der Fläche keineswegs sicher.

Wenn schon die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund große Mühe hatte, dieses Wohnbereichsprojekt in den vier erwähnten Ortsverwaltungen durchzuführen, wieviel schwieriger muß es dann für die übrigen Gewerkschaften sein, in ihren Organisationsbereichen Wohnbereichsprojekte aufzubauen und zu verankern?

Ein weiteres Resultat des Forschungsprojektes ist die Erkenntnis, „daß für den Aufbau außerbetrieblicher Mitgliedergruppen eine längere Zeitdauer veranschlagt werden muß als ursprünglich vermutet wurde“ (S.139). Obwohl diese Erfahrungen für diejenigen nicht neu sind, die selbst soziale Projekte mitaufgebaut haben, scheint dieser Transfer von Erfahrungen innerhalb von Gewerkschaften sowie in Forschungseinrichtungen und Universitäten immer noch nicht gelungen zu sein, vielleicht auch deshalb, weil die Bedingungen, die „vor Ort“ existieren, immer noch nicht realistisch eingeschätzt werden können.

### Ambivalentes Resümee

So kommt die Forschungsgruppe dann auch zu einem ambivalenten Resümee über das Wohnbereichsprojekt: „Die Hoffnung auf starke Mitgliederbeteiligung hat sich zwar nicht unmittelbar erfüllt, doch verspricht lebensweltliche Gewerkschaftsarbeit auf längere Sicht, die Organisation für neue Politikfelder und Politikformen zu öffnen. Wohnbereichsarbeit könnte sich dabei als ein gewerkschaftliches Politikfeld erweisen, das zwar nicht unmittelbar die Kampfkraft verbessert, aber die Überzeugungskraft von Mitgliedern und Funktionären stärken kann. Wohnbereichsarbeit eröffnet ein Feld für die Eigeninitiative der Mitglieder und erschließt ein Forum, in dem männliche und weibliche, kulturell und politisch unterschiedliche Perspektiven ausgetragen werden können“ (S. 168).

Als Möglichkeit ist dieser Einschätzung ausdrücklich zuzustimmen, doch bleibt die Frage offen, ob die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland die Ressourcen und den politischen Willen besitzen, dieses Projekt in ihren Organisationen zu institutionalisieren. Das Problem abreißen der Verdingungen zwischen Gewerkschaft und Mitgliedern bleibt angesichts der Massenarbeitslosigkeit und den aktuellen industriellen Reorganisationsprozessen nicht nur für die IG Metall aktuell. Wie auf diese Entwicklung mit einer organisationspolitischen Strategie geantwortet werden kann, ist bislang allerdings wenig diskutiert worden – weder in den Einzelgewerkschaften noch im DGB.

Der vorliegende Bericht liefert für eine solche Debatte nach meiner Einschätzung einige gute Argumente, fraglich ist, ob sie mit der notwendigen Resonanz in die gewerkschaftliche Debatte aufgenommen werden. spw

*Das Problem abreißen der Verdingungen zwischen Gewerkschaft und Mitgliedern bleibt angesichts der Massenarbeitslosigkeit und den aktuellen industriellen Reorganisationsprozessen nicht nur für die IG Metall aktuell.*

Das Spiel wird uns noch eine Weile beschäftigen: Zu je weils gegebenem Anlaß wird es in der Presse heißen: „SPD erneut/verstärkt/weiterhin unter Druck – Wer wird Kanzlerkandidat?“ Das Reizvolle des Spiels: Jeder – vom Hinterbänkler über den Profilneurotiker bis zum argumentierenden Intellektuellen – darf mitspielen und von Zeit zu Zeit Presseerklärungen herausgeben oder besorgte Fragen stellen. Clou des Spieles ist: Wer die Nerven als erster verliert, hat verloren, und wer nicht mitmacht, ist Spielverderber oder, wie es mittlerweile so schön heißt, Verweigerer bzw. Blockierer – und hat sowieso verloren. Das alles läuft seit Kohls Kandidaturerklärung nach Ostern. Stufe 2 war dann die Blair-Frage an die SPD nach dem Labour-Sieg: Wer wird der Tony der deutschen Sozies (By the way, wer ist eigentlich der John Major der CDU?). Stufe 3 wird demnächst im Sommerloch erklimmen. Weitere Prognosen sind noch nicht möglich.

Bleibt die Frage nach den Themen und Strategien des bereits begonnenen Wahlkampfes. Steuer, Rente, Euro sind prekäre, bald im schlechten Kompromiß entschiedene oder derart unübersichtliche Bereiche, daß in dieser Kolumne noch nichts Fundiertes geschrieben werden kann. Immerhin: „Innovation“ wird der erste Kampfbegriff und das neue Feld der sozialdemokratischen Etappenstrategie. Nach innovativem Wirtschafts-Kongreß im Mai und dem Aktionswochenende der Ortsvereine im Juni soll, so will es die Baracke, die Profilierung der SPD entlang des Doppelmottos „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ sichtbar werden. Spannend allerdings wird es, wenn der eher diffuse Begriff, der richtigerweise strategisch auf Zukunftsorientierung setzt, mit Fleisch gefüllt werden soll. Solange die SPD aber weder kampagnenfähige Einzelprogramme vorlegt, noch die Wahlprogrammdebatte insgesamt begonnen hat, wirkt alles wie eine Lockerungsübung der Vertragswerbeagentur.

Die Agentur KNSK/BBDO, die u.a. auch Lucky Strike bewirbt, soll eng mit einer externen (!) Wahlkampfzentrale zusammenarbeiten. Viele haben noch gar nicht recht realisiert, was das heißt. Einerseits sicher mehr Professionalität (im Vergleich etwa zu früheren hausbackenen-peinlichen ZAS-Ausgaben) und

flexible Schlagkraft. Andererseits weitere Entmachtung der Partei, Amerikanisierung, letztlich Personalisierung und massive Unterordnung des Wahlkampfes unter die Kandidatenfuchtel. Zur Zeit weiß außerdem kein Mensch, wer alles im externen Team sitzen wird.

Aktuell arbeitet die Kommission 2000 des SPD-Parteivorstandes an ihrem Abschlußbericht, der die Zusammenarbeit der anderen Sachkommissionen verwertet und die Grundlage für die Programmarbeit der Partei liefern soll. Wann der Bericht veröffentlicht wird, ist unbekannt (vielleicht September), ebenso, wann und wie die Partei in die Programmdebatte einbezogen werden soll. Fest steht nur, daß auf dem Parteitag im Dezember irgendwie darüber geredet wird und dann im April 1998 der Leipziger Programmparteitag abstimmen muß.

Im Gegensatz zur SPD hat die CDU einen Kandidaten – aber zwei Wahlkampf-Teams. Eines davon ist das Schröderteam, dessen Aufgabe es ist, unter Ausnutzung der Verbindungen zur bürgerlichen Medienlandschaft den Kandidaten Schröder hochzujubeln, um bis zur Entscheidung Schröder und SPD gegeneinander auszuspielen. Nach der denkbaren Entscheidung für Schröder würde die Demontage folgen. Erstes Element: Was unterscheidet ihn von Kohl? Weniger die praktische Politik als die Last der linken Lafontaine-Partei. Zweites Element: Die evtl. magere Bilanz in Niedersachsen garniert mit Sottisen aus dem Privatleben und der Latzhosenvergangenheit. Das Lafontaine-Team der CDU arbeitet im Adenauerhaus gleichzeitig daran, den SPD-Vorsitzenden und potentiellen Kandidaten als Blockierer, Spalter und unsolide linksintellektuelle Cassandra zu stigmatisieren.

Was kann man noch sicher erwarten? Richtig, die Neuauflage der Rote-Socken-Kampagne, mit Zusatzfutter aus der Gauckbehörde, wo noch 30.000 IM-Vorgänge auf öffentliche Verwertung warten – vielfach betroffen sind angeblich SozialdemokratInnen. Das Gegenmittel der SPD ist es, eifrig zu erklären, ein sozialdemokratischer Kanzler lasse sich nicht von der PDS wählen, jede Stimme für die PDS sei daher eine für die CDU.

Außerdem, wie immer, law and order, ausländerfeindliche Sprüche und Sachzwangsideologie. Wer das

## Zwei zu eins – für Kohl?

von Frank Wilhelmy\*

Zauberwort „Globalisierung“ nur leise dahermurmelt, wird schon a) als kompetent und b) als pragmatischer Manager der alternativlosen Sachzwangswelt verehrt. Was noch? Überraschende Aktivitäten! Die CDU ist zu vielem fähig. Mit zwei, drei sozialen oder ökologischen Aktivitäten im Wahljahr ließe sich vielleicht die Vergangenheit relativieren, Eindruck schinden und sogar der Gegner links überholen – alles unter dem korrupten Beifall der Mehrheitsjournalie.

Das beste aber ist, jede Regung und Zuckung auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft wird als Zeichen des Erfolges verbucht werden. Und manipulieren läßt sich da noch zusätzlich einiges. Wenn die SPD z.B. bei der Steuerreform einige Abschreibungsvergünstigungen wegfällen läßt, wird das Waigel nur freuen. Etwaige Vorzieh- und schnelle Mitnahmeeffekte wirken als Konjunkturstrohfeuer. Gleichzeitig ist die Mitgliedschaft im Club der Euro-Teilnehmer entweder entschieden oder vertagt. So oder so könnte Waigel ein letztes Mal noch lustvoll die Konvergenzkriterien verletzen und ein paar Ausgabenprogramme oder Haushaltsüberschreitungen zur Strohfeuerstimulierung genehmigen. Denn die Maastricht-Kriterien werden an 1997 gemessen und die Strafabgaben des sogenannten Solidaritätspaktes bei Verletzung der Kriterien würden erst ab 1999 erhoben.

Schließlich: Industrie und Verwaltungen werden sowieso geplante Investitionen vorverlegen. Und der SPD bleibt wenig übrig, als jedes Aufschwungzeichen zu begrüßen ...

spw

*Solange die SPD weder kampagnenfähige Einzelprogramme vorlegt, noch die Wahlprogrammdebatte insgesamt begonnen hat, wirkt die Innovationskampagne wie eine Lockerungsübung der Vertragswerbeagentur.*

\* Frank Wilhelmy, Mitglied der spw-Redaktion

# Die Linke und das Ziel der Vollbeschäftigung

von Alexandra Wagner\*

Anmerkungen zu den Thesen von H. Dietzel „Umbau der Arbeit – Politik für Vollbeschäftigung“ zur Crossover-Tagung am 13.04.1997 (vgl. den Bericht von Joachim Schuster weiter vorn in diesem Heft).

**A**ngesichts wachsender Massenarbeitslosigkeit, deren gesamtfiskalische Kosten sich nach Angaben des IAB 1996 auf 154 Mrd. DM beliefen, und der daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme bedarf es keiner Begründung dafür, die Beschäftigungspolitik zum zentralen Punkt einer linken politischen Alternative zu machen. Ausdrücklich unterstützen möchte ich die Forderung, am Ziel der Vollbeschäftigung festzuhalten. Konzepte, die ausschließlich eine materielle Existenzsicherung – etwa in Form eines Bürgergeldes – ohne die (Möglichkeit und Bereitschaft zur) Beteiligung an der gesellschaftlichen Produktion vorsehen, sind m. E. weder erstrebenswert noch realisierbar.

Trotzdem oder gerade weil ich die vorgestellten Thesen von H. Dietzel in ihrer generellen Ausrichtung für konsensfähig halte, möchte ich einige Fragen aufwerfen, die diskutiert werden müßten, wenn aus den formulierten allgemeinen Zielvorstellungen tatsächlich ein politisches Projekt werden soll.

Mein wichtigstes Unbehagen resultiert daraus, daß Linke seit lan-

gem immer wieder und unverdrossen zweifellos richtige Forderungen wiederholen – scheinbar unberührt davon, daß die politische Realität sich in die entgegengesetzte Richtung bewegt: Während bisher praktizierte öffentlich geförderte Beschäftigung als Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik immer mehr beschnitten wird, fordern Linke einen großdimensionierten gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor mit neu zu schaffenden Strukturen; während die Einkommensfrage aufgrund von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben gewichtiger wird, fordern sie mehr Entfaltung von Individualität und Persönlichkeit; während die Wochen- und Lebensarbeitszeit durch Einführung flexibler Arbeitszeiten (Arbeitszeitkorridor) und die Anhebung der Altersgrenzen in der Rentenversicherung verlängert wird, fordern die Linken Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten.

Wenn die Linke sich selbst und ihren Anspruch auf ein gesellschaftliches Reformprojekt ernst nimmt (und von anderen ernst genommen werden will), reicht es nicht aus, sich im kleinen Kreis politisch Gleichgesinnter der Konsensfähigkeit bestimmter Forderungen zu versichern. Sie muß sich vielmehr fragen, wie sie gesellschaftliche Mehrheiten für die von ihr vorgeschlagenen Veränderungen gewinnen will – dies um so mehr, als Mehrheiten zur Zeit eine andere Politik stützen. Eine präzise Analyse der Wirklichkeit ist dazu ebenso unabdingbar wie die Verbindung von kurz-, mittel- und langfristigen politischen Forderungen. Andernfalls bleibt es bei Leerformeln, die zwar das eigene Gewissen beruhigen mögen, aber letztlich zu Unglaubwürdigkeit und politischer Wirkungslosigkeit verdammen.

Im folgenden möchte ich thesenhaft plädieren für:

- die Konzentration der Kräfte auf einen politischen Richtungswechsel,
- die inhaltliche Ausfüllung des Vollbeschäftigungsziels,
- eine Auseinandersetzung mit den Hemmnissen einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung,
- eine stärkere Verbindung der Forderung nach einem neuen gemeinwirtschaftlichen Sektor mit der nach aktiver Arbeitsmarktpolitik.

## Für einen schnellen politischen Richtungswechsel

In den Thesen wird zu Recht erklärt, daß Vollbeschäftigung ohne tiefgreifende Reformen und allein mit verschiedenen kurzfristigen Maßnahmen nicht erreichbar ist. Deshalb konzentrierte man sich auf die „Knackpunkte“: Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung der Arbeit zwischen Frauen und Männern, neuer gemeinwirtschaftlicher Beschäftigungssektor. Wenn die Beschränkung auf einzelne kurzfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zweifellos nicht ausreichend ist, so dürfte ihre Gering-schätzung noch schädlicher sein.

Die Bundesregierung verfolgt einen politischen Kurs, der die Probleme weiter verschärft, statt sie zu lösen. Mit der Begründung, daß sich die alte Wachstumsdynamik des Kapitalismus mittels Deregulierung zurückgewinnen ließe, findet ein verhängnisvoller internationaler Wettlauf um niedrigere Löhne, sinkende Sozialleistungen, Steuersenkungen usw. statt. Letztlich werden sich alle am Wettlauf Beteiligten auf einem noch flacher verlaufenden Wachstumspfad und mit noch höherer Arbeitslosigkeit wiederfinden, denn auf diese Art sind keine dauerhaften, sondern bestenfalls zeitweilige Konkurrenzvorteile zu erlangen. Durch die Absenkung der Lohn- und Sozialeinkommen wird die Binnennachfrage geschwächt, woraus sich weitere Beschäftigungsverluste ergeben. Die einzelwirtschaftliche Tugend der Sparsamkeit verkehrt sich volkswirtschaftlich zum Übel der Nachfrageschwäche.

Hinzu kommt: Durch steigende Sozialausgaben zur Abfederung der Arbeitslosigkeit und die arbeitslosigkeitsbedingte Verschlechterung des Steuer- und Abgabenaufkommens werden die öffentlichen Haushalte sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite belastet. Wird in dieser Situation – wie derzeit – eine Konsolidierungspolitik betrieben, ist ein weiterer Nachfragerückgang die Folge. Der Teufelskreis schließt sich. Ergebnis ist eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale, deren Ende nicht abzusehen ist.

Die wachsende Massenarbeitslosigkeit wird längst als politisches Instrument genutzt, um tarifliche und soziale Leistungen zu beschneiden und soziale Ungleichheiten zu verstärken. Die Gewerkschaften sind angesichts der geringen Arbeitskräf-

*Mein wichtigstes Unbehagen resultiert daraus, daß Linke seit langem immer wieder und unverdrossen zweifellos richtige Forderungen wiederholen – scheinbar unberührt davon, daß die politische Realität sich in die entgegengesetzte Richtung bewegt.*

\* Alexandra Wagner, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut Arbeit und Technik (IAT) im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen.

tenachfrage und des Drucks der Arbeitslosigkeit in ihrer Kampfposition geschwächt und zu offensiver Auseinandersetzung immer weniger in der Lage.

Mittels der sogenannten Reformierungen der Sozialversicherungssysteme, die das gesamte System mehr und mehr in Richtung einer Privatisierung der Risiken wandeln, verabschiedet sich der Staat aus der sozialpolitischen Verantwortung. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft ist durch die Ausgrenzung immer größerer Gruppen von Menschen und zunehmende Entsolidarisierungstendenzen aufs höchste gefährdet.

Müßte in dieser Situation nicht zunächst eine politische Richtungsänderung angestrebt werden, die es erst ermöglicht, weiterreichende gesellschaftspolitische Ziele in Angriff zu nehmen? Müßte ein linkes Reformprojekt, wie crossover es sein will, nicht gerade damit beginnen, den oben beschriebenen Teufelskreis zu durchbrechen?

Ich möchte dafür plädieren, den Dialog auch darüber zu führen, mit welchen Mitteln und Instrumenten man kurz- und mittelfristig Arbeitslosigkeit bekämpfen kann. Stichworte für eine solche Politik könnten sein: Konzipierung einer europäischen Beschäftigungspolitik, Verschiebung der Europäischen Währungsunion, Investitionsförderung und Ausweitung öffentlicher Investitionen, z. B. in Form von Infrastrukturprojekten, Erschließung neuer Wachstumsfelder, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes und der sozialen und kulturellen Dienstleistungen, Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Stärkung der Massenkaufkraft durch Rücknahme von Kürzungen der Sozialleistungen usw.

### **Vollbeschäftigung – mit welchen gesellschaftlichen Leitbildern und Zielen?**

Abwehrkämpfe von heute können nur dann tragfähig sein, wenn sie gleichzeitig Teil eines Zukunftskonzeptes sind. Für die Konzipierung eines linken Reformprojektes scheint es mir zwingend, nicht nur Vollbeschäftigung (als Alternative zur Arbeitslosigkeit) zu fordern, sondern auch deren qualitative Ausgestaltung zu bestimmen. Wie die Praxis zeigt, gibt es mindestens drei idealtypische Reaktionsmuster auf die sinkende Arbeitskräftenachfrage im

Industriesektor, denen unterschiedliche Gesellschaftsmodelle entsprechen: Lohn- und Einkommensdifferenzierung bei Expansion privater Dienstleistungsbeschäftigung (USA und Japan), aktiver Wohlfahrtsstaat mit Beschäftigungsexpansion im öffentlichen Sektor (skandinavische Länder) und passiver Wohlfahrtsstaat mit Beschäftigungsstagnation (Kontinentaleuropa).<sup>1</sup> Auch unter der Prämisse der Beschäftigungsausweitung ergeben sich in Abhängigkeit davon, wie Einkommen und Arbeitszeit sowie Erwerbs- und Reproduktionsarbeit verteilt und Sozialsysteme ausgestaltet sind, unterschiedliche Gesellschaftsmodelle.

- In den USA geht eine Ausweitung von Arbeitsplätzen einher mit der Absenkung und Flexibilisierung der Löhne, verlängerten Arbeitszeiten, zunehmender Mehrfachbeschäftigung, Einkommenspolarisierung und wachsender Armut. Selbst Arbeitseinkommen reichen häufig nicht zur Existenzsicherung aus. Es wächst eine Unterklasse, die sich in den Städten konzentriert und oft kriminell und gewalttätig wird. Parallel zum Abbau des Sozialstaates erfolgte eine Ausweitung des staatlichen Zwangsapparates.

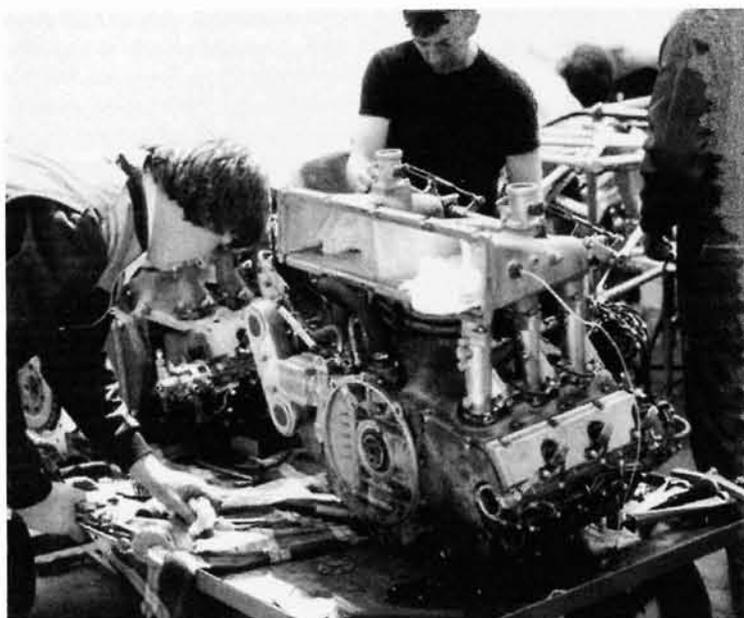
- Beschäftigungsaufbau muß keinesfalls zwangsläufig mit Arbeitszeitverkürzung verbunden sein. In den USA und Japan gehen lange Jahresarbeitszeiten einher mit hohen Beschäftigtenquoten. Umgekehrt ist die Beschäftigtenquote in Deutschland trotz relativ kurzer Jahresarbeitszeiten gering. Anders als in den USA werden in skandinavischen Län-

dern hohe Beschäftigungsquoten bei Verkürzung der Arbeitszeiten erreicht.

- Lange Arbeitszeiten und eine hohe Frauenerwerbsquote sind häufig mit einer größeren Nachfrage nach bezahlten Dienstleistungen verbunden, während umgekehrt bei kurzen Arbeitszeiten und einer geringen Frauenerwerbsbeteiligung haushaltsbezogene Dienstleistungen eher in Eigenarbeit erbracht werden. Eine der Quellen des amerikanischen „Beschäftigungswunders“ liegt tatsächlich darin, daß bei einer gestiegenen Zahl von Doppelverdiener-Haushalten der Umfang der Haushaltsproduktion sinkt und die Marktnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen steigt, die früher von den Haushalten selbst erstellt bzw. erbracht wurden. Dies ist vor allem dort der Fall, wo der Preis für derartige Güter und Dienstleistungen, auch aufgrund der zunehmenden Schere bei den Realeinkommen, deutlich niedriger ist als der durch vermehrte Erwerbsarbeit erzielte Zusatzverdienst. Auf Jobs, welche auf die Substitution der Haushaltsproduktion durch marktvermittelte Dienstleistungen zurückzuführen sind, entfallen etwa 15% der Beschäftigungszunahme der letzten Dekade in den USA, was rund 3,5 Mio Jobs entspricht.

Auch die Bundesregierung sieht im Ausbau von Beschäftigungsverhältnissen in Privathaushalten eine Perspektive für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ab 1997 wird die Beschäftigung sozialversicherungspflichtiger ArbeitnehmerInnen in Privat-

*Wenn die Beschränkung auf einzelne kurzfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zweifellos nicht ausreichend ist, so dürfte ihre Geringerschätzung noch schädlicher sein.*



haushalten mit erheblich verbesserten Steuervergünstigungen gefördert. Das Ziel besteht in der Verwandlung eines Teils der unbezahlten Hausarbeit der Haushalte im oberen Einkommenssegment in Arbeit von (niedrig) bezahlten Gehilfinnen. Damit wird die Not der von Arbeitslosigkeit Betroffenen für den Bedarf der Besserverdienenden genutzt, und es ergibt sich eine Spaltung der Gesellschaft in eine moderne Dienstbotenklasse und in jene, die diese Dienste in Anspruch nehmen (können). An der Erwerbsarbeit nehmen die einen im Übermaß, andere nur geringfügig und wieder andere gegen ihren Willen überhaupt nicht teil; gleichzeitig kommt ein Teil der Gesellschaft mit den Notwendigkeiten der alltäglichen Reproduktionsarbeit kaum in Berührung, während andere sich ausschließlich dieser Arbeit widmen.

- Schließlich kann man Vollbeschäftigung auch mittels der Reduzierung des Arbeitsangebots – etwa durch den Rückzug von Frauen und AusländerInnen vom Arbeitsmarkt – bewerkstelligen. Das die Hausfrauenehe subventionierende Ehegattensplitting, die kostenfreie Mitversicherung nichterwerbstätiger Ehegattinnen in der Krankenversicherung sowie das ungenügende Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen und Kinderbetreuungseinrichtungen dürften derzeit in diese Richtung wirken. Aber auch über die Anpassung des Arbeitskräftezuzugs an die Arbeitsmarktbedarfe wird inzwischen (wieder) laut nachgedacht. So plädiert der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie S. Hradil für eine arbeitsmarktdäquat geregelte Zuwanderung nach den Kriterien: jung, gesund und bildungsfähig, denn: „Es entspricht ... sowohl den Interessen der Zuwandernden als auch der hier Lebenden, daß Armut, Arbeitslosigkeit und Konflikte nicht schon wegen der Zahl und Eigenschaften der Zuwandernden vorprogrammiert sind.“

Alternative gesellschaftspolitische Konzepte müssen Antworten geben auf die Fragen nach der weiteren Entwicklung der Arbeitsgesellschaft, nach der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, nach dem Verhältnis von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, von kommerzialisierten und nicht kommerzialisierten Formen von Arbeit, nach einer gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit sowie von Arbeits- und Sozialeinkommen

und nach Strukturen demokratischer Entscheidungsfindung zu den genannten Fragen.

### Zur gegenwärtigen Realität von Arbeitszeitverkürzungen

So notwendig und sympathisch die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung (laut Papier von H. Dietzel auf ca. 31 Stunden pro Woche) auch ist, sie scheint mir gegenwärtig schlicht unrealistisch zu sein. Betrachten wir die derzeitige Arbeitszeitrealität, so fällt auf:

1. Wo es jenseits von individuellen Teilzeitwünschen Arbeitszeitverkürzungen auf ein Niveau unterhalb der tariflichen Wochenarbeitszeiten gab, sind sie erzwungen worden bzw. sind sie ein temporärer Kompromiß und nicht auf die gesellschaftliche Umverteilung von Erwerbsarbeit gerichtet.

Wie repräsentative Befragungen der von Arbeitszeitverkürzungen betroffenen Beschäftigten bei VW und der Ruhrkohle AG ergaben, hängt die Akzeptanz für diese Kürzungen in erheblichem Maße von der akuten Arbeitsplatzbedrohung ab. „Offensichtlich sind akute Krisensituationen eines Betriebs bzw. Unternehmens oder einer Branche, die für die Beschäftigten auch subjektiv in Form einer unsicheren Beschäftigungsperspektive 'spürbar' werden, Voraussetzung für eine breite Akzeptanz derartiger einschneidender Tarifvereinbarungen. Damit dürften vergleichbare Regelungen, die tiefgreifende Arbeitszeitverkürzungen mit Einkommenseinbußen verknüpfen, gegenwärtig wohl eher nur als beschäftigungssichernde Maßnahmen durchsetzbar sein. Als beschäftigungsschaffende Vereinbarungen laufen sie hingegen Gefahr, von den Betroffenen nur in deutlich geringerem Maße akzeptiert zu werden, da in einer prosperierenden wirtschaftlichen Situation ohne akute (individuelle – A.W.) Beschäftigungsbedrohung eine befristete Arbeitsplatzgarantie keinen bedeutsamen Tauschwert für die Beschäftigten darstellt.“

2. Reduzierte Arbeitszeiten sind in den verschiedenen Bereichen von Produktion und Verwaltung nicht gleichermaßen leicht umsetzbar und gehen – insbesondere bei den Angestellten – häufig mit einer Leistungsverdichtung einher. Bei der Volkswagen AG ist infolge der Arbeitszeitverkürzung die Arbeitsbelastung vieler Angestellter, dabei vor allem der höherqualifizierten, größer geworden, während gleichzeitig die Einkommen gesunken sind. Für einen Teil der VW-Beschäftigten –

die außertariflich Angestellten – blieben die Arbeitszeiten bei Kürzung des Entgelts nominell unverändert und haben sich real sogar durchschnittlich verlängert. In diesen Bereichen hat folglich nicht nur keine Umverteilung von Erwerbsarbeit stattgefunden, sondern auch keine Arbeitszeitverkürzung. Der einzige Effekt war ein deutliches Absinken des Entgelts pro Stunde.

3. Das Interesse an einem Freizeitgewinn durch Arbeitszeitverkürzung ist weniger ausgeprägt als das an Einkommenserhöhung bzw. Einkommenserhalt. Es ist bekannt, daß in der betrieblichen Praxis häufig in gegenseitigem Einvernehmen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die auf Zeitkonten angesammelten Überstunden letztlich doch finanziell und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, durch Freizeit entgolten werden. Die repräsentative Beschäftigtenbefragung bei VW und der Ruhrkohle AG ergab, daß die Mehrheit der Beschäftigten im Konflikt zwischen Zeit- und Geldpräferenz dem Geld den Vorrang einräumen. Interessant ist, daß Frauen weit häufiger als Männer eine ausgeprägte Zeitpräferenz aufweisen.

4. Im Falle von (erzwungenen) Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich wird von vielen Betroffenen versucht, die Einbußen beim Haushaltseinkommen durch andere zusätzliche Einnahmen zu kompensieren. Dies gelang bei VW 14% und bei der Ruhrkohle AG 35% der Befragten. Von denjenigen Beschäftigten, die den tariflichen Einkommensverlust (über-) kompensieren konnten, gaben bei VW und der Ruhrkohle AG 45% bzw. 60% an, Überstunden zu leisten, in 25% bzw. 22% der Fälle arbeitete zusätzlich ein weiteres Haushaltsmitglied. Während die Beschäftigten bei VW nicht nach Nebentätigkeiten gefragt wurden, gaben 28% der RAG Beschäftigten an, die Einkommenssicherung über Nebentätigkeiten erreicht zu haben. 32% (VW) bzw. 13% (RAG) kompensierten Einkommensverluste aus „anderen Quellen“. Es zeigt sich, daß die im regulären Beschäftigungsverhältnis zur Vermeidung von Entlassungen abgegebene Erwerbsarbeit zumindest zu einem Teil an anderer Stelle des Arbeitsmarktes „zurückgeholt“ wird und daß neben Umverteilungs- auch Verdrängungsprozesse stattfinden.

5. Schließlich dürfte hinreichend bekannt sein, daß selbst Personen und Einrichtungen, die zu

*Für die Konzipierung eines linken Reformprojektes scheint es mir zwingend, nicht nur Vollbeschäftigung (als Alternative zur Arbeitslosigkeit) zu fordern, sondern auch deren qualitative Ausgestaltung zu bestimmen.*

den professionellen Arbeitszeitverkürzungsbefürwortern gehören, sich bei deren praktischer Umsetzung im eigenen Bereich schwer tun. Es könnte einiges dafür sprechen, daß die Interessen an frei verfügbarer Zeit, an Persönlichkeitsentwicklung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie weniger stark wiegen als das an höherem Einkommen. Auch eine starke Karriereorientierung und die Angst vor einem möglichen Karriereknick im Falle des Einlassens auf kürzerer Arbeitszeiten könnten Gründe für dieses Phänomen sein.

Angesichts dieser Fakten können die Linken eine radikale allgemeine Arbeitszeitverkürzung nur dann politisch glaubhaft fordern, wenn sie sich mit den aufgezeigten Problemen und Hemmnissen auseinandersetzen. Dazu gehören m.E. Überlegungen über Quellen, Umfang und Verteilung eines möglichen – und für die Akzeptanz der Maßnahmen auch notwendigen – (Teil-) Lohnausgleichs. Des weiteren geht es um Verfahren, die sichern, daß es infolge der Arbeitszeitverkürzungen in den Unternehmen tatsächlich zu Neueinstellungen kommt. Eine Ausweitung der Überstunden der Schon-Beschäftigten würde den Beschäftigungseffekt einer Arbeitszeitverkürzung vermindern wenn nicht gar kompensieren. Weil Neueinstellungen nur bei einem entsprechend qualifizierten Arbeitsangebot möglich sind, ist Berufsbildungs- und Qualifizierungspolitik eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Umverteilung von Erwerbsarbeit.

**Beschäftigungsförderung auf differenzierte Weise**

In den vorliegenden Thesen wird, wie schon in der Crossover-Erklärung vom Februar 1996, ein „neuer gemeinwirtschaftlicher Beschäftigungssektor“ gefordert. Ohne Zweifel ist es sinnvoll, notwendig und – in bestimmten Grenzen – auch möglich, mit öffentlichen Mitteln dort gesellschaftlich nützliche Beschäftigung zu schaffen, wo sie unter reinen Marktbedingungen nicht entstehen würde. Aufgrund der bekannten Selbstfinanzierungseffekte solcher Maßnahmen hieße dies nichts anderes, als Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und dabei gleichzeitig gesellschaftliche Bedarfsländer – etwa in den Bereichen Kultur, Sport und soziale Dienste – zu decken.

Wenig überzeugend scheint mir allerdings die Vorstellung, dies im Rahmen eines besonderen „Sektors“

zwischen Markt und Staat realisieren zu wollen. Könnte man gleiches nicht ebenso durch staatliche Investitionsförderprogramme oder die Ausweitung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes erreichen?

Ist die Forderung nach einem neuen gemeinwirtschaftlichen Sektor nicht viel zu unausgearbeitet, als daß sie in einer Situation, in der es nicht gelang, den bereits praktisch erprobten und von der Konstruktion her eher konsensfähigen Zweiten Arbeitsmarkt zu erhalten, politische Wirksamkeit entfalten könnte? Erst kürzlich ist mit der Annahme des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes die aktive Arbeitsmarktpolitik zum wiederholten Male beschnitten worden. Auch dürften die häufig angemahnten Probleme einer großdimensionierten öffentlichen Beschäftigungsförderung – die Wettbewerbsverzerrungen durch Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte – auf den geforderten gemeinwirtschaftlichen Sektor in gleicher Weise zutreffen.

Schließlich: Es geht nicht nur darum, das globale Beschäftigungsdefizit zu verringern. Auch die Verhärtung der Arbeitslosigkeit ist ein enormes soziales Problem. Unter den Arbeitslosen gibt es eine wachsende Zahl von Langzeitarbeitslosen, deren soziale Situation besonders angespannt und deren Arbeitsmarktchancen äußerst schlecht sind. Eine Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik zeigte, daß es zudem eine Überlappung von Langzeit- und Mehrfacharbeitslosigkeit gibt. Dies bedeutet, daß eine wachsende Gruppe von Arbeitslosen nahezu dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt ist. Für diese Menschen sind staatlich geförderte Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oft die einzige Chance zur Rückkehr in Beschäftigung. Neben der oben angemahnten Politik zur Arbeitsplatzschaffung bedarf es folglich auch spezifischer Hilfen für die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen. Die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik – zumindest auf ein bereits früher erreichtes Niveau – sollte deshalb auch Bestandteil eines linken Reformprojektes sein. spw

1 Vgl. dazu Appelbaum, E. / Schettkat, R.: Das Beschäftigungsproblem der Industrieländer. Eine Neuinterpretation. Beitrag zur Internationalen Wirtschaftstagung 1996 „Beschäftigungspolitik für Deutschland“, 28.8.1996.

Bundesweiter Studentischer  
**Adressreader**



Anschriften  
Telefon-,  
Fax- und  
E-Mail-Nr.  
Kontaktpersonen

Über 1111  
Adressen!

April 1997

ASten • USten • StuRa's •  
BuFaTa's • LAK's • Hochschulgruppen • Studentische Inis •  
Studentische Zeitungen • LandesschülerInnenvertretungen •  
Politische Gruppen • Studentenwerke • Hochschulleitungen •  
Bildungs- & Wissenschaftsministerien • Wissenschaftsorganisationen • Stiftungen •  
Gewerkschaften • Parteien • Landtage • Bundestag • Bundesregierung • Medien • Europa •  
• u.a.m.

Schreibtischversion (DIN A4)  
14 DM zzgl. 3 DM (Porto & Versand)  
Pocketversion (DIN A 6)  
10 DM zzgl. 3 DM (Porto & Versand)  
Diskette  
50 DM für StudentInnenvertretungen  
(für andere 70 DM), zzgl. 5 DM (Porto & Versand)

**Bezugsadresse:**

AG Studentischer Adressreader  
c/o AStA Universität Hannover  
Welfengarten 1  
30167 Hannover  
☎ 0511 - 762 5061  
☎ 0511 - 717441  
Sabine Kiel  
☎ & ☎ 05102 - 5108

**f**reier  
**Z**usammenschluß von  
**s**tudentInnenschaften

# Europa, die Linke und Major Tom

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Claudia Walther\*

**D**er Countdown zur Wirtschafts- und Währungsunion der EU läuft. Und schon am 16./17. Juni findet der EU-weite Regierungsgipfel zur Revision von Maastricht II statt. Völlig losgelöst schwebte bzw. dümmerte die Linke in Europa lange Zeit dahin. Nun scheint sie langsam aufzuwachen.

Die Positionen innerhalb der Linken gegenüber der EU im allgemeinen und der Wirtschafts- und Währungsunion im besonderen decken die gesamte Spannweite ab. So auch in der SPD. Von Euro-Euphorie bis populistisch angehauchter Pauschal-Ablehnung – es gibt nichts, was es nicht gibt.

## Demokratie und Zivilgesellschaft

„Die europäische Einheitswährung wird den gesamten ökonomischen und damit auch den sozialen Bereich prägen und keiner politischen Einflußnahme unterliegen, denn sie ist von den demokratischen Mechanismen

‘abgekoppelt’ und hat nur den Direktiven der Europäischen Zentralbank in Frankfurt Folge zu leisten“, schreibt Ignacio Ramonet in *Le monde diplomatique* 5/97. Genau diese Befürchtung prägte auch die Diskussion der *spw*-Frühjahrstagung: nämlich die Frage nach demokratischen

und sozialen Strukturen eines integrierten Europas. Wieder einmal sollen die demokratische, politische und die soziale Dimension einer Vereinigung dem Primat der ökonomischen Freiheit und einer gemeinsamen Währung nachgeordnet werden. Dies war schon so beim Übergang von der deutschen Kleinstaaterei zum Nationalstaat (Deutscher Zollverein 1834) und vor kurzem bei der deutsch/deutschen Vereinigung (Währungsunion 1990). Unser Resümee der *spw*-Frühjahrstagung vom April diesen Jahres, das im Artikel der *spw*-AutorInnengruppe „Raus aus der Sackgasse – Kurskorrektur für Europa!“ seinen Ausdruck findet, lautet dementsprechend: es reicht nicht, sich über die einzelnen Stabilitätskriterien und den Zeitplan des

Wieder einmal sollen die demokratische, politische und die soziale Dimension einer Vereinigung dem Primat der ökonomischen Freiheit und einer gemeinsamen Währung nachgeordnet werden.

Euro auseinanderzusetzen, sondern es geht darum, die Richtungsentscheidungen von Maastricht zu korrigieren!

Insbesondere die Frage demokratischer Strukturen und demokratischer Einflußmöglichkeiten bezieht sich nicht nur auf die wirtschaftliche und finanzpolitische Seite (Forderung nach einer Wirtschaftsregierung). Was Europa braucht, ist eine europaweit agierende Linke und – noch weitergehend – die Entwicklung einer *europäischen Zivilgesellschaft*.<sup>1</sup> Eine europäische Zivilgesellschaft könnte beispielsweise die Verankerung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf Europa-Ebene mit realen Partizipationsmöglichkeiten, z.B. der Gewerkschaften, sowie die Vernetzung der jeweiligen Elemente der nationalen Zivilgesellschaften bedeuten. Hier allerdings fangen die Schwierigkeiten an: Zivilgesellschaftliche Ansätze im katholischen Italien bedeuten etwas völlig anderes als in den protestantisch/calvinistisch liberalen Niederlanden.

## Positionierung und Vernetzung

Für die Linke stellen sich zunächst zwei Herausforderungen, um die es in diesem Heft gehen wird: zum einen die *Positionsfindung*, und zum anderen die *Vernetzung der Linken* bzw. die Notwendigkeit, europaweit zu agieren.

Dafür schien es uns zunächst angemessen, sich ein Bild über die Linke in verschiedenen Bereichen in Europa zu machen: Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen ... Dieses Bild ist zunächst noch verzerrt, da wir uns schon aus Platzgründen beschränken mußten: auf Ausschnitte aus der (westlichen) Sozialdemokratie, auf Gewerkschaften und auf eine frauenspezifische Sicht. Die Situation der Grünen sowie anderer Parteien und Bewegungen anderer Länder fehlt noch – Grund genug, das Thema „Europa und die Linke“ in den nächsten Heften der *spw* weiter zu verfolgen. Allein der in diesem Heft getroffene Ausschnitt der Linken in Europa ist bereits so vielseitig wie widersprüchlich. Es läßt sich das Fazit ziehen: zu einer gemeinsamen Linken in Europa ist es noch ein weiter Weg!

## Von Euromärschen und Tony Blair

Wie steht es aber mit einzelnen Ansätzen einer Vernetzung und eines gemeinsamen Agierens? Gerade jetzt, Mai – Juli 97 gibt es doch drei sehr interessante Ansätze europaweiter linker Aktivitäten: die Euro-Märsche, die Initiative des „European Appeal for Full Employment“ und den Alternativen EU-Gipfel in Amsterdam. *Thorben Albrecht*, Internationaler Sekretär der JungsozialistInnen, verfolgt diese Initiativen und nimmt in seinem Artikel „Naar en ander Europa“ eine politische Einschätzung vor, insbesondere zu dem Alternativgipfel in Amsterdam.

Die französischen Renault-Arbeiter setzten sich in diesem Frühjahr für ihre belgischen KollegInnen ein, deren Werk geschlossen werden sollte. Wie steht es nun mit einem gemeinsamen Agieren der europäischen Beschäftigten? Eine Schlüsselstellung kommt hier den Gewerkschaften zu. *Fritz Rath*, Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuß der EU, setzt sich mit verschiedenen Positionen im gewerkschaftlichen Spektrum auseinander – unter anderem derjenigen, die als Reaktion auf die zur Begründung der Deregulierung herangezogene Globalisierung vorschlägt, sich auf eine Regulierung im nationalstaatlichen Rahmen zu konzentrieren. Rath, der die oben erwähnten Renault-Protteste als die ersten Streiks gegen die Globalisierung erwähnt, kommt da zu anderen Schlußfolgerungen. Er plädiert dafür, die Herausforderung einer europaweiten Gestaltung anzunehmen.

\* Claudia Walther, Politologin, lebt in Aachen. Sie ist Mitglied der *spw*-Redaktion und Geschäftsführerin des Freizeit- und Informationswerks für Jugendarbeit der Euregio Maas-Rhein.

Eingeschlagen, auch in der deutschen Sozialdemokratie, ist der Erdrutsch-Sieg Tony Blairs. „New Labour“, so schreibt Uwe Kremer im *Kurzum* dieser spw-Ausgabe, zeichne sich dadurch aus, „daß der politische Pragmatismus mit durchaus visionären Zügen und einem intellektuell ausgewiesenen konzeptionellen Hintergrund verknüpft ist“. Hilary Wainright von der britischen grün-feministisch-sozialistischen Zeitschrift *Red Pepper* geht hart mit Tony Blair ins Gericht. Sie analysiert Blairs politische Rolle und die Bedeutung seines Wahlsieges für die Linke und kommt zu der These, daß es sehr auf die Linke neben Blair ankomme. Ob Tony Blair's „New Labour“ nun als neues Modell sozialdemokratischer Parteien zum europäischen Exportschlager wird, diese Diskussion hat bei uns längst begonnen. „Deutscher Tony Blair gegen teutonischen Neil Kinnock“ titelte *Die Welt am Sonntag* (11.5.97). Die Medien-Initiierung von Schröder als gewünschtem Kanzlerkandidaten im Glanze des Blair-Sieges bläst der Linken und Oskar Lafontaine den Wind hart ins Gesicht.

**Abstimmen über Europa**

Unter anderen Vorzeichen stehen die Wahlen in Frankreich, deren Ausgang zu Redaktionsluß noch offen ist. Durch die vorgezogenen Neuwahlen bestehe die „offenkundige Absicht darin, die Wahlkampagne möglichst abzukürzen und dadurch die wesentlichen Fragestellungen auszublenden“, nämlich vor allem die Entscheidung über die Zustimmung zur EU und den Euro, so folgert *Le Monde diplomatique* (5/97). Das Panaroma der französischen Linken und der französischen Sozialistischen Partei vor und nach den Neuwahlen und in bezug auf die Europäische Union wird im nächsten Heft Bernard Pignierol von der französischen linken SP-Strömung *Gauche Socialiste* schildern.

Die Frauen Europas, zumindest die Frauen in Skandinavien, scheinen viel zu verlieren durch den sozialen Anpassungskurs, der im Namen der EU auch in Schweden gefahren wird. Wenn auch nicht in organisierter Form, nämlich getragen von einer Partei oder organisierten Frauenbewegung, so gab es doch in Schweden und in Norwegen ein vor allem von Frauen gegebenes „Nein“-Votum bei den Referenden – mit unterschiedlichem Ausgang. Zu dieser interessanten Schlußfolgerung kommt Susanne Schunter-Kleemann, Professorin in Bremen, die sich lange Jahre schon mit verschiedenen Aspekten der Situation von Frauen in Europa beschäftigt. Sie untersucht die beiden unterschiedlichen Wege, die Schweden und Norwegen in bezug auf sozialstaatliche Absicherung und Frauenförderung nach ihren Referenden (Beitritt und Nicht-Beitritt zur EU) gegangen sind. Bedeutet dies nun, daß auch andere westliche Frauenbewegungen auf Euro-skeptischen Kurs gehen sollten, oder handelt es sich hier um eine Ausnahmesituation der skandinavischen Länder mit ihrer sozialpolitischen Vorreiterrolle? Anzukündigen bleibt noch ein ausführlicher Artikel zum „Modell Schweden“ mit seiner ursprünglich vorbildlichen sozialen Absicherung für Frauen im nächsten spw-Heft (Rubrik Arbeit – Zeit und Geld), ebenfalls von Susanne Schunter-Kleemann.

**Kurskorrektur für Europa!**

Die Frage nach den Kräften bzw. der Linken in Europa ist die eine, die nach der inhaltlichen Positionierung der Linken ist die andere. Wie lassen sich eigentlich die Schritte zur Vollendung der Währungsunion wirtschafts- und so-



zialpolitisch einordnen? Und welche Konsequenzen wird die Wirtschafts- und Währungsunion sozial- und wirtschaftspolitisch haben? Zu diesen Fragen hielt Ingo Schmidt, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum '97) auf der Frühjahrstagung ein ausführliches und grundlegendes Referat. Im vorliegenden Heft veröffentlichen wir eine zusammengefaßte Darstellung, um mit dieser Fundierung die Diskussion etwas zu erleichtern.

Die Positionsbestimmung, die wir auf der spw-Frühjahrstagung vorgenommen haben, wird in dem Beitrag „Raus aus der Sackgasse – Kurskorrektur für Europa!“ der *spw-AutorInnengruppe* erläutert. Beigetragen zu unserer eigenen Positionsbestimmung haben nicht zuletzt die – durchaus kontroversen – Diskussionen auf der Frühjahrstagung mit Harald Bauer (Institut für Internationale Politik) zur Tradition europäischer Politik der französischen Linken, mit Heiko Thomas (Bündnis 90/Die Grünen, Sprecher der LAG Frieden und Europa NRW) und mit Bernd Lange (MdEP) zum Thema „Grundlinien eines linken Europa-Projektes“. Auch kleine Crossover-Diskussionen können also sehr fruchtbar sein!

Abschließend ist noch zu bemerken, daß uns das Thema „Europa und die Linke“ weiterhin, auch in der spw, beschäftigen wird. Wer die spw seit mehreren Jahren bezieht, sollte sich noch einmal die Thesen zum *Europa-Kongreß* der spw von 1993 (Heft 71, Nr. 3/93) vor Augen führen. Der Heftschwerpunkt in dieser Ausgabe kann daher nur ein weiterer Schritt sein. Aber, wie gesagt: der Countdown läuft. Viel Zeit, nicht nur zu analysieren, sondern auch Bewegung für ein soziales und demokratisches Europa zu schaffen, bleibt nicht.

spw

Ob Tony Blair's „New Labour“ nun als neues Modell sozialdemokratischer Parteien zum europäischen Exportschlager wird, diese Diskussion hat bei uns längst begonnen.

<sup>1</sup> Zum Weiterlesen: Étienne Balibar: Kann es ein europäisches Staatsbürgertum geben? In: *Das Argument*. Hg. von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug. Nr. 206, Heft 4/5-1994. S. 621-638.

# „New Labour“ – Thatchers Erbe und Verfassungsreform

von Hilary Wainwright\*

Wir wurden als ‚New Labour‘ gewählt, und wir werden als ‚New Labour‘ regieren,“ sagte Tony Blair in seiner erste Rede als Premierminister. „Manchmal scheint es, daß Tony Blair und Peter Mandelson in der britischen Labour Party tun und lassen können, was sie wollen, selbst ihren Namen von „Labour Party“ in „New Labour“ ändern. Aber sind die Veränderungen so tiefgehend, wie sie gerne glauben möchten? Ist ‚New Labour‘ mehr als eine clevere public relations-Strategie, mit der Labour nach vier Niederlagen in Folge und achtzehn Jahren Einparteien-Herrschaft der Tories die Wahlen gewann? Wird das Konzept den Druck der Regierungsverantwortung überstehen, oder wird die Koalition, die die britische Labour Party war und ist, auseinanderbrechen?“

‚New Labour‘ kann ohne Mrs. Thatchers Neoliberalismus nicht verstanden werden. ‚New Labour‘ macht grundsätzliche Konzessionen an den durch Thatchers Regierungen geschaffenen Konsens – und ist gleichzeitig

‚New Labour‘ macht grundsätzliche Konzessionen an den durch Thatchers Regierungen geschaffenen Konsens – und ist gleichzeitig der zentrale politische Ausdruck des Widerstands gegen Thatchers Erbe.

der zentrale politische Ausdruck des Widerstands gegen Thatchers Erbe. (Aus dem Wahlerfolg der Liberaldemokraten und dem Wachstum außerparlamentarischer Jugendprotestbewegungen schließen allerdings einige, daß Labour in der letzteren Rolle gescheitert ist). In der

Wirtschaftspolitik und in einem gewissen Maße auch in der Sozialpolitik hat ‚New Labour‘ viel von der neoliberalen Orthodoxie übernommen; im Führungsstil eifert Tony Blair Margaret Thatcher nach; in Fragen des britischen politischen Systems jedoch fokussiert die Labour Party als wichtigste Oppositionspartei ein aufgestautes Bedürfnis nach einem radikalen Verfassungswandel. So verbindet New Labour eine monetaristische ökonomische Orthodoxie, die die Ungleichheit in der Gesellschaft vertieft und zudem ökologisch untragbar ist, mit einem Verfassungsreformprogramm – ein auf die Dauer unhaltbarer Kompromiß.

## Tory Blair – Thatchers Erbe

Der Einfluß des Thatcherismus auf Tony Blair, den jungen Anwalt mit der Managergesinnung, der die Labour Party seit dem plötzlichen Tode von John Smith 1994 führt, wurde offensichtlich, als er an der dreijährlichen Management-Konferenz von Rupert Murdochs News Corporation teilnahm. (Ihr gehört das wichtigste britische Boule-

vardblatt, jene „Sun“, die von sich behauptet, daß sie 1992 die Wahl für die Konservativen gewann.) Hier erhoben Blair und sein Team Anspruch auf Thatchers Erbe; nur eine Labour-Regierung könne ihre soziale und ökonomische Revolution vollenden. „Sie hat einige Dinge verstanden. Eine größere Betonung des Unternehmens. Erfolg belohnen, nicht bestrafen. In diesem Sinne war Mrs. Thatcher eine Radikale, keine Tory,“ sagte Blair (The Times, 17.07.95.)

Blair betrachtet sich selbst als ‚die radikale Mitte‘ (was immer das heißt). Doch sein Radikalismus richtet sich – wie Thatchers – nicht gegen die Herrschenden, sondern gegen die Gewerkschaften, die Labourlinke und einen umverteilenden Staat. So rühmte er sich noch kürzlich, unter einer Labour-Regierung werde „Großbritannien immer noch die restriktivsten Gewerkschaftsgesetze der westlichen Welt haben“ (Press Association, 25.03.97). Er werde „untadelig hart im Umgang mit den Gewerkschaften“ sein. (Vorstellung des Labour-Wahlmanifests, 31. März 1997.)

Dieser ‚Radikalismus‘ geht – ebenfalls in Nachahmung Mrs. Thatchers – mit einem tiefen Konservatismus bezüglich Britanniens Rolle in der Welt einher. Statt für Britannien eine neue Rolle als kleine vorgelagerte Insel auszuarbeiten, die eine Zukunft mit dem Festland teilt und ihre imperiale Vergangenheit verwirft, verkündet Blair: „Jahrhundert auf Jahrhundert war es Großbritanniens Bestimmung, andere Nationen zu führen. Das sollte keine Bestimmung sein, die Teil unserer Geschichte ist. Sie sollte Teil unserer Zukunft sein.“ Er werde zeigen, „worum es einem wahren britischen Patriotismus geht und Britannien neue Lebenschancen geben,“ und überhäuft die Streikkräfte mit Lob für ihre Rolle auf den Falkland-Inseln und im Persisch-Arabischen Golf. (The Independent, 22.04.97.)

Auf der anderen Seite erkennt er an: „Mrs. Thatcher irrte sich, wenn sie den Konsequenzen des sozialem Zusammenbruchs gleichgültig gegenüberstand.“ (Press Association, 23.04.95.) Er besteht darauf, daß sich seine Werte von Thatchers unterscheiden. Tony Blair – in jeder Hinsicht ein wirklich netter Kerl, ein bißchen wie ein älterer Personalchef, der „hart aber fair“ eine rücksichtslose *downsizing*-Operation in ihre Schranken weist, beraten vom Marktanalysten der Firma, Peter Mandelson.

## Minimale Wahlverprechen

Die Labour Party führte den Wahlkampf mit nur fünf Versprechungen, die sozialen Minimalismus, ökonomische Austerität und sozialen Autoritarismus kombinierten. (Das radikale Verfassungsreformprogramm wurde im Wahlkampf kaum erwähnt.) Diese fünf Ankündigungen haben Vorrang im Gesetzgebungsprogramm der neuen Regierung:

- Verkleinerung der Klassenstärke in Grundschulen auf 30, finanziert durch einen Subventionsabbau bei den teuren ‚öffentlichen‘ (d.h. privaten) Schulen;
- Schaffung von Arbeitsplätzen für 250.000 Jugendliche (die Arbeitslosigkeit wird in Britannien auf vier Millionen geschätzt) durch eine Besteuerung der Extra-Profiten kürzlich privatisierter Einrichtungen;
- Verkürzung der Wartelisten von Krankenhäusern durch eine Rationalisierung der Gesundheitsverwaltung;
- Beibehaltung geringer Staatsverschuldung, Staatsausgaben, Steuern und Inflation (inzwischen formalisiert durch Gewährung der Unabhängigkeit an die Bank von England);
- neuartige Schnellverfahren gegen jugendliche Straftäter.

\* Hilary Wainwright, Herausgeberin des linken britischen Zweimonatsmagazins „Red Pepper“. Übersetzung: Thorsten Cabalo

Diese vorsichtige Kombination sollte die Erwartungen in die Labour Party dämpfen. Doch die Erdrutschniederlage der Tories hat die Erwartungen erhöht. Umfrageergebnisse und Wahlanalysen stimmen überein: gestimmt wurde eher *gegen* die Tories als *für* New Labour. Meinungsumfragen zufolge sind der Mehrheit – mittlere Einkommen wie Arme – bessere staatliche Dienste wichtiger als niedrige Steuern. Und sie erwarten von Labour, diese besseren Dienste einzurichten. Indem sie sich jedoch an die Ausgabengrenzen der Tories gebunden haben, lassen sich Blair und sein Schatzkanzler Gordon Brown wenig Spielraum, um solche Verbesserungen durchzuführen oder auch nur die krassesten Ungleichheiten abzubauen, die die Tory-Politik verursacht hat.

**Soziale Ungleichheit nach achtzehn Jahren Tory-Herrschaft – keine Frage der Werte**

Der Anteil des reichsten Fünftels der Bevölkerung am Volkseinkommen stieg von 37% 1979 auf 43% 1995, während der des ärmsten Fünftels von 9,5% auf 6,9% fiel. Lebte 1979 jedes zehnte Kind in Armut, war es 1995 jedes dritte.

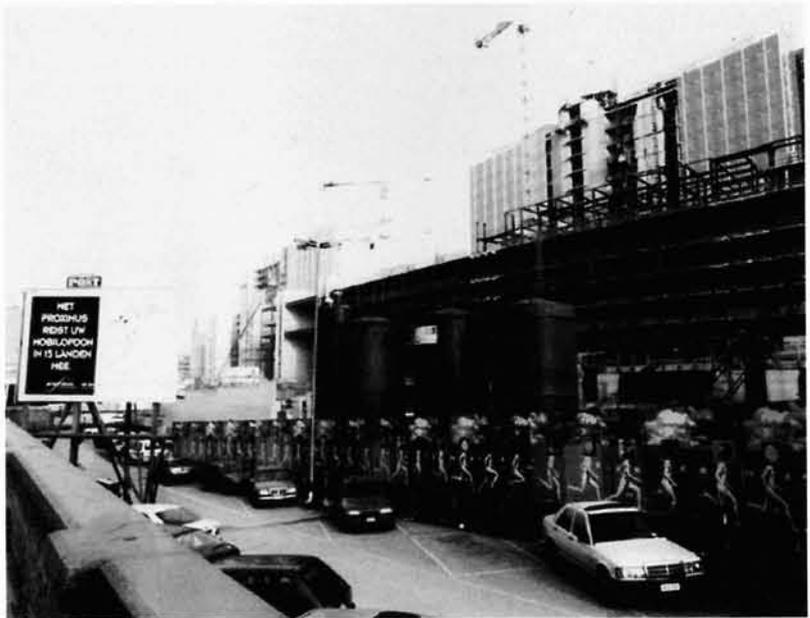
Die sozialen Spaltungen, die Tony Blair anklagt, wenn er seine Werte von denen Mrs. Thatchers unterscheidet, sind das Ergebnis dieser wachsenden Ungleichheit. Doch New Labour will im Rahmen von Thatchers ökonomischen Vorgaben arbeiten, was Besteuerung, Arbeitsgesetzgebung und öffentliche Ausgaben angeht. Was werden andere ‚Werte‘ ändern, wenn die ökonomischen Grundregeln dieselben bleiben? Außer den Wahlversprechen bezüglich der Klassenstärken und der Schaffung von Arbeitsplätzen für einige arbeitslose Jugendlichen sind denn auch nur Vorschläge zu vernehmen, nach Pfadfinderart mit geringen Mitteln, aber viel gutem Willen Gutes zu tun: ‚Heimarbeit-Clubs‘, die von Top-Fußballteams unterstützt werden, oder den Einsatz Lottereeinnahmen für Gesundheitsvorsorgeprogramme und Lehrerfortbildung in neuen Technologien. Ohne ernsthafte Versuche aber, den Armen zurückzuholen, was Thatcher den Reichen gegeben hat, werden lediglich New Labours viktorianische Werte zum Tragen kommen: Nächtliche Ausgangssperren für Jugendliche stehen bereits auf Labours Prioritätenliste.

**Das Verfassungsreformprogramm**

Doch die Linke in Großbritannien hat einen Grund zur Hoffnung. Der wirklich radikale und demokratische Teil von Labours Programm sind die – gemeinsam mit den Liberaldemokraten entwickelten – Vorschläge,

- schottische und walisische Parlamente und möglicherweise englische Regionalversammlungen einzurichten;
- das Verhältniswahlrecht einzuführen;
- einen „freedom of information act“ zu erlassen;
- die Grundrechte verfassungsmäßig zu verankern,
- das Vererbungsprinzip der Mitgliedschaft im Oberhaus abzuschaffen.

Ein solches Programm ist eine Antwort auf die in der Nachkriegszeit beispiellose Zentralisierung der Macht unter Mrs. Thatcher. Von Tony Blair stammt es nicht. Nach der Art zu urteilen, wie er die Macht in der Labour Party zentralisiert hat, möchte er wohl lieber die Macht übernehmen, die Mrs. Thatcher angehäuft hat. Labours Verfassungsreformprogramm hat verschiedene Quellen. Obwohl ein vorsichtiger, traditionalistischer Labour-Zentrist, lenkte John Smith, als er 1987 Parteivorsitzender wurde, die Partei auf den Weg der Verfassungsreform – gedrängt durch den Widerstand gegen Thatchers Erosion



selbst der mangelhaften Demokratie des ‚Westminster-Modells‘. In Schottland handelten in einer regelrechten „Verfassungsgebenden Versammlung“ (Constitutional Convention) Liberale und Labour Party zusammen mit der Kirche, dem schottischen Gewerkschaftsdachverband und vielen Bürgerorganisationen detaillierte Pläne für ein schottisches Parlament aus, das nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden, Steuern erheben und für alle schottischen Angelegenheiten zuständig sein sollte.

Die New Labour-Zentrale in London stand diesen Entwicklungen unglücklich und verständnislos gegenüber. Doch die schottische Labour Party ist der Teil der Labour Party, der nicht erfolgreich in das Modell New Labour umgewandelt worden ist. Wie weit der Impuls für eine Verfassungsreform über Schottland hinaus tragen wird, hängt denn auch davon ab, wie stark sich radikale linke Traditionen in der englischen und walisischen Labour Party wieder durchsetzen, nun, nachdem die Tories weg sind.

**Die Schwäche der Labour-Linken**

Für die vernichtende Wahlniederlage der zerstrittenen Partei von 1983 machte die neue Parteiführung unter



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Neil Kinnock, beraten von Peter Mandelson, die Parteilinke verantwortlich – und begann mit der Austreibung der Linken: Die rote Rose wurde das Parteisymbol; ‚Nationalisierung‘, sogar öffentliches Eigentum, wurde ein schmutziges Wort; Neil Kinnock, der gerade noch gegen die Atomrüstung gekämpft hatte, entschied, die britische Bombe sei am Ende eine so schlechte Sache nicht. Nach einer liberaleren Übergangsphase unter John Smith verwandelte schließlich Tony Blair die Partei aus einer hochpolitisierten, aber zugleich innerlich tief gespaltenen Koalition in einen stromlinienförmigen, fast unpolitischen Apparat, in der jeder SprecherIn an der kurzen Leine von Mandelsons Lakaien in der Parteizentrale in den Millbanks Towers geführt wird – oder gar nicht sprechen darf. Die Entideologisierung der Partei war vollendet. Auf der Oberfläche zumindest.

Damit jemand mit sowenig Labour-Verankerung wie Tony Blair zur Führung der Labour Party kommen konnte, mußten tausende Labour- und Gewerkschaftsmitglieder bereit sein, alles zu tun, um die Tories zu besiegen. Sie stimmten für Blair als Parteivorsitzenden, weil er als der Mann verkauft wurde, der die Wahlen gewinnen konnte, v.a. die Stimmen des von den Tories enttäuschten ‚middle England‘. Nach dem Trauma der unerwarteten Wahlniederlage 1992 war es für viele Labourmitglieder, als ob

Blair betrachtet sich selbst als ‚die radikale Mitte‘. Doch sein Radikalismus richtet sich nicht gegen die Herrschenden, sondern gegen die Gewerkschaften, die Labourlinke und einen umverteilenden Staat.

sie ein unlösbares Problem einem Techniker übergaben, einem Profi, der Lösungswege finden würde, die ein Amateur nicht unbedingt verstehen konnte. Nachdem sie einmal gewählt waren, ließen die Mitglieder der Blair/Mandelson-Führung völlig freie Hand, solange sie

nur Labour zurück an die Regierung brachten. Noch eine Niederlage, und die Labour Party wäre nicht mehr regierungsfähig. Und die Labour Party ist diszipliniert. Nachdem die Wahlstrategie einmal festgelegt war, war die Disziplin insbesondere der Linken bemerkenswert. Persönlichkeiten wie Ken Livingstone oder Tony Benn,<sup>1</sup> sonst nicht mikrofonscheu, schwiegen – außerhalb ihrer eigenen Wahlkreise – während des gesamten Wahlkampfes. Aber resultiert Blairs Herrschaft über die Partei wirklich nur aus Wahlkampfdisziplin? Oder ist sie die britische Version der Anpassung der europäischen Sozialdemokratie

an veränderte internationale politischen Bedingungen – an globale Märkte, eine flexible Produktion, den Zusammenbruch des ‚real existierenden Sozialismus‘ – und, unter dem Banner der ‚Modernisierung‘, den Glauben, daß soziale Gerechtigkeit von einer gutgehenden kapitalistischen Wirtschaft abhängt?

Ich meine: Es hat ein solches Umdenken gegeben, aber er war nur eine blasse Parallele zu Veränderungen, die auf dem Kontinent stattgefunden haben. In der Labour-Führung haben die Wahltaktiker die intellektuellen Erneuerer dominiert. Thatchers Konsens zu übernehmen, ist ein Zeichen der Flachheit und taktischen Getriebenheit von New Labour, kein intellektueller Radikalismus.

### Die Stärke der Labour-Linken: Die Modernisierungsprojekte der sechziger und siebziger Jahre

Das Neue an ‚New Labour‘ ist leer. Frühere Modernisierungsprojekte innerhalb der britischen Labour-Party werden ignoriert. Es gab zwei solcher Modernisierungsprojekte. Einer britischen Version der Anpassung des kontinentalen Sozialismus an den Kapitalismus kam 1956 der Klassiker ‚Die Zukunft des Sozialismus‘ des zukünftigen Labour-Ministers Anthony Crossland am nächsten. Er begründete eine sozialdemokratische Tradition, die für soziale Gleichheit und kulturelle Liberalität wie auch für eine gemischte Wirtschaft und das westliche Lager im Kalten Krieg stand. Sie wurde von einer Gruppe von ‚Revisionisten‘ getragen, die in den sechziger und siebziger Jahren Minister wurden. Viele schieden Anfang der achtziger Jahre aus einer zunehmend nach links neigenden Labour Party aus, um die Sozialdemokratische Partei zu bilden (heute Teil der Liberaldemokraten). Einige, vor allem Roy Hattersley (stellv. Vorsitzender unter Neil Kinnock) blieben Labour treu und stehen heute deutlich links von Tony Blair.

Diese Leute glaubten an Steuern und Staatsausgaben, waren aber gegen die Ausweitung öffentlichen Eigentums. Es sind ihre Erben eher als Tony Blair, die verwandte Seelen unter kontinentalen Sozialdemokraten finden würden, für die die ‚soziale Marktwirtschaft‘ die Verpflichtung einschließt, Ressourcen für die sozial ausgegrenzten bereitzustellen. New Labour dagegen forderte während des Wahlkampfes für die sozial ausgegrenzten nicht etwa Geld, um sie in das Wirtschaftsleben zu integrieren, sondern Gesetze, um sie zu kontrollieren – eine moralische Mission, um ihr Verhalten zu ändern.

Ein weiteres, radikaleres Modernisierungsprojekt ging von den Architekten von Harold Wilsons gescheitertem Versuch (1964 – 69) aus, die ‚weißglühende Hitze der Technologie‘ unter dem britischen finanziellen, industriellen und politischen Establishments zu verbreiten. Tony Benn (Tony Blair unter sehr verschiedenen Bedingungen nicht unähnlich) war der profilierteste dieser technokratischen Politiker, die durch ihre Begegnung mit dem zutiefst undemokratischen britischen Establishment radikalisiert wurden. Sie sahen ihre besten Verbündeten in einer zunehmend radikalen Gewerkschaftsbasis, die unter der Arroganz und Kurzsichtigkeit des Establishments litt. Sie entwickelten ein Programm der industriellen und finanziellen Modernisierung, das dem Wahlprogramm der Labour-Regierungen 1974 – 79 zugrundelag. Am Ende wurden diese Politiker von der Industrie und den Banken besiegt, die sich nicht zuletzt auf den Konservatismus im Kabinett stützen konnten. Das Ergebnis: eine weitere Radikalisierung in der Partei, ein harter und teilweise erfolgreicher Kampf darum, die Parlamentsfraktion der Partei rechenschaftspflichtig zu machen.

Die Umstände haben sich geändert, aber jeder ernsthafte Modernisierer in den neunziger Jahren würde gut daran tun, von den Modernisierungsversuchen in den sechziger und siebziger Jahren zu lernen. Aber weil das unvollendete Projekt industrieller Demokratie und republikanischen Radikalismus<sup>1</sup>, das mit dem Namen Tony Benns verbunden wird, und die chaotischen, aber kreativen Experimente radikaler Labour-Stadtverwaltungen nach links führten, sind sie tabu. Mit Blais Aneignung des Wortes ‚neu‘ wurden sie in die Dunkelheit von ‚Old Labour‘ verbannt. Damit wird die Labour-Linke sehr bequem mit denen zusammengeworfen, die an eine zentralistische Staatswirtschaft glaubten (in Wirklichkeit entwickelten Benn und seine Kollegen am Institut für Arbeiterkontrolle gut ausgearbeitete Kritiken der nationalisierten Industrien); mit Honoratiorenkorruption in der Kommunalpolitik (in Wirklichkeit kämpfte die neue Linke in den siebziger und achtziger Jahren für eine Öffnung der Kommunalverwaltungen); mit den undurchsichtigen Machenschaften von Gewerkschaftsführern (der die neue Linke lange von der Gewerkschaftsbasis aus entgegengesetzt war).

**Die Labour-Koalition**

Die früheren Modernisierungsversuche sind für die Zukunft des Sozialismus und der Labour Party in Britannien wichtig, weil die ‚neue Linke‘ der sechziger Jahre und die radikalen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre mit ihren Innovationen in demokratischer Theorie und Praxis, ihre politische Stimme in der Labour Party suchten. Das war vor allem eine Notwendigkeit, die sich aus dem britischen Mehrheitswahlrecht ergibt. Aber diese Notwendigkeit hat ihre Tugenden. Während die neue Linke vor allem in den nordeuropäischen Ländern eigene kleine Parteien hat – mit all den Vorteilen, die eine eigene Stimme hat –, war die neue Linke in Großbritannien zur Koexistenz mit Politikern gezwungen, deren Hauptziel eine Regierungsübernahme ist, und mit einer Arbeiterbewegung, deren Hauptinteresse die industrielle oder ökonomische Reform ist. Daher mußte die Linke Fragen der industriellen und ökonomischen Strategie und des Staates praktisch angehen. Das schloß eine ungewöhnlich enge Zusammenarbeit zwischen der linken Arbeiterbewegung und der Linken, die von neueren sozialen Bewegungen wie dem Feminismus und der grünen Politik beeinflusst war, ein. Und als die Linke wirklichen Einfluß in der Partei hatte, wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, war diese Kombination eine Quelle großer praktischer Kreativität.

Diese heterogene Linke entwarf einige Schlüsselideen für die Modernisierung des Sozialismus. Nicht mehr nur der Staat sollte eine demokratische und soziale Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft gewährleisten. In der Kommunalverwaltung, und – durch Tony Benn – auch kurz in der Regierung, experimentierte diese Linke mit einer staatlichen Unterstützung von Bürgerorganisationen, die flexiblere Dienstleistungen anbieten konnten als die staatliche Verwaltung.

New Labour hat diese neue Linke<sup>sp</sup> marginalisiert, erleichtert durch den Schaden, den der Thatcherismus angerichtet hat. Die Abschaffung des Greater London Council 1986, die Aushöhlung der Kommunalfinanzien im Verlauf der achtziger Jahre, die Niederlage der radikaleren Gewerkschaften wie der Bergarbeitergewerkschaft entzogen der Linken den Boden unter den Füßen. Aber diese Niederlagen waren keine intellektuellen, moralischen Niederlagen, sondern die Linke erlag der materiellen Gewalt. Auch wenn die Kräfte hinter dieser alternativen Form der Modernisierung

zumindest in England marginalisiert worden sind, waren die Ideen und das moralische Selbstvertrauen auch in den drei Jahren vor der Wahl immer vorhanden. Nach der Wahl werden sie innerhalb wie außerhalb der Labour Party wieder an die Oberfläche treten.

Hinzukommt eine neue Generation mutiger und phantasievoller Aktivisten. Konzentrierten sie sich anfangs darauf, den Bau von Straßen zu verhindern und Raves zu veranstalten, so beschäftigen sie sich nun auch mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Mitten im Wahlkampf vereinigten sich diese ‚do it yourself‘-Aktivisten mit militanten Gewerkschaftern zu einem 20.000 Köpfe starken Marsch ‚für soziale Gerechtigkeit‘ – ein Aufschrei der Entrechteten.

Diese jungen Aktivisten werden nicht der Labour Party beitreten. Zudem haben viele der einstigen neuen Linken die Partei verlassen. Die Linke ist eine zersplitterte Kraft. Aber die Politik von New Labour hat eine einigende Wirkung auf verschiedene linke Strömungen in der Labour Party. Sie bringt offen gesinnte Mitglieder der Labour-Linken und grüne und libertäre Aktivisten außerhalb der Partei ins Gespräch. So wie Mrs. Thatchers Mißbrauch der ungeschriebenen britischen zentralisierten Verfassung zu den Aufständen gegen die ‚poll tax‘ führte, über die sie schließlich stürzte, wird Blairs Mißbrauch der Parteidisziplin und von Labours Monopol linker politischer Vertretung wahrscheinlich eine Rebellion hervorrufen, die er nicht wird kontrollieren können. Entweder macht er Konzessionen, um die Labour-Koalition wiederherzustellen, oder diese Koalition könnte zerbrechen und die neue Linke sich unter einem Verhältniswahlrecht eine eigene Stimme schaffen.

Entweder macht Blair Konzessionen, um die Labour-Koalition wiederherzustellen, oder diese Koalition könnte zerbrechen und die neue Linke sich unter einem Verhältniswahlrecht eine eigene Stimme schaffen..

spw

<sup>1</sup> Ken Livingstone ist der populäre radikal linke Chef des Greater London Council 1982 – 86 und seit 1987 Parlamentsmitglied. Toni Benn war der Führer der neuen Linken in der Labour Party 1974 – 81, als er in einem harten Kampf um den stellvertretenden Parteivorsitz knapp unterlag, und ist heute ein weithin respektierter – und bei New Labour wahrscheinlich gefürchteter – elder statesman der Linken.



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

# Neuerscheinungen und Sonderangebote aus linken Verlagen

PHILOSOPHIE  
UND NATUR-  
WISSENSCHAFTEN

Wörterbuch

Abbild

Stizismus

Nahwirkung

klus

PAHL-RUGENSTEIN

**Philosophie und Naturwissenschaft. Wörterbuch zu den philosophischen Fragen der Naturwissenschaften.** 1120 S. Sonderausgabe der 3. völlig neubearbeiteten Ausgabe von 1991. Gb. PRV. 49,90 [3-89144-232-7] Philosophie und Naturwissenschaften, herausgegeben von einer Forschergruppe in der Akademie der Wissenschaften der DDR, ist ein im deutschen Sprachraum einzigartiges Wörterbuch zu den philosophischen Fragen, die sich aus der Entwicklung und Anwendung von Erkenntnissen der Biologie, Anthropologie, Psychologie, und Medizin; Chemie, Geo- und Kosmoswissenschaften; Kybernetik und Informatik, Logik, Mathematik, Physik, Technik und Technikwissenschaften ergeben. Über 120 Autoren und Autorinnen legen in 540 Artikeln ihre Auffassungen dar. In diesem Wörterbuch werden die verschiedenen Sachverhalte nicht nur systematisch, sondern auch unter wissenschafts- und philosophiehistorischen Gesichtspunkten betrachtet. Es enthält zusätzlich wichtige Übersichtsartikel zu den Grundströmungen der Philosophie in Geschichte und Gegenwart, so zur aristotelischen, chinesischen und indischen Naturphilosophie, zu den Naturphilosophien der Aufklärung und Renaissance, zur klassischen Naturphilosophie von Kant, Fichte, Schelling, Hegel und Feuerbach. Da eine größere Anzahl der Autoren einer auf Karl Marx zurückgehenden wissenschaftlichen, humanistischen und dialektischen Denkweise verpflichtet ist, bietet das Werk authentische Auskünfte zu modernem marxistischem Denken über Naturwissenschaften, Mathematik und Technik, Humanismus und Wissenschaftsethik.

**Viett, I.: Nie war ich furchtloser. Autobiographie.** 320 S. Gb. Ed. Nautilus. 38,00 [3-89401-270-6] Inge Viett verströmt noch heute, trotz langer Jahre hinter Gittern, viel von ihrem Mut und ihrer Lebensfreude. Um nicht stumm aus ihrer Geschichte zu verschwinden, schreibt sie - eine Symbolfigur der RAF - ihre Sicht der Rebellion der 60er Jahre und des bewaffneten Kampfes in Deutschland auf.

**Abendroth, W.: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933.** 287 S. Distel. 36,00 [3-929388-08-X] Eine lebendige, praxisbezogene Einführung, welche die Entwicklung der Arbeiterbewegung im gesamtgeschichtlichen Zusammenhang darstellt.

**Opitz, R.: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945.** 1070 S. Gb. PRV. 68,00 [3-89144-198-3] Dokumente zur Hegemonialpolitik der deutschen Eliten sind in diesem Quellenwerk mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat veröffent-

licht. Eine unverzichtbare Grundlage, wenn es um die Beurteilung der aktuellen Strategien des neuen Großdeutschland geht.

**Tjaden, K.H.: Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur.** 311 S. VAG. Fr. 38,00 j. 16,95 [3-89419-022-1]

**Kuczynski, J.: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Bd.1-5. Sonderausgabe.** 1500 S. PapyRossa. Fr. 212,00 j. 98,00 [3-89438-191-4] Bd. 1: 1600 bis 1650; Bd. 2: 1650 bis 1810; Bd. 3: 1810 bis 1870; Bd. 4: 1871 bis 1918; Bd. 5: 1918 bis 1945. Der Alltag unter den Gesichtspunkten: Produktion, Familie, Arbeit der Frau, Ernährung, Kleidung, Wohnung, Weltanschauung. Das berühmte Geschichtswerk aus der Feder des Altmeisters.

**Kofler, L.: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. 2 Bde.** 840 S. Gb. Dietz. Fr. 48,00 j. 24,95 [3-320-01767-5] Die einzige umfassende Darstellung der geschichtlichen Entwicklung in Europa vom 12. bis zum 20. Jh. aus der Sicht des historischen Materialismus.

**Briefs, U.: High-Tech und sozialer Verfall? Das moderne Deutschland nach dem Ende der „sozialen Marktwirtschaft“.** 186 S. Gb. PRV. 26,90 [3-89144-184-3] Die BRD befindet sich in einer tiefen und perspektivlosen Krise. Diese kommt nicht von außen (Standortdebatte), sondern von innen (Binnennachfrage und sozialer Verfall). Es besteht die Gefahr der weiteren Eskalation: Dienstleistungs- und Infogesellschaft sind keine realistischen Antworten. Hauptgrund der Krise ist die immer größer werdende Nichtnutzung umfangreicher moderner produktiver Kapazitäten und die weiter um sich greifende Arbeitslosigkeit. Was her muß, ist ein neuer Konsens: Zuerst Wirtschaftsleistung und Wachstum, dann umfassende Reformpolitik.

**Agee, Ph.: CIA Intern.** 511 S. EVA. Fr. 48,00 j. 16,95 [285-11677] Der bislang vollständigste Bericht über CIA-Aktivitäten. Der ehemalige CIA-Agent Agee gibt Namen und Operationen preis. In fast jeder Zeile enthüllt sich dem Leser das Spinnengewebe von Betrug, Heuchelei und Korruption, mit der die US-Außenpolitik ganz Lateinamerika überzogen hat.

**Internationalisierung, Finanzkapital, Maastricht II. Aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen.** 180 S. IMSE. 15,00 [20009-9] Internationalisierung heute und Theorie des Finanzkapitals: Lenin, Hilferding, Keynes. Verselbständigung des spekulativen Kapitals? Deutsche Hegemonie in der EU? Maastricht-Kriterien und die Widersprüche der EU-Integration.

**Kalt, H.: Stalins langer Schatten.** 240 S. Gb. PapyRossa. Fr. 38,00 j. 19,95 [3-89438-077-2] Kalt geht es darum, die Diskussion um Irrwege und Zusammenbruchsursachen des sowjetischen Sozialismus-Modells über eine oberflächliche „Stalinismus“-Debatte hinauszuführen. Neben den politischen Fehlentwicklungen legt er besonderes Gewicht auf die strukturelle Deformation der ökonomischen Basis. Wichtige Abschnitte der sowjetischen Geschichte erscheinen damit in einem neuen Licht.

**Krusch, H.J.: Irrweg oder Alternative. Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/46 und gesellschaftspolitische Forderungen.** 272 S., mit 140 S. Faksimiles. Gb. Groß. PRV. 38,00 [3-89144-217-3] Zwischen „Zwangsvereinigung“ und „größter Errungenschaft der Arbeiterbewegung“ pendeln die Bewertungen des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED im April 1946 in der Sowjetischen Besat-

zungszone. Der Autor untersucht auf Grundlage einer umfassenden Auswertung der Dokumente von SPD, KPD sowie der Gewerkschaften in allen vier Besatzungszonen den Gang der Entwicklung, der im Osten zur SED, im Westen zum Fortbestehen beider Parteien, aber einer überparteilichen Gewerkschaftsorganisation führte. Im Mittelpunkt stehen die gesellschaftspolitischen Forderungen - Bodenreform, Sozialisierungsforderungen und ein demokratischer Staatsapparat. Das Buch enthält zahlreiche Dokumente beider Parteien aus allen vier Besatzungszonen (interne Rundschreiben, Studienmaterialien und Materialien von Bezirksparteitag). Ein Teil der Dokumente wird erstmalig veröffentlicht.

**Schneider, U.: Zukunftsentwurf Antifaschismus. 50 Jahre Wirken der VVN für „eine neue Welt des Friedens und der Freiheit“.** 248 S., 300 Abb., Groß. Gb. PRV. 38,00 [3-89144-237-8] Niemand, am allerwenigsten die Antifaschisten selbst, hätte 1945 erwartet, daß der Schwur der Häftlinge von Buchenwald bis zur Jahrtausendwende aktuell bleiben würde. Die Forderung nach „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ stieß in der BRD schon bald auf eine Gegenentzender der Renazifizierung und Remilitarisierung. Daß die Überlebenden, verbunden in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, dennoch nicht ihre Zukunftsvision aus den Augen verloren haben, davon berichtet dieses Buch, das in Jahresschritten die vielfältigen Facetten der 50jährigen Geschichte der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ lebendig werden läßt. In über 300 Fotos und Faksimiles spiegelt sich das Wirken für den Zukunftsentwurf Antifaschismus, der auch 50 Jahre nach Gründung der VVN eine politische Orientierung für nachfolgende Generationen sein kann.

**Ott, J.: Die Wirtschaftskonzeption der SPD nach 1945.** 298 S. VAG. Fr. 18,00 j. 6,95 [3-921630-11-8]

**Schui, H., u.a.: Wollt ihr den totalen Markt. Der Neoliberalismus und die extreme Rechte.** 352 S. Knaur. 16,90 [3-426-80083-7] Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Konzepten für einen Kapitalismus total und den den politischen Zielen des Neofaschismus?

**Großmächts- und Kriegspolitik heute. 80 Jahre nach Lenins Imperialismuskritik.** SMES 27. 184 S. PRV. 28,00 [3-89144-234-3] „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ sind die Stichworte, mit denen die Veränderungen des Kapitalismus in den letzten Jahren häufig beschrieben werden, aber hat damit die Leninsche Imperialistheorie ausgedient?

**Zeitgenosse Kuczynski.** 207 S. EP. Fr. 29,90 j. 9,95 [3-88520-527-0] Zu seinem 90. Geburtstag denken Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten über den Wissenschaftler und Querdenker Kuczynski nach.

**Butenschön, R./Spoo, E. (Hg.) Wozu muß einer der Bluthund sein? Der Mehrheitssozialdemokrat Gustav Noske und der deutsche Militarismus des 20. Jahrhunderts.** 95 S. Distel. 18,00 [3-929388-18-7] Ein Stück deutscher und speziell sozialdemokratischer Geschichte, das bisher verdrängt, also nicht erledigt ist.

**Bernstein, E.: Sozialdemokratische Lehrjahre/Entwicklungsgang eines Sozialisten. 2 Bde.** 469 S. Gb. Dietz. Fr. 52,00 j. 24,95 [207-79729]

**Butterwegge, C.: Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der öster-**

reichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen. 729 S. VAG. Fr. 88,00 j. 19,80 [3-89419-016-7] Die Studie behandelt den Entstehungs- und Entwicklungsprozess unterschiedlicher Staatsauffassungen in der österreichischen Sozialdemokratie von der Parteigründung bis zur Annexion 1938. Der Autor bemüht sich, die Geschichte der SDAP in Beziehung zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs zu setzen.

**Elsässer, K.: Die badische Sozialdemokratie 1890 bis 1914.** Zum Zusammenhang von Bildung und Organisation. 323 S. VAG. Fr. 20,00 j. 5,95 [3-921630-13-4]

**Fülberth, G.: Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918 bis 1933.** 208 S. VAG. Fr. 20,00 j. 7,95 [3-921630-47-9]

**Günther, D.: Gewerkschafter im Exil.** Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden von 1938-1945. 286 S. VAG. Fr. 32,00 j. 9,95 [3-921630-27-4]

**Kautsky, K.: Vorläufer des neueren Sozialismus.** 432 S. Gb. Dietz. Fr. 36,00 j. 16,95 [207-63029] Die große Arbeit Kautskys zu den geistigen Wurzeln der Sozialismus.

**Kautsky, K./Lenin, W.I./Trotzki, L.: Ausgewählte Schriften. 2 Bde.** 648 S. Gb. Dietz. Fr. 58,00 j. 24,95 [207-63031] Diktatur des Proletariats, Terrorismus und Kommunismus u.a.

**Lassalle, F.: Ausgewählte Reden und Schriften.** 360 S. Gb. Dietz Fr. 38,00 j. 16,95 [207-64693]

**Mandel, E.: Kontroversen um „Das Kapital“.** 310 S. Gb. Dietz Fr. 32,00 j. 14,95 [207-65961]

**Wundertüte:**  
30 Bücher für nur 50,00 DM  
Romane und Sachbuch als  
Hardcover und Paperbacks  
aus linken Verlagen der BRD  
und der DDR gibt's ab sofort  
so lange der Vorrat reicht.  
Bestellnr. 10229-9

Ich bestelle gegen Rechnung:

Ex.	Nr.	Preis

Ab 100,00 DM portofrei innerhalb der BRD

Ich bestelle diesmal nichts, möchte aber den kostenlosen Katalog.

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

**Buchhandlung Che & Chandler**  
Breite Str. 47 53111 Bonn  
Tel. 0228/632366 Fax 634968

Die nachfolgenden Thesen stellen das Ergebnis der intensiven europapolitischen Diskussion der spw-Frühjahrstagung vom 25.-27.4.1997 dar.

Zur Diskussion um den Euro

1. Falsche Gegensätze in der Europadebatte

Es ist offenkundig: Angesichts der bevorstehenden abschließenden Stufe der geplanten Währungsunion befindet sich die europäische Integrationspolitik in einer kritischen Phase. Von einigen prominenten VertreterInnen der Grünen und der Sozialdemokratie wird derzeit immer heftiger behauptet, daß in dieser Lage die deutsche Linke vor der historischen Alternative „Euro oder Nationalstaaterie“ stünde. Wir sind anderer Auffassung: Eine Währungsunion ohne eine demokratisch-politische Integration und ohne ausreichende wirtschafts- und sozialpolitische Flankierung begünstigt geradezu nationalistische Gegenreaktionen. Sie gefährdet den europäischen Integrationsprozeß.

Wir sagen nein zu *dieser* Währungsunion, weil wir eine dezidiert europäische Position einnehmen, weil wir Europa als demokratischen und sozialen Rechtsstaat mit wirtschaftspolitischer Kompetenz befürworten und wir uns damit radikal vom antieuropäischen Rechtspopulismus unterscheiden. Wir kritisieren vor diesem Hintergrund entschieden die geistige Lähmung, die große Teile der hiesigen Linken angesichts des Euro ergriffen hat. Noch entschiedener muß man sich gegen jene wenden, die eine europäisch-demokratisch motivierte Ablehnung der Währungsunion mit der rechtspopulistischen Demagogie in einen Topf werfen. Die Frage der Währungsunion berührt offenbar die gesamte mentale Verfassung der Linken. Es ist an der Zeit, die selbstgestellte Falle „Euro-Monetarismus oder Nationalstaaterie“ zu verlassen und eine eigenständige Position einzunehmen. Die französische Entwicklung ermutigt uns dazu.

2. Bedrohliches Demokratiedefizit

Gegenwärtig erleben wir, wie in der EU die monetäre Integration vorangetrieben wird und gleichzeitig die politische Integration vernachlässigt wird. Im Ergebnis bedeutet dies eine schleichende Entdemokratisierung, da damit wesentliche gesellschaftliche Prozesse der parlamentarischen Kontrolle und Gestaltung entzogen werden. Insbesondere der im Februar 1992 in Maastricht geschlossene Vertrag über die Europäische Union leidet unter diesem Demokratiedefizit. Mit der Geldpolitik wird ein wesentlicher Bereich der Wirtschaftspolitik der nationalen Ebene enthoben, ohne daß parallel demokratisch legitimierte wirtschaftspolitische Entscheidungsstrukturen in der EU errichtet werden.

3. Die geplante Währungsunion – Sprengsatz für die Integration

Darüber hinaus ist die geplante Währungsunion einer einseitigen Stabilitätsorientierung unterworfen. Obwohl die Inflationsgefahren schon seit längerer Zeit außerordentlich gering sind, soll eine extrem restriktive Politik in den EU-Verträgen festgeschrieben werden, die eine aktive Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der fortschreitenden sozialen Spaltung zwischen und in den Mitgliedstaaten erheblich erschwert. Mit dieser Politik wird der europäischen Integration ein Bärendienst erwiesen. Die Zuspitzung der

# Raus aus der Sackgasse – Kurskorrektur für Europa!

von einer spw-AutorInnengruppe\*

sozialen Widersprüche würde den Zusammenhalt in der EU zunehmend belasten und weitere Integrations-schritte gefährden.

4. Deshalb: Richtungsentscheidungen von Maastricht korrigieren

Dieses neokonservative Europa der Maastrichter Verträge wird weder nationale Konflikte befrieden noch drängende soziale und ökologische Probleme lösen. Dieses Europa wird unter dem Banner der Integration die soziale Spaltung forcieren und Strukturen eines demokratischen Gemeinwesens nachhaltig zerstören. Deshalb teilen wir die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes an der einseitigen Ausrichtung der Maastrichter Verträge auf die fiskalischen Konvergenzkriterien. Mit einer reinen ‚Kriterien-Kosmetik‘ ist es unserer Ansicht nach aber nicht getan. Die Gesamtkonstruktion – Währungsunion ohne demokratisch-politische Integration – stimmt nicht. Es kann auch nicht um eine Verschiebung oder ein Moratorium gehen. Vielmehr müssen die Richtungsentscheidungen der Maastrichter Verträge korrigiert werden.

Eckpunkte eines linken Europaprojektes

5. Für eine alternative Integrationspolitik

Die europäische Integration ist nicht nur ein Garant des Friedens in Europa. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Ökonomie kommt ihr ein wesentlicher Stellenwert bei der Regulation wirtschaftlicher Prozesse zu. Die erheblichen Entwicklungsunterschiede der europäischen Regionen sind in einem stetigen Prozeß der Integration langfristig zu überwinden. Die EU muß und kann dazu beitragen, das unverzichtbare Umsteuern zu einer sozial und ökologisch verträglichen Entwicklung durchzusetzen. Ihr kommen wesentliche Aufgaben bei der Entwicklung der osteuropäischen Staaten und der Mittelmeerregion zu.

Wir sagen nein zu *dieser* Währungsunion, weil wir eine dezidiert europäische Position einnehmen, weil wir Europa als demokratischen und sozialen Rechtsstaat mit wirtschaftspolitischer Kompetenz befürworten.

\* Der AutorInnengruppe gehörten an: Ralf Krämer, Uwe Kremer, Susi Möbbeck, Joachim Schuster, Andreas Wehr und Thomas Westphal.

to: Christian Kiel (Meerbusch)



#### 6. Wirtschaftregierung und Demokratisierung

Die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Wirtschafts(politik) muß beendet werden. Parallel zur Verlagerung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf die Ebene der EU sind zugleich demokratisch legitimierte wirtschaftspolitische Steuerungsgremien aufzubauen. Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung, die wesentliche Koordinierungs- und Steuerungsaufgaben auch in den Bereichen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wahrnehmen muß. Hierbei darf es sich nicht nur um eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedstaaten handeln. Sie müssen verbunden werden mit umfassenden Kontroll- und Mitentscheidungsrechten des Europäischen Parlaments.

#### 7. Europäische Beschäftigungspolitik

Die einseitige Stabilitätsorientierung in der europäischen Wirtschaftspolitik ist weder ökonomisch geboten noch

Die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Wirtschafts(politik) muß beendet werden. Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung.

sozial sinnvoll. Auf der europäischen Ebene müssen endlich alle Kräfte gebündelt werden, um dem größten sozialen Skandal unserer Zeit, der Massenarbeitslosigkeit, entschieden entgegenzutreten. Ähnlich wie etwa im deut-

schen Stabilitätsgesetz von 1967 müssen in den europäischen Verträgen die wirtschaftspolitischen Verantwortlichen auf ein Zielbündel verpflichtet werden, welches die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit als oberstes Ziel unter Beachtung der Ziele außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Geldwertstabilität und Abbau regionaler Entwicklungsunterschiede beinhalten muß.

#### 8. Europa als Sozialraum

Das für die europäischen Staaten typische Modell einer – sicherlich in den verschiedenen Staaten unterschiedliche ausgeprägten – sozial regulierten Wirtschaft, muß auch auf der europäischen Ebene verankert werden. Dies erfordert den entschiedenen Ausbau der sozialen Dimension der Integration. Die Übernahme des Sozialprotokolls in das gemeinschaftliche Vertragswerk kann dabei nur

den ersten Schritt bilden. Ausgehend von der Anerkennung unterschiedlicher sozialer Sicherungssysteme muß das Ziel darin bestehen, das Niveau der sozialen Sicherung in allen Mitgliedstaaten auszubauen. Dabei kann es nicht um eine vollständige Harmonisierung gehen. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Verringerung der regionalen Disparitäten effektiviert werden.

#### 9. Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems

Im Rahmen dieser Gesamtkonzeption ist es dann sinnvoll, das Europäische Währungssystem zu einer Währungsunion weiterzuentwickeln. Grundsätzlich ist eine gemeinsame Währung geeignet, die gegenwärtige Abhängigkeit der europäischen nationalen Volkswirtschaften von Währungskursschwankungen zu verringern, unnötige Kosten einzusparen und das politische und ökonomische Gewicht Europas zu verstärken. Dies setzt allerdings voraus, daß die Währungsunion ausreichend groß ist, d.h. nicht auf ein Kerneuropa reduziert wird und somit die wesentlichen europäischen Handelspartner umfaßt. Dabei sind strukturpolitische Maßnahmen zu ergreifen, die den Wegfall des Wechselkursschutzes für schwächere Volkswirtschaften kompensieren.

#### 10. Europa als Kontinent des sozialen und ökologischen Umbaus

Analog zum Ausbau der sozialen Dimension und ausgehend von den Beschlüssen der Rio-Konferenz für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschafts- und Lebensweise muß die EU konsequente Maßnahmen zum ökologischen Umbau der Wirtschaft ergreifen. Im Mittelpunkt des Binnenmarktes darf nicht der möglichst unbeschränkte kapitalistische Wettbewerb, sondern muß die Schaffung einer leistungsfähigen Wirtschaft stehen, die das Kriterium der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit erfüllt. Dies erfordert eine effektive europäische Struktur- und Innovationspolitik. Die EU muß zugleich ihre Außenbeziehungen an diesen Kriterien ausrichten und sie in den internationalen Institutionen der Weltwirtschaft, insbesondere der WTO, zur Geltung bringen.

#### 11. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Der Weg zu einer stärkeren Integration der Außenpolitik ist fortzusetzen. Allerdings muß eine weitere Militarisierung der EU verhindert werden. Nicht der Aufbau einer europäischen Armee mit Interventionsfähigkeit darf das Ziel sein. Europa muß als Zivilmacht wirken und international für sozialen Ausgleich sorgen. Besondere Bedeutung hat dabei die Mittelmeerpolitik sowie die Politik gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten. Nur wenn es gelingt, die extreme Wohlstandskluft zwischen diesen Staaten und der EU schrittweise zu verringern, wird auch eine wirkliche europäische Friedensordnung zu errichten sein.

#### 12. Perspektive Verfassungsordnung

Als langfristige Perspektive streben wir eine europäische Verfassungsordnung an, die die Menschenrechte umfassend garantiert und das Zusammenleben der europäischen Völker, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung fördert. Eine solche Ordnung muß nicht die Auflösung der heutigen Nationalstaaten bedeuten. Allerdings ist in einer solchen Perspektive die europäische Regulierungsebene erheblich zu stärken. Eine solche Verfassungsordnung muß auf demokratischen Strukturen beruhen, in deren Mittelpunkt das Europäische Parlament als Ausdruck europäischer Volkssouveränität stehen muß.

spw

### 1. Worum dreht sich die Euro-Debatte?

Die europäische Integration umfaßt ganz unterschiedliche Aspekte von Fragen des Außenhandels bis zum Kulturaustausch. All dies wird mit dem Näherrücken des für 1999 geplanten Starts einer europäischen Währungsunion im Zusammenhang mit dem Euro verhandelt, ganz gleich ob dies sachlich gerechtfertigt ist oder nicht. Tatsächlich ist der Euro damit vom Namen einer möglichen Gemeinschaftswährung zu einer Chiffre geworden, unter welcher die verschiedensten Dinge verstanden werden, ohne daß immer ganz klar wäre, was eigentlich gemeint ist. Dabei ist es durchaus nicht schwierig, einen Überblick über verschiedene Facetten der geplanten Währungsunion zu gewinnen.

Ökonomisch wird eine europäische Gemeinschaftswährung als naheliegende Fortführung des Binnenmarktprojektes von 1992 betrachtet. Die Wachstums- und Beschäftigungspotentiale von Marktintegration und vertiefter Arbeitsteilung – so die einfache Überlegung – lassen sich am sichersten realisieren, wenn Währungsturbulenzen ausgeschlossen werden können. In der Tat kann es innerhalb eines Währungsraumes weder Wechselkurschwankungen noch hierdurch ausgelöste Zahlungsbilanzprobleme geben. Zu fragen ist hier, inwieweit die ökonomischen Voraussetzungen für eine europäische Währungsunion gegeben sind und welche wirtschaftspolitischen Strategien geeignet sind, diese Voraussetzungen ggf. zu schaffen oder weiterzuentwickeln.

Auf globaler Ebene bedeutete eine gelungene Währungsunion das erste Mal seit dem Aufstieg der USA zur Weltmacht eine ernsthafte Konkurrenz zum Dollar als internationaler Leitwährung, weil der Euro einen Binnenmarkt repräsentieren würde, dessen Bevölkerungs- und Produktionspotential in etwa demjenigen der USA entsprechen würde. Westeuropa könnte hierdurch an Bedeutung innerhalb der internationalen Standortkonkurrenz gewinnen.

In diesem Zusammenhang wird der Euro als ein Vehikel der politischen Integration Westeuropas gesehen. Die in der ökonomischen Standortkonkurrenz gewonnenen Vorteile könnten damit zur Grundlage eines um die Europäische Union zentrierten Machtblocks gegenüber den USA und der NAFTA werden. Solche Pläne hängen zuvorderst von einer gelungenen ökonomischen Integration ab; daher soll im nächsten „Akt“ die Frage behandelt werden, ob eine Gemeinschaftswährung der Integration eher förderlich oder abträglich ist.

### 2. Keynesianische und monetaristische Ansätze zur Währungsunion

Daß unter der Chiffre 'Euro' Sachverhalte gehandelt werden, die bestenfalls indirekt etwas mit den Problemen einer Gemeinschaftswährung zu tun haben, wurde bereits festgestellt und versucht, verschiedene Aspekte der Euro-Debatte voneinander abzugrenzen. Ein ähnlicher Klärungsbedarf besteht aber auch bezüglich der ökonomischen Beurteilung der geplanten Währungsunion. Im Falle des Euro sind die gewohnten Abgrenzungen zwischen unterschiedlichen Theorietraditionen und den damit verbundenen politischen Konzepten durcheinandergeraten und deshalb scheint der Versuch einer Neuorientierung sinnvoll.

Die Idee, Währungssysteme durch Einrichtung fester Wechselkurse zu regulieren, ist keynesianischer Provenienz. Ihr Ziel besteht darin, wirtschaftspolitischen Spielraum im Inland gegenüber außenwirtschaftlichen Einflüssen abzusichern. Monetaristen bevorzugen dagegen

# „Der Euro“ – ein Verwirrspiel in drei Akten

von Ingo Schmidt\*

flexible Wechselkurse, weil diese – in der Theorie – ohne politische Intervention einen Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeiführen können. Geht es aber nicht um die Frage nach dem Wechselkursregime, sondern um einen Integrationssschritt, der weit über die Festlegung der Wechselkurse hinausgeht, nämlich um die Schaffung einer einheitlichen Währung, gibt es trotz unterschiedlicher theoretischer Zugänge und wirtschaftspolitischer Vorlieben übereinstimmende Ansichten.

Länder, die ähnliche Produktionsstrukturen und Produktivitätsniveaus aufweisen, können eine gemeinsame Währung einführen, weil es im Falle exogener Schocks zu übereinstimmenden Reaktionen kommen wird. Reagieren die Stückkosten in mehreren Ländern – beispielsweise auf eine plötzliche Veränderung von Rohstoffpreisen – in gleicher Weise, können diese eine Währungsunion bilden, weil die Wettbewerbsverhältnisse zwischen diesen Ländern unverändert bleiben und daher keine Wechselkursanpassungen nötig werden. Die Frage, wie sich exogene Schocks auf Länder mit gemeinsamer Währung, aber unterschiedlichem realen Entwicklungsniveau auswirken,

wird dagegen unterschiedlich beantwortet. Keynesianer sehen in diesem Fall die Alternative zwischen (Real-) Lohnsenkungen oder Arbeitslosigkeit in dem Land, dessen Wettbewerbsfähigkeit durch einen exogenen Schock sinkt. Monetaristen befürchten dagegen als Folge einer Gemeinschaftswährung die Tendenz einer Lohnangleichung und in Ländern mit sinkender Wettbewerbsfähigkeit aufkommende Forderungen nach beschäftigungspolitischen Eingriffen, die zu steigenden Staatsausgaben im gemeinsamen Währungsraum und damit nach ihrer Auffassung zu einer Verringerung privater Investitionstätigkeit führen würden.

All diese theoretischen Argumente finden sich auch in der Euro-Debatte wieder. Aus einer engen ökonomischen Sicht sprechen sich Keynesianer wie Monetaristen bestenfalls für eine Kernunion der west- und mitteleuropäischen Länder mit den höchsten Produktivitätsniveaus und stark diversifizierten Produktionsstrukturen aus. Die Beteiligung der weniger entwickelten Länder der europäischen Peripherie stellt die Beteiligten vor die Wahl,

Zu fragen ist, inwieweit die ökonomischen Voraussetzungen für eine europäische Währungsunion gegeben sind und welche wirtschaftspolitischen Strategien geeignet sind.

\* Ingo Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Göttingen, arbeitet in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) mit.

dort (Real-) Lohnsenkungen und/oder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen oder eine Umverteilung von reicheren in die ärmeren Länder vorzunehmen.

### Konjunktur- und Beschäftigungspolitik contra Stabilitätsorientierung

Mit solch einer politischen Entscheidung kann die Währungsunion aber nicht mehr ausschließlich als Problem des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes ihrer potentiellen Mitgliedsländer behandelt werden; sie muß dann auch mit Blick auf die wirtschaftspolitische „Großwetterlage“ in der Europäischen Union betrachtet werden, und hier enden die Gemeinsamkeiten zwischen Keynesianern und Monetaristen recht schnell. Zwar fordern beide eine koordinierte Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union, fragt man aber, welche Politikfelder mit welchen Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden sollen, erhält man recht unterschiedliche Antworten. Die einen fordern eine Europäisierung der Fiskalpolitik, um Konjunkturschwankungen ausgleichen und die Beschäftigung zumindest stabilisieren zu können, während die anderen eine restriktive Geldpolitik auf europäischer und eine Politik der Haushaltskonsolidierung auf nationaler Ebene befürworten.

Ein Blick in die Maastrichter Verträge und begleitende Regierungsdokumente zur Währungsunion zeugt von einer klaren Dominanz monetaristischer, auf Haushaltskonsolidierung zielender Politikansätze. Nicht nur, daß die Beschränkung der staatlichen Nettoneuverschuldung sowie der Schuldenstand zur Eintrittsbedingung für den Euro-Club gemacht werden; darüber hinaus sind diese Kriterien mit dem „Stabilitätspakt“ beim letzten EU-Gipfeltreffen in Dublin zur dauerhaften Leitlinie der Fiskalpolitik gemacht worden, deren Nichteinhaltung mit Geldbußen geahndet werden kann. Nach dieser Festschreibung der Konvergenzkriterien der Maastrichter Verträge

ist mittlerweile der staatliche Budgetausgleich als nächste Zielmarke monetaristischer Politik in die Verhandlungsprozesse zur europäischen Integration eingebracht worden; offensichtlich soll also eine schrittweise Radikalisierung bei der Umsetzung des Monetarismus vorgenommen werden.

Dabei eilt die monetäre Integration der realwirtschaftlichen sowie der politischen Integration weit voraus. Dies hat zur Folge, daß der Monetarismus auf europäischer Ebene Quasi-Verfassungsrang erhält, ohne daß aber politische Institutionen bestünden, denen gegenüber diese wirtschaftspolitische Marschrichtung legitimiert werden müßte und die ggf. Richtungsänderungen vornehmen könnte.

Unter rein ökonomischen Aspekten liegt die Schlußfolgerung nahe, daß nur eine kleine Zahl nord- und westeuropäischer Länder die realen Voraussetzungen für einen einheitlichen Währungsraum erfüllen. Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten hängen Befürwortung oder Ablehnung einer Währungsunion davon ab, ob die monetaristische Linie der Maastrichter Verträge weiter verfolgt und verschärft oder aber zugunsten einer europäisierten Fiskalpolitik aufgegeben werden sollte. Zwar spielen auch hierfür die ökonomischen Voraussetzungen eine wichtige Rolle, es handelt sich aber im wesentlichen um eine politische Richtungsentscheidung.

Wirtschaftspolitische Entscheidungen bedarf im Falle einer Kern-Währungsunion auch die Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Insidern und Outsidern. In diesem Fall ist mit einer massiven Abwertung der Währungen der Outsider zu rechnen, welche zwar die Exporte aus diesen Ländern begünstigt, ihnen aber die Mobilisierung von Kapital für die Weiterentwicklung ihrer Wirtschaftsstrukturen drastisch erschweren würde. Ohne eine regionale Umverteilung innerhalb der Europäischen Union würden die Outsider der Währungsunion zur ökonomischen Zweitklassigkeit verdammt: Die Euro-Einführung würde diesen Ländern mit Abwertung und Kapitalflucht nämlich nicht nur realwirtschaftliche Entwicklungsschranken setzen, sondern auch die Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien zu einer unlösbaren Aufgabe machen und somit einen dauerhaften Ausschluß aus dem Euro-Club darstellen.

Mit den Fragen nach der konzeptionellen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union und nach der Gestaltung ihrer Binnenverhältnisse zwischen Euro- und Nicht-Euro-Ländern wird die Aufmerksamkeit notwendigerweise von der wissenschaftlichen Aufklärung über ökonomische Voraussetzungen einer Gemeinschaftswährung auf die Politik gelenkt.

### 3. Politische Richtungsauseinandersetzungen

Die regierungsoffizielle Politik in Deutschland hält noch immer halstarrig an dem technokratischen Verfahren zur Einführung der Währungsunion fest, wie es in den Maastrichter Verträgen vorgegeben worden ist: Strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien und des Starttermins am 1. Januar 1999. Dieses Festhalten steht in deutlichem Kontrast zu Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten und EU-Kommission, die ein Unterschreiten der 3%-Prozent-Obergrenze für die Nettoneuverschuldung in diesem und im nächsten Jahr ausschließen und zudem betonen, daß Erfolg oder Mißerfolg der Euro-Einführung sicher nicht von Budgetdefiziten im „Null-Komma-Bereich“ abhängen.

Wenn aber Konvergenzkriterien und Zeitplan nicht zugleich eingehalten werden können, zerfällt der bislang gepflegte Anschein eines sachnotwendigen Übergangs zur gemeinsamen Währung; an die Stelle der technokratischer Sachzwänge tritt dann der politische Dezisionismus. Damit tut sich ein recht weites Spektrum an Handlungsoptionen auf, das von der Aufgabe der Euro-Pläne über eine Verschiebung des Starttermins bis zur weitgehenden Mißachtung der monetären Konvergenzkriterien reicht. Welche dieser Optionen verfolgt wird, ist in der Tat weniger eine Frage nach Budgetsalden und Inflationsraten. Hierfür sind vielmehr die grundlegenden Orientierungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausschlaggebend.

Hier lassen sich grob zwei Richtungen unterscheiden. Eine zielt darauf ab, durch Hartwährungspolitik einen Euro-Block zu schaffen, der an Gewicht gegenüber dem Dollar-Block gewinnen würde. Diese Orientierung auf die weltweite Konkurrenz verbindet sich mit einer merkantilistischen Orientierung der deutschen Industrie, welche durch die Euro-Einführung den langanhaltenden Aufwertungstrend der DM brechen und damit ihre Absatzchancen innerhalb der Währungsunion erhöhen will. Obgleich dieser Merkantilismus ein innereuropäisches Konfliktpotential darstellt – Frankreich befürwortet die Währungsunion schließlich mit der konträren Zielsetzung, die Dominanz der deutschen Exportwirtschaft innerhalb der Europäischen Union zu überwinden –, führen die beiden genannten Linien zur Befür-

Die gegenwärtig anstehenden Entscheidungen über wirtschaftspolitische Grundlinien bedürfen öffentlicher Einflußnahme und demokratischer Entscheidung.

wortung einer termingerechten Euro-Einführung. Auch wenn dabei die fiskalischen Konvergenzkriterien nicht eingehalten werden sollten, könnte hieraus noch kein Aufweichen der monetaristischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik gefolgert werden.

Die zweite Richtung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zielt dagegen weniger auf die Stärkung der Europäischen Union im weltweiten Standortwettbewerb als auf eine Erhöhung des Beschäftigungsniveaus und den Ausbau der Sozialstaatlichkeit innerhalb der EU. Bezüglich der Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele bestehen freilich unterschiedliche Einschätzungen. Eine Position besagt, Währungskonkurrenz und die Vorherrschaft von Bundesbank und DM in Europa müßten durch eine schnelle Einführung des Euro gebrochen werden. Um den Preis einer kurzfristigen Austeritätspolitik, der mit dem Maastricht-Euro-Konzept gefordert wird, sollen längerfristige Spielräume einer interventionistischen Wirtschaftspolitik gewonnen werden.

Die Gegenposition befürchtet infolge einer monetären Integration nach dem Maastricht-Konzept starke soziale und regionale Spaltungen innerhalb der Europäischen Union. Steigende Arbeitslosigkeit infolge fortgesetzter und möglicherweise noch radikalierter Austeritätspolitik sowie die Spaltung der EU in einen Euro-Club

und eine Schwachwährungsperipherie erhöhen einerseits den Bedarf an sozial- und beschäftigungspolitischen Eingriffen, erschweren aber zugleich Durchsetzbarkeit und Durchführung einer solchen Politik. Gefordert wird deshalb eine Politik, welche die realwirtschaftliche und soziale Integration fördert und erst an zweiter Stelle die Frage nach einer monetären Vereinheitlichung stellt.

Dem liegt die recht triviale Feststellung zugrunde, daß monetäre Instabilitäten am ehesten auftreten, wo gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte und soziale Spannungen bestehen. Gerade weil sich Finanzkrisen und Währungsturbulenzen auf den Finanzmärkten abspielen, darf nicht in Vergessenheit geraten, daß es sich dabei um krisenhafte Anpassungsprozesse an realwirtschaftliche Ungleichgewichte handelt. Gelingt es aber, solche Krisenpotentiale abzubauen, verliert die Frage nach einer gemeinsamen Währung ihre gegenwärtige Dramatik; sie ist dann weniger Ausdruck gesellschaftlicher Interessengegensätze als eine technische Verfahrensfrage. Solche Probleme könnten in der Tat einem technokratischen Apparat überantwortet werden, die gegenwärtig anstehenden Entscheidungen über wirtschaftspolitische Grundlinien bedürfen dagegen öffentlicher Einflußnahme und demokratischer Entscheidung.

spw

**D**ie Streiks und Proteste in Frankreich im Dezember 1995, die „Le Monde Diplomatique“ als die ersten Streiks gegen die Globalisierung bezeichnete, die Solidarisierungswelle mit den belgischen Renaultarbeitern gegen die Schließung des Betriebs in Vilvorde und schließlich die heftige Auseinandersetzung über die sozialen Auswirkungen der Einhaltung der Konvergenzkriterien: Sollen die Gewerkschaften die Konsequenz ziehen, die Generallinie der europäischen Integration zu verlassen? Was wäre die Alternative?

Erfreulicherweise führt zunehmende Unsicherheit über den Weg der künftigen europäischen Integration zu einer öffentlichen Diskussion, die sich nicht nur mit der politischen Integration, sondern mit den Perspektiven des europäischen Gesellschaftsmodells beschäftigt. Drei Meinungen will ich herausgreifen: Da plädiert Joschka Fischer vehement für den EURO als Vehikel zur Überwindung des unseligen europäischen Nationalstaats: „Wer dieses Europa möchte, muß auch diesen Qualitätssprung wollen. Denn dies ist in der Tat eine historische Wasserscheide, ja eine veritable Revolution in der Geschichte Europas. Wenn sie endlich gelingt, ist die vollständige politische Integration Europas und damit der Abschied vom souveränen Nationalstaat kaum noch aufzuhalten. Und genau dies halte ich für dringend geboten.“<sup>1</sup>

Ganz anders sieht dies Wolfgang Streeck in seinem Festvortrag zum 75. Gründungsjubiläum der Akademie der Arbeit: „Die europäischen Nationalstaaten betreiben ihre Einigung vor allem zu ihrer Selbsterhaltung durch Entlastung von wirtschaftlichen Funktionen, die sie nicht mehr zu erfüllen vermögen.“<sup>2</sup> Für Streeck ist deshalb klar, „daß der Zeitpunkt verpaßt ist, zu dem der Integrationsprozeß noch in einer Neuaufgabe des nationalen Wohlfahrtsstaates auf supranationaler Ebene enden konnte.“

Gilbert Ziebura teilt die Kritik an der neo-liberalen Ausrichtung der EU-Integration, hält aber einen ‚dritten Weg‘ noch für möglich. Er fordert, „Elemente eines spezifisch eu-

## Europas Gewerkschaften vor dem EURO-Zeitalter

Alternativen und Szenarien

von Fritz Rath\*

ropäischen Wachstumsmodells zu formulieren, die weder eine Renaissance des Fordismus noch ein Vorantreiben des neoliberalen Stabilitäts- und Umverteilungsprojekts anvisieren. (...) Andernfalls geraten die europäischen Gesellschaften noch tiefer in die neoliberale Sackgasse, in der sie ohnehin schon stecken.“<sup>3</sup> Ziebura wirft folgende Fragen auf: „Stellt die Fixierung der europäischen Ökonomien und Gesellschaften auf das, was vom Zentrum der Weltwirtschaft als neue Form kapitalistischer Reproduktion vorgegeben wird, ein unabänderliches Schicksal dar? Wird selbst der leiseste Versuch einer Autonomisierung regionaler Integration als Gegengewicht zur neo-liberal dominierten Globalisierung als verhängnisvolle Abkoppelung von Verwertungsprozessen begriffen, die nur zur (weiteren?) Verschlechterung von Wettbewerbsbedingungen führen müssen?“

\* Dr. Fritz Rath, Promotion Universität Konstanz, derzeit: Wirtschafts- und Sozialausschuß der EU, Leiter des Dienstes „Institutionelle Angelegenheiten – Beziehungen zwischen den Wirtschafts- und Sozialausschüssen“, Brüssel. Der Beitrag stellt die persönliche Meinung des Autors dar.

Daß derartige Fragen nicht allein „akademischer Natur“, sondern für die Gewerkschaften von höchster Relevanz sind, zeigen die weiteren Ausführungen von Streeck: Da sich der Nationalstaat über die EU seiner Rolle der „Absicherung nationaler Vollbeschäftigungs- und Sozialpolitik“ entledige, gewinne er auf nationaler Ebene mehr Spielraum gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen. Die „europäischen Interessen der deutschen Gewerkschaften“ unterscheiden sich aber „von denen der Gewerkschaften anderer europäischer Länder teilweise erheblich“<sup>3</sup> (Stichworte: hohe Einkommen, geringe Lohnspreizung, hohes Niveau der sozialen Sicherheit, Flächentarifvertrag, Mitbestimmung). Es eröffne sich deshalb die „unerfreuliche Aussicht auf eine jahrelange, mühsame und politisch kostspielige Verteidigung der Mitbestimmung“; auf „Rückzugsgefechte“, „lange Abwehrkämpfe“. Da Europa keinen europäischen Sozialstaat schaffen kann, „muß heute alle politische Energie dar-

Die ökonomischen Globalisierungsprozesse sind so mit der Reform des Gesellschaftsmodells zu verknüpfen, daß seine demokratische, soziale und kulturelle Dimension bewahrt werden kann.

auf verwendet werden, die soziale Handlungsfähigkeit des Nationalstaates zu verteidigen.“ Die (deutschen) Gewerkschaften sollen sich von der „hoffnungsvollen Erwartung einer ... Ausdehnung des deutschen Sozial- und Tarifsystems auf die Union insgesamt verabschieden“.

Sie sollen das „hohe deutsche Niveau sozialer Sicherung und gewerkschaftlicher Beteiligung in einer integrierten europäischen Ökonomie verteidigen“.<sup>3</sup>

Diese Analyse stellt zwar die wirtschaftliche Integration als solche nicht in Frage, präsentiert aber dann in letzter Konsequenz doch eine gewerkschaftliche Variante des nationalen Alleingangs zur Gestaltung der sozialen Dimension. Ungewollt wird damit denjenigen Schützenhilfe geleistet, die – unter Hinweis auf die Subsidiarität – Fragen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik ohnehin für eine rein nationale Aufgabe halten. Damit bleibe aber das Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration bestehen.

Zieburas Überlegungen gehen in eine andere Richtung: Er plädiert dafür, durch gesellschaftliche Mobilisierung der politischen Union ein größeres Gewicht zu verleihen und ein neues europäisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu definieren: „Demokratisierung von unten und Entscheidungsfähigkeit von oben müssen zusammenkommen, um so etwas wie eine transnationale Zivilgesellschaft zu begründen. ... Identität wächst nur im gemeinsamen Projekt mit allen Risiken, Chancen zum Experiment, Rückschlägen und Erfolgen, mit allen Kämpfen um die Sache, die es in sich birgt.“<sup>4</sup> Um das Entstehen dieser europäischen Zivilgesellschaft ging es auch dem Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA) bei dem „Forum zur Zukunft der europäischen Gesellschaft“ an dem Vertreter aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen teilnahmen.

### 1. Globalisierung und Krise des Sozialmodells

Europas Chance für ein spezifisch europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell ist, daß der in der neo-liberalen Diskussion dominierende einfache Zusammenhang zwischen Globalisierung und Krise des Sozialmodells so nicht besteht. Die Energien sollten darauf konzentriert werden, das sog. unabänderliche Schicksal in einen zu steuernden Prozeß zu verwandeln.<sup>4</sup> Ein wesentlicher Punkt ist dabei, die ökonomischen Globalisierungsprozesse so mit der Reform des Gesellschaftsmodells zu verknüpfen, daß seine demokratische, soziale und kulturelle Dimension bewahrt werden kann.

Bei der ökonomischen Globalisierung besteht zunächst ein Interesse daran, daß die EU ihr ökonomisches Potential in die Waagschale wirft, um dort steuernd einzugreifen, wo die (kleinen und mittleren) Nationalstaaten nur mehr reduziertes Eingriffspotential haben. Lucio Pench führt z.B. folgende Bereiche auf:

- die ständige Ausweitung des Welthandels mit größeren Steigerungsraten als das Weltsozialprodukt aufgrund ständig sinkender Transportkosten von Gütern und noch rascher sinkender Kosten für Informationsverarbeitung und -verbreitung;
- die enorme Steigerung der internationalen Finanztransaktionen. Zum Beispiel betragen die täglichen Weltdevisengeschäfte 1000 Mrd. US-Dollar, die täglichen Börsengeschäfte 1500 Mrd. US-Dollar. Zum Vergleich: das gesamte BSP Deutschlands betrug 1993 1600 Mrd. ECU (entspricht nach aktuellem Kurs ca. 1840 Mrd. US-\$).<sup>5</sup>

Zur Festlegung der EU-Ziele ist es notwendig, die „Kaninchen-start-auf-die-Schlange“-Optik zu verlassen und die EU als Handelnden im Globalisierungsprozeß zu sehen:

- Europa ist ja keineswegs willenloses Opfer der Entwicklung, sondern trägt aktiv dazu bei, die Liberalisierung des Welthandels zu fördern – und zwar im eigenen Interesse eines Kontinents, der in starkem Maße exportabhängig produziert. Die EU besitzt bekanntlich trotz fehlender gemeinsamer Außenpolitik die Kompetenz der Außenhandelspolitik. Daß die Liberalisierung nicht mit einer entsprechenden europäischen Innovations-, Forschungs-, Industrie- und Bildungspolitik, d.h. einer veritablen Standortpolitik, verknüpft wurde, spricht für eine weitere europäische Integration in diesen Bereichen. Die extreme Konzentration auf den innergemeinschaftlichen Handel deutet möglicherweise auf eine gewisse Schlafmützigkeit bei der Erschließung neuer Märkte, die die Wirtschaft mit dem Hinweis auf den zu teuren Sozialstaat kaschiert.

- Europa ist bereits ein Hauptakteur auf der ökonomischen Bühne, insbesondere durch den Binnenmarkt, und noch verstärkt im Falle der Währungsunion. Auf der Ebene des Binnenmarkts ist die Deregulierungsfunktion unbestreitbar; aber gleichzeitig entsteht auch ein europäischer Raum der Harmonisierung in den Bereichen von Arbeitssicherheit und -hygiene, Gesundheits- und Verbraucherschutz, wobei a) Deutschland nicht immer an der Spitze fortschrittlicher Gesetzgebung steht und b) die schrittweise Anpassung niedrigerer Standards in anderen EU-Ländern positive Auswirkungen auf die Sicherung von Standorten mit hohem Lebensstandard hat.

- Europa hat bereits in der Vergangenheit einen Beitrag zur sozialen Globalisierung geleistet: als Mitautor der Sozialcharta, als „Exporteur“ der Sozialpartnerschaft und der trilateralen Konsultation – z.B. in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Diese Dimension des europäischen Sozialmodells ist keineswegs am Ende, sondern stößt, wie sich auch an den Kontakten des WSA ablesen läßt, auf zunehmendes Interesse, zunächst in Mittel- und Osteuropa, in der EURO-Med-Partnerschaft, bis hin zu Lateinamerika. Und auch innerhalb der EU entwickeln sich – auch in Bereichen, in denen keine europäische Gesetzgebung existiert – der soziale Dialog und gesellschaftliche Mitwirkungsstrukturen (Griechenland, Spanien, Portugal). Dorthin wurde zwar nicht das deutsche oder französische Modell „exportiert“, wohl aber wollen diese Länder ja auch nicht ewig das Schlußlicht bleiben und kopieren positive Beispiele anderer EU-Länder.

- Europa hat eine sozio-kulturelle Botschaft zu übermitteln (friedliches Zusammenleben zwischen den Völkern, freiwillige grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Respek-

tierung von Menschenrechten und Minderheiten). In dem derzeit so offensichtlichen Dilemma zwischen Handelsinteressen einerseits und dem interkulturellen Dialog über die Respektierung von Grund- und Menschenrechten ist ein gesellschaftlicher Diskurs und Konsens in Europa notwendig, der über die politische Diskussion (Gemeinsame Außenpolitik, Zusammenarbeit von Polizei und Justiz als Themen der Regierungskonferenz) hinausreichen muß und von den gesellschaftlichen Organisationen zu führen bzw. herbeizuführen ist.

Giacomina Cassina fasst in ihrem Bericht zum WSA-Forum zusammen: „Europa muß sich in dem Prozeß der Globalisierung vor allem für folgende Bereiche stark machen:

- Erarbeitung weltweiter Umweltschutznormen;
- Förderung der sozialen Dimension im internationalen Handelsverkehr ... (Sozialklausel);
- Regelung des internationalen Kapitalverkehrs zur Sicherung der Währungsstabilität;
- größtmögliche Abstimmung der gesamtwirtschaftlichen Strategien, um den Erfordernissen des Welthandels gerecht werden zu können;
- Förderung konzertierter Aktionen ... zur Herstellung eines weltweit von Solidarität geprägten wirtschaftlichen und sozialen Umfelds, um in allen Ländern und Regionen der Welt ein Mindestmaß an Chancengleichheit zu schaffen.“<sup>6</sup>

### 2. EU und die Krise des europäischen Sozialmodells

Unsere Chance, das europäische Sozialmodell in seinen Grundzielen zu bewahren, liegt darin, daß es reformiert wird. Doch diese Reform muß sich zuallererst an den innergesellschaftlichen Entwicklungen in Europa orientieren, die sich sowohl von denen der USA, Japans und der Tiger unterscheiden.

Derzeit herrscht die ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse der Wettbewerbsfähigkeit vor (Höhe der Soziallasten und der Ausgaben, Höhe der Löhne, usw.). Doch das Problem einer einseitig an der Kostenfrage orientierten Reparaturpolitik ist, daß mit dem Abbau des Sozialstaats gleichzeitig der Nutzen des Sozialmodells mit in Gefahr gerät, insbesondere

- die Rechtssicherheit für den einzelnen,
- die Grundlage einer Einkommenssicherheit durch Arbeit, Kapitalanlage und soziale Umverteilung,
- hohe Arbeitsmotivation durch Sicherheit in der Lebensplanung,
- Konfliktlösung durch einen Mix von Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen und staatlichen Normen.

Die Auseinandersetzung über die Umstrukturierung des Sozialmodells darf jedoch nicht dazu führen, das europäische Kind mit dem Bade auszuschütten. Die politische Situation ist nicht ungünstig: Schon einmal hat ein politischer Richtungswechsel in Großbritannien der europäischen Sozialpolitik neue Impulse verliehen. Nicht zu vernachlässigen ist auch, daß die Arbeitgeber die Gefahren einer Zerstörung des Sozialmodells durchaus erkennen. „Die Wettbewerbsfähigkeit Europas“, so stellt beispielsweise der spanische Arbeitgebervertreter García-Caro in seinem Bericht zum WSA-Forum fest, „läßt sich nicht durch den Abbau des Wohlfahrtsstaates oder die Kürzung der sozialen Mindeststandards gewährleisten“<sup>7</sup>. Ein Teil der Arbeitgeber, z.B. der Verband der öffentlichen Unternehmen CEEP, eine der beiden Arbeitgeberorganisationen des sozialen Dialogs, plädiert auch – im Unterschied zu der Mehrheit des Industriellenverbands UNICE – für die Aufnahme des Sozialprotokolls in den EU-Vertrag.<sup>8</sup> Von daher spricht einiges dafür, die Diskussion nicht auf die Gegenüberstellung von Nationalstaat

und EU-Kompetenzen zu verengen und genau auszuloten, in welchen Bereichen Arbeitgeber und Gewerkschaften auch auf europäischer Ebene zu Ergebnissen kommen können.

Mit Blick auf den EURO verschärft sich die Diskrepanz zwischen dem politischen Fahrplan zu seiner Einführung und den Defiziten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der DGB steht hier durchaus nicht allein, wenn er fordert, zur Erreichung der Konvergenzkriterien „keine weiteren sozialen Einschnitte und Kürzungen von öffentlichen Investitionen vorzunehmen“, sondern „Beschäftigungspolitik und Beschäftigungsziel“ eindeutig im Vertrag zu verankern und eine „europaweite Modernisierungsinitiative“ vorzunehmen.<sup>9</sup>

### 3. Chancen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit und des sozialen Dialogs zur Sicherung des Sozialmodells

Wird die Auseinandersetzung über die soziale Dimension der EU, wie in der Vergangenheit, nur auf rechtliche Fragen beschränkt (EU-Richtlinien zum Arbeits- und Unternehmensrecht: ja oder nein), dann bleiben Chancen zur Nutzung des neuen Instruments europäischer Rahmenabkommen zwischen den Sozialpartnern ungenutzt. Dies ist eine mit Maastricht eingeführte neue Handlungsmöglichkeit der Sozialpartner, Abkommen auf europäischer Ebene zu schließen, die durch einen Beschluß des Rates als Richtlinie allgemeinverbindlich erklärt werden.<sup>10</sup> Die Mitgliedstaaten (inzwischen mit Großbritannien) gaben damit den europäischen Sozialpartnern ein Instrument an die Hand, das der Tradition europäischer Tarifautonomie entspricht, wobei die genauen Spielregeln im Bereich der kollektiven Rechte noch nicht europäisch geklärt sind. In der Praxis gab es zwar bisher nur ein Abkommen zum Elternurlaub.<sup>11</sup> Im sensiblen Bereich der Euro-Betriebsräte scheiterten Verhandlungen zwischen den Sozialparteien, jedoch entstand – gerade durch dieses Scheitern und die Möglichkeit einer Entscheidung des Ministerrates mit qualifizierter Mehrheit (ohne Großbritannien) – genügend Druck, um eine entsprechende Richtlinie – nach jahrzehntelangem Stillstand im gesetzgeberischen Bereich – zu verabschieden. Die praktischen Konsequenzen dieser Richtlinie sind von großer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unter den Bedingungen des Euro-Zeitalters. Allein durch die breit angelegte Möglichkeit von kurzen europäischen Informationsdrähten zwischen den Betriebsräten entsteht eine neue Dynamik, die weit über die Gremienarbeit der Gewerkschaften hinausreicht.

Gerade am Beispiel von Renault Vilvorde wird deutlich, daß eine Verknüpfung nationaler und europäischer Ebene auch von unten her entstehen kann. Erstens:

Wenn die Arbeitnehmervertreter erkennen können, welche strategische Bedeutung die Einzelentscheidung eines Unternehmens in einem Land hat – der ständige Kontakt über die Euro-Betriebsräte leistet hierzu einen Beitrag –, kann auch eine von der Basis her kommende europäische Mobilisierung gelingen. Im Renault-Fall war die grenzüberschreitende Erkenntnis wichtig, daß die Schließung des technologisch modernsten Werks die Alarmglocken bei den Betriebsräten aller anderen schellen ließ. Die Beteiligung und das enorme Interesse aus anderen Automobilkonzernen, spontane Solidarierungen, haben mit „rhetorischen Forderungen nach ‚internationaler Solidarität‘“ (Streeck) nichts mehr zu tun. Denn den Beteiligten ist klar, daß es hier insgesamt um die Perspektiven des Konzerns und der europäischen Automobilindustrie geht. Zweitens:

Es ist notwendig, die „Kaninchen-starrt-auf-die-Schlange“-Optik zu verlassen und die EU als Handelnden im Globalisierungsprozeß zu sehen.

Nicht nur belgisches, sondern auch europäisches Recht wurde durch das Vorgehen der Renault-Geschäftsleitung gebrochen. Die Reaktionen darauf waren damit nicht allein eine nationale Angelegenheit: sie blieben auch auf europäischer Ebene nicht aus. Die nationale und europäische Doppelsicherung macht es schwieriger für ein Unternehmen, nationale Rechtsvorschriften auszuhebeln. Es lohnt sich für die Gewerkschaften, den mühseligen Weg europäischer Sozialgesetzgebung weiterzuverfolgen – nicht um nationales Recht zu ersetzen, sondern um auch europäische Sicherungen einzubauen.

Im Zuge dieser neuen Dynamik ist es ein großer Vorteil der Entwicklung der letzten 25 Jahre (1973: Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB), daß sich die europäischen Gewerkschaften von der Vorstellung getrennt haben, es gehe vor allem darum, nationale Arbeitsrechts- und Mitbestimmungsmodelle zu exportieren und in europäisches Recht umzuwandeln. Bei allen Bedenken, die von arbeitsrechtlicher Seite entwickelt wurden, sollte doch nicht übersehen werden, daß eine Mehrebenenpolitik der Gewerkschaften auch in diesem Bereich den ArbeitnehmerInnen mehr Vorteile bringt als die Abschottung nationaler Systeme, die sich gegen Standortverlagerungen von multinationalen Unternehmen ohnehin nur bedingt wehren können. An der Latte der jeweiligen nationalen Vertretungsstrukturen gemessen, genügen die Euro-Betriebsräte den Ansprüchen vieler nationaler Vertretungsmodelle nicht, seien sie nun deutsch, französisch oder niederländisch. Aber zur Sicherung nationaler Systeme ist die Existenz der Euro-Betriebsräte deshalb von Bedeutung, weil sie auch in den global operierenden europäischen Konzernen ein grundlegendes Element des europäischen Sozialstaatsmodells global absichert: die Information und Konsultation zwischen Management und Arbeitnehmervertretern.

Über die praktische Zusammenarbeit dürften auch neue Impulse für eine „best-practice-Diskussion“ in den Gewerkschaften entstehen, die bereits seit einiger Zeit Auswirkungen hat, z.B. bei der Gestaltung der Arbeitnehmervertretungen

in Spanien, Portugal und Griechenland oder der Gestaltung der betriebsnahen Mitbestimmung im Bereich der Arbeitssicherheit (vorbildlich z.B. Dänemark). Fehlte diese europäische Dimension des Voneinanderlernens, wäre die Sicherung und Verbesserung nationaler Systeme schwieriger.

Es geht also nicht um eine Alternative zwischen Nationalstaat und Europa, sondern um eine Verdopplung, die ein Grundelement des Sozialmodells europäisch verstärkt, um eine Mehrebenenstrategie der Gewerkschaften.

#### 4. Perspektiven einer breit angelegten Debatte über die Veränderungen der europäischen Gesellschaft und der Sicherung des Sozialmodells

Trifft die These zu, daß die europäischen Gesellschaften einige Probleme gemeinsam haben, die sich aus der Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und den Strukturen des Sozialmodells ergeben, dann lohnt es sich, unabhängig von der Globalisierung nach Lösungen zu suchen. Aus der WSA-Debatte ergab sich eine große Zustimmung zu den Thesen von E. Barbieri Masini, die darauf aufmerksam machte, daß die Überalterung der europäischen Bevölkerung, die Zunahme von Ein-Personenhaushalten, die Spaltung der Gesellschaft aufgrund der Spaltung des Arbeitsmarktes wesentliche Ursachen der gegenwärtigen Krise des europäischen Sozialmodells sind.<sup>12</sup> Daß sich weder

die Strukturen der Arbeitsmärkte noch die der sozialen Sicherheit auf diese Veränderungen ausreichend eingerichtet haben, hat mit der Globalisierung wenig zu tun. Doch, wie das WSA-Forum feststellt: „Die Globalisierung legt veraltete Strukturen offen und trägt dazu bei, die Unzulänglichkeiten des europäischen Sozialmodells deutlich zu machen.“<sup>13</sup>

Das Beispiel der Arbeitszeitpolitik und der Lohnnebenkosten mag verdeutlichen, wie nationale und europäische Ebene ineinandergreifen. Die Anpassung des Sozialmodells an gesellschaftliche Veränderungen wirft Fragen nach der Veränderungen der Lebensarbeitszeit und der täglichen Arbeitszeit, der Neubewertung des Stellenwerts der Arbeit in unserer Gesellschaft, der Umstrukturierung des Generationenvertrags, der Methoden der Umverteilung von Arbeit und der Kostenbelastung des Faktors Arbeit auf, die in Verhandlungen einzubeziehen sind. Die nationale und die europäische Handlung- und Verhandlungsebene sind bereits jetzt miteinander verzahnt. Die derzeitigen Verhandlungen der europäischen Sozialpartner über ein Abkommen zur Teilzeitarbeit stehen wohl vor einem Abschluß und könnten damit den gesetzgeberischen Stillstand auf europäischer Ebene beenden. Zwischen dem Mindestrahmen auf europäischer Ebene und den nationalen Regelungen besteht dann immer noch ein ausreichender Spielraum, so wie dies auch bei dem Abkommen zum Elternurlaub der Fall ist, das seinerseits, wie in Belgien nationalen Verhandlungen neue Impulse gibt, die sich nun weiter auf die Branchenebene erstrecken.

Bei der Entlastung des Faktors Arbeit besteht grundsätzlich ein politischer Konsens, daß – auf der Makroebene – die Lohnnebenkosten zu hoch sind. Aber trotz gegenteiliger Absichtserklärungen stieg in der EU die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit zwischen 1980 und 1994 von 34,7% auf 40,5% und sank die Belastung von Kapital, selbständiger Arbeit, Energie, natürlichen Ressourcen von 44,1% auf 35,2%.<sup>14</sup> Aus Gründen der inneren Wettbewerbsgleichheit und der Wettbewerbsfähigkeit nach außen ist ein koordiniertes Vorgehen sinnvoll. Dabei können auf nationaler Ebene durchaus unterschiedliche Wege zur Absenkung der Lohnnebenkosten gegangen werden. Der Spielraum für die Gestaltung der nationalen Systeme wird eher größer, wenn innerhalb der EU keine „catch-as-catch-can“-Situation besteht.

In einigen Mitgliedstaaten wird bereits vorexerziert, daß die soziale Absicherung neuer Beschäftigungsformen und die Senkung von Lohnnebenkosten positive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zeigt. Die derzeit vom neu gebildeten EU-Ausschuß für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik verfolgte Strategie des „benchmarking“ sollte hier hilfreich sein, grenzüberschreitend innovative Initiativen und Politiken nutzbar zu machen, vorausgesetzt, daß sich dies nicht nur auf der Regierungsebene abspielt, sondern die Sozialparteien vollberechtigt mit einbezieht.

Die Alternative ‚Nationalstaat oder Europa‘ führt zu einer Scheindiskussion, die bei der künftigen Gestaltung des europäischen Sozialmodells nur wenig weiterhilft. Erfolgversprechender scheint, den erstaunlichen Konsens der EuropäerInnen über gesellschaftliche Prioritäten zu nutzen, um innerhalb der EU öffentlichen Druck zu erzeugen, der die Chancen einer Umgestaltung des europäischen Integrationsprojekts erhöht: Friedenssicherung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen an der Spitze der Prioritäten der öffentlichen Meinung, die allerdings von der Politik wenig erwartet.<sup>15</sup> Ein Grund mehr, daß sich die gesellschaftlichen Organisationen – und an erster Stelle die Sozialparteien – der Umgestaltung des Sozialmodells annehmen.

spw

- 1 Joschka Fischer: „Warum ich für den Euro bin“. Die Zeit 21.3.1997
- 2 Wolfgang Streeck: Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, MPIFG Working Paper 96/1. Mai 1996.
- 3 Gilbert Ziebur: „Was ist geblieben von einem „Europa der dritten Kraft“?, Frankfurter Rundschau 22.3.96 (zitiert aus J. Schuster (Hrsg.): Maastricht neu verhandeln)
- 4 Siehe dazu: Jürgen Hoffmann, Reiner Hoffmann: Globalisierung – Risiken und Chancen für gewerkschaftliche Politik in Europa (Ms.) Working Document des Europäischen Gewerkschaftsinstituts
- 5 Lucio Pench: (Ms.) Beitrag für das WSA-Forum
- 6 WSA-Tagungsbericht 23.-24.5.1996, DI60/96. S.6
- 7 José Isaáis Rodríguez García-Caro: „Das europäische Sozialmo-

- dell“. In: WSA-Forum, Tagungsbericht.
- 8 CEEP Opinion on the Intergovernmental Conference. (CEEP.96/ Avis 5), Brüssel 1996.
- 9 Beschluß des DGB-Bundesvorstandes vom 8.4.1997
- 10 Vertrag über die Europäische Union. Protokoll Nr. 14. Abkommen über die Sozialpolitik. Art. 4. EU Textsammlung, Band I. S.627.
- 11 Rl. des Rates 96/34. Abl. L 145 v. 19.6.1996
- 12 Eleonora Barbieri Masini: Arbeitsdokument des WSA-Forums
- 13 WSA-Tagungsbericht, S.2-3.
- 14 Europäische Kommission: Die Steuern in der Europäischen Union. Kom(96) 546 endg.
- 15 Europäische Kommission: Eurobarometer 44, 1996. Tabellen 1.6 und 3.1.4

**A**msterdam am 16. und 17. Juni: Die Staats- und Regierungschefs der EU verabschieden eine revidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union. Die für die europäischen Bürger entscheidenden Fragen – wie kann die Arbeitslosigkeit bekämpft, soziale Gerechtigkeit hergestellt, die EU transparenter und demokratischer gemacht werden –, diese Fragen werden von der Regierungskonferenz nicht beantwortet.

Statt dessen wird die Militarisierung der Union vorangetrieben und eine europäische Polizei geschaffen, die in ihren Kompetenzen und ihrer Unkontrollierbarkeit (von lebenslanger Immunität der Beamten ist in den aktuellen Entwürfen die Rede) jede nationale Polizei übertrifft. Nebenbei wird die Verwaltungs- und Entscheidungskompetenz mehr und mehr von der Kommission und dem EP zum Ministerrat verlagert, die Union also zu einer Veranstaltung zwischen den Regierungen gemacht und entdemokratisiert.

Dies alles wird von der Öffentlichkeit im Schatten der Frage „Kommt der Euro und welche Folgen hat das für mich?“ nur am Rande wahrgenommen, bleibt doch der Bereich der Währungsunion bei der Regierungskonferenz bewußt außen vor. Dabei sind die anderen Aspekte der Ausgestaltung der Europäischen Union nicht nur trotzdem, sondern gerade auch wegen der bevorstehenden Währungsunion wichtig. Euro und Maastricht II sind zwei zentrale Bereiche, in denen die Weichen für die Zukunft der Integration gestellt werden. Und die Richtung der Integration ist wiederum entscheidend dafür, ob man als Linke diese Integrations„fortschritte“ mitträgt und wie man die zukünftige Entwicklung zu beeinflussen versucht.

Die Regierungskonferenz in Amsterdam bietet den Anlaß, alternative Vorstellungen zu entwickeln und über Strategien ihrer Umsetzung zu diskutieren. Seit Mitte April finden *Sternmärsche „gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung“* statt, die in einer großen Demonstration in Amsterdam am Vorabend der Regierungskonferenz enden (14.6.). Allerdings werden „die Märsche“ in Deutschland hauptsächlich von kleinen linken Splittergruppen getragen, weil die Gewerkschaften nicht in dieses Projekt eingestiegen sind. Es läßt sich auch bezweifeln, ob der Versuch einer Massenmobilisierung auf europäischer Ebene in der Frage der Arbeitslosigkeit zur Zeit der richtige strategische Ansatz ist.

Interessanter erscheint da die Initiative des „*European Appeal for Full Employment*“, der von dem britischen Labour-Europaabgeordneten Ken Coates ins Leben gerufen wurde und hinter dem sich (Crossover läßt grüßen) vor

## Naar en ander Europa

Alternativgipfel in Amsterdam

von Thorben Albrecht\*

allem sozialdemokratische/sozialistische, kommunistische und grüne europäische und nationale Abgeordnete, aber auch VertreterInnen von NGOs, WissenschaftlerInnen und KirchenvertreterInnen gesammelt haben. Diese haben am 22. und 23. Mai in Brüssel eine Veranstaltung durchgeführt, um Strategien für Vollbeschäftigung auf europäischer Ebene zu entwickeln. Leider war zu Redaktionsschluß dieser spw-Ausgabe noch unklar, ob und wie dieser Ansatz nach dem Treffen in Brüssel weiter verfolgt wird.

Parallel zur Regierungskonferenz in Amsterdam findet vom 12. bis 17. Juni ein „*Eurotop van Onderop*“ (*Gipfel von unten*) statt, der von einem sehr breiten Bündnis getragen wird. Unter dem Motto „Naar en ander Europa“ werden in einer Vielzahl von Workshops und Podiumsdiskussionen alternative Vorstellungen für ein soziales, ökologisches, feministisches, friedliches und solidarisches Europa thematisiert. Die ReferentInnen reichen von NGO-VertreterInnen wie Vandana Shiva über kritische WissenschaftlerInnen wie Susan George zu PolitikerInnen wie Michel Rocard (angefr.), Frieder Otto Wolf und Heidi Wiczorek-Zeul.

In Deutschland werden die Vorbereitungen des Alternativgipfels bei Bündnis 90/Die Grünen koordiniert<sup>1</sup> und die teilnehmenden Organisationen reichen von den OrganisatorInnen der „Märsche“ über NGOs zu den Jusos. Der Alternativgipfel bietet so sicherlich die Gelegenheit, nach Bündnispartnern auf europäischer und deutscher Ebene zu suchen und Ideen für weitere gemeinsame Aktivitäten über Amsterdam hinaus zu entwickeln, um die europäische Integration auf den Weg „naar en ander Europa“ zu bringen.

spw

<sup>1</sup> Kontakt: Bernd Schneider, Bundesgeschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen, Baunscheidtstr. 1a, 53113 Bonn, Tel.: 0228-16 87022, Fax: 0228-16 46642, e-mail: FIC@oln.comlink.apc.org.

\* Thorben Albrecht ist internationaler Sekretär beim Juso-Bundesverband

# Skeptikerinnen der Europäischen Union

Frauen in Norwegen und Schweden

von Susanne Schunter Kleemann\*

Jahrzehntlang galten Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland in der europäischen Wohlfahrtsdebatte als anregende Sozialstaatskulturen. War es die erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik, die sozialpartnerschaftliche Konfliktlösung zwischen Kapital und Arbeit oder die Politik der sozialen Sicherheit, die nordischen kapitalistischen Gesellschaften hatten vorwärtsweisende Lösungsmuster für alle möglichen sozialen Problemlagen nicht nur debattiert, sondern weithin auch in die Realität umgesetzt. Dies galt insbesondere für die Frauenpolitik. Inzwischen hat die Wirtschaftskrise auch die nordischen Länder eingeholt. Seit Beginn der 90er Jahre sind – teilweise verschärft durch den Wegbruch der osteuropäischen Märkte – die Arbeitslosenzahlen in einer kaum vorstellbaren Weise nach oben geschneit. In Finnland und Schweden katapultierten sich die Erwerbslosenquoten binnen weniger Jahre auf ein Niveau, das sogar noch über dem durchschnittlichen Niveau der EU-Länder liegt.

Die sozialdemokratischen Regierungen in Norwegen und Schweden, die bürgerliche Regierung in Finnland hatten Anfang der 90er Jahre versucht, durch Forcierung einer Politik der Marktöffnung und Hinwendung zur Europäischen Union die Wirtschaftsprobleme in den Griff

Bezeichnenderweise waren es gut verdienende Männer des liberalen wie des konservativen Lagers, die einen Beitritt am stärksten befürworteten.

zu bekommen. Die norwegische Bevölkerung hat in einem Referendum des Jahres 1994 das in langen Verhandlungsrunden mit der EU ausgehandelte Ergebnis verworfen, in Finnland und Schweden wurde der Beitritt in Volksabstimmungen bejaht. Damit sind

nach Dänemark, das bereits 1973 Mitglied der EG wurde, seit 1995 auch Finnland und Schweden Mitglieder der Europäischen Union. Norwegen gehört seit 1994 dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an. In diesem Beitrag sollen die gegenläufigen Entwicklungen der Gleichstellungspolitik in Norwegen und Schweden in Zusammenhang mit der aktuellen Krisenbewältigungspolitik dieser Länder untersucht werden.

## 1. Schweden: EU-Referendum als Jahrhundertentscheidung

Die Führung der schwedischen Sozialdemokratie war im Frühjahr 1991 in ihrer Haltung zur EG innerhalb kürzester Zeit umgeschwenkt. Die damalige Regierung Carlsson

hatte nach Abstimmung mit Norwegen und Finnland und in Widerspruch zu ablehnenden Parteitagsbeschlüssen ein Beitritts-gesuch „zum schnellstmöglichen Zeitpunkt“ nach Brüssel geschickt. Wie in allen nordischen Ländern gab es, angeheizt noch durch das dänische „Nein“ beim ersten Referendum zum Maastrichter Vertrag vom Juni 1992, quer durch alle Parteien tiefgehende Kontroversen, ob man die jahrhundertelange Neutralität Schwedens nicht durch eine EU-Mitgliedschaft gefährde. Insbesondere die Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften waren zutiefst gespalten, aber die Konflikte hatten wiederum auch eine nicht zu übersehende geschlechterpolitische Dimension. Bezeichnenderweise waren es gut verdienende Männer des liberalen wie des konservativen Lagers, die einen Beitritt am stärksten befürworteten. Sie erhoffen von ihm ein Ende der „konfiskatorischen Einkommensbesteuerung“ und damit eine merkliche Anhebung ihrer im Vergleich zu europäischen Spitzenverdienern niedrigeren Einkommen (Björnberg 1995, 24). Schwedische Frauen hatten eine deutlich reserviertere Haltung zum EU-Europa.

Wie die Ökonomin Agneta Stark unterstrich, war selten eine ökonomische-politische Frage öffentlich so pointiert als eine Streitfrage diskutiert worden, die das Kräfteverhältnis der Geschlechter berührt (Stark 1992). Vehemente Gegenstimmen kamen auch aus dem Bereich der feministischen Wissenschaft. Das schwedische Wohlfahrtssystem werde durch von der EU aufgezwungene Maßnahmen der Liberalisierung, Privatisierung und steuerlichen Harmonisierung in seiner Substanz gefährdet, man gerate unter eine Fremdherrschaft und könne nicht mehr souverän und demokratisch über wichtige nationale Fragen wie Umwelt, Arbeitsmarkt und Gleichberechtigung entscheiden (Deja-Löhlhoffel 1993, 2-3). Besser als die EU-Mitgliedschaft sei eine Erneuerung der Kooperation mit den anderen nordischen Staaten. Zu diesem Zweck wurde auch eine länderübergreifende, überparteiliche skandinavische Bewegung „Kvinnors i Norden“ gegründet, die in Zusammenarbeit mit Teilen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen, den Grünen, den Linkssozialisten und den Bauern den Widerstand gegen den Beitritt zu organisieren versuchte. Wie in Norwegen und Finnland war man sich klar, daß der Ausgang des Referendums für die Lage der Frauen in den nordischen Ländern eine Jahrhundertentscheidung sein würde. Das EU-Europa wurde weithin mit den drei K's assoziiert, die „frau“ in den nordischen Gesellschaften nicht haben wollte, nämlich „Kapitalismus, Katholizismus und Konservatismus“ (Schmitz 1995, 326).

Die geschlechtsspezifische Auswertung des Abstimmungsverhaltens zeigte, daß 52% der Schwedinnen mit „Nein“ stimmten. Noch entschiedener waren Gewerkschaftsmitglieder und jugendliche Wähler zwischen 18-21 Jahren gegen die EU eingestellt, sie stimmten mit 63% bzw. 59% mit „Nein“ (Claesson, 1994, 2). Ausschlaggebend für den Ausgang des Referendums dürfte, neben den regierungsamtlichen Informationen mit Schlagseite zugunsten der Union, gewesen sein, daß fast alle großen Zeitungen und liberale, konservative und führende sozialdemokratische Politiker sich vehement für den Beitritt einsetzten. Insbesondere haben finanzkräftige Wirtschaftskreise und Unternehmerverbände, folgt man der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, „durch Geldspenden und massive Werbeaktionen wesentlich zum Erfolg beim Referendum beigetragen“ (Schwedens Wirtschaft 1994; Erleichterung in Stockholm 1994).

\* Dr. Susanne Schunter-Kleemann ist Professorin am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Bremen.

**1.1. Drastischer Sparkurs, um das Vertrauen der Finanzmärkte wieder zu gewinnen**

Im Widerspruch zu den Versprechungen, der Arbeitsmarktpolitik den absoluten Vorrang zu geben, setzte die sozialdemokratische Regierung nach dem knappen „Ja“-Votum zum EU-Beitritt (52,3% „Ja“ ; 46,8% „Nein“; 0,9% Enthaltungen) eine Politik fort, die der währungs-politischen Stabilisierung höchste Priorität gab. Im Früh-jahr 1995 legte Finanzminister Göran Persson, der den amtsmüden Carlsson ein Jahr später als Regierungschef ablöste, ein neues Sparpaket vor, in der Erwartung, durch weitere drastische Maßnahmen der Haushaltssanierung das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewin-nen (Hailer 1995, 1). Der Sparhaushalt sah erneut Abstriche an fast allen sozialen Leistungen, u.a. dem Rentensys-tem, vor. Besonders hart betroffen wurden jedoch Ar-beitslose und Familien mit vielen Kindern:

- Die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld wurden verschärft, die Dauer der Leistungszahlun-gen gekürzt. Für Personen unter 55 Jahren entfällt das Arbeitslosengeld nach 300 Tagen, für über 55 jährige nach 450 Tagen.
- Das Arbeitslosen-, Elternurlaubs- und Krankengeld wurde erneut, jetzt von 80 auf 75%, herabgesetzt.
- Das Kindergeld wurde gekürzt, Sonderzulagen für Fa-milien mit mehr als zwei Kindern und das Wohngeld für Familien mit Kindern wurde gestrichen (Zydra 1995).

Von großer Tragweite waren weitere Gesetze zur Flexi-bilisierung des Arbeitsmarktes, weil sie zu einer starken Zu-nahme von befristeten und ungeschützten Beschäftigungs-verhältnissen, v.a. auch im öffentlichen Dienst, geführt ha-ben. Zuletzt wurde am 12. Dezember 1996 – trotz gewerk-schaftlicher Großdemonstrationen überall im Lande – ein li-beralisiertes Arbeitsrecht verabschiedet, das für die Unter-nehmen noch weitere Erleichterungen bei der Einstellung und Kündigung von Arbeitnehmern vorsieht. Seit Januar 1997 ist es nun möglich, auf 12 Monate befristete Arbeits-verhältnisse abzuschließen, allerdings dürfen je Betrieb nur maximal fünf Personen befristet eingestellt werden. Das seit 1974 geltende und vom schwedischen Arbeitgeberverband seit dieser Zeit bekämpfte „Last in-first out-Prinzip „ wurde zwar nicht völlig abgeschafft, aber doch stark durchlöchert. Arbeitgebern war es vorher nur schwer möglich, einen Ar-beitnehmer zu kündigen.

**1.2. Europawahl 1995 – Triumph der EU-Kritiker**

Inzwischen ist die politische Stimmung in Schweden völ-lig umgeschlagen. Beherrschte noch Anfang der 90er Jahre die neoliberale und konservative Kritik an den Schwächen des Wohlfahrtsstaates die öffentliche Debat-te, so weht jetzt der Wind der Kritik eher von links. Die Wahlen zum Europaparlament im September 1995 – zehn Monate nach dem Referendum – führten zu einem furchtbaren Debakel für die Sozialdemokraten und zu ei-nem späten Triumph der EU-Kritiker. Die Sozialdemokra-ten verzeichneten das schlechteste Ergebnis ihrer Ge-schichte seit 50 Jahren und sanken auf 28,1% der Stim-men ab (Schwedens EU-Gegner 1995). Dieser Verlust kam – anders als bei den Wahlen 1991 – aber nicht dem konservativ-liberalen Lager zugute. Stattdessen schlug das Pendel eher nach links aus. Die entschiedenen Ge-gner eines Beitritts zur Union konnten ihre Stimmen beina-hne verdreifachen. Die Grüne Partei, die bei den Reichs-tagswahlen 1994 nur 5% der Stimmen erreicht hatte, er-oberte 17,2% der Wählerstimmen, die Linksozialistische Partei konnte ihren Anteil von 6,1% auf 12,9% mehr als

verdoppeln. Zusammen mit der isolationistischen bauer-lichen Zentrumsparterie fordern diese Parteien nun, daß aufgrund dieser Wahlergebnisse eine Beteiligung an der Währungsunion oder der gemeinsamen Verteidigungs-politik nur nach einer erneuten Volksabstimmung mög-lich sei (FAZ vom 19.09.1995). Auch eine Umfrage vom November 1995 bestätigte – mit 61% Stimmen gegen die EU-Mitgliedschaft – die große Enttäuschung über die dem Land nach dem EU-Beitritt verordnete strenge Au-steritätspolitik. (Lutz 1995, B 2).

**1.3. Regierung geht auf Distanz zur Währungs-union**

Bemerkenswert ist, daß die schwedische Regierung sich bezüglich der Teilnahme an der Währungsunion auch heute noch bedeckt hält. Eine Regierungskommission hat im November 1996 ein Gutachten vorgelegt, in dem von einer Teilnahme Schwedens an der EWU schon von Beginn an abgeraten wird. Die zu er-wartenden Nachteile überwögen die Vorteile, heißt es dar-in. Die Kommission warnt, daß Schweden bei einer EWU-Teilnahme 1999 zu schnell sei-ne geldpolitischen Spielräume aufgeben müsse. Kritisiert wird auch die Stellung der Europäischen Zentralbank als zu unabhängig. Eine ausreichende demokratische Kon-trolle sei nicht gesichert. Die Gutachter befürchten zu-dem einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der Währungsunion, da Schweden seine währungspoliti-sche Handlungsfreiheit aufgeben müsse. Die Unterneh-men verlören im Aussenhandel ihre Konkurrenzfähigkeit und müßten daher Personal entlassen (Vgl. Währungs-union nachteilig für Schweden. In: FAZ vom 5.11.1996). Erst Ende 1997 wird es zur alles entscheidenden Abstim-mung im schwedischen Parlament kommen (Fromlet 1996).

Wie in Norwegen und Finnland war man sich klar, daß der Ausgang des Referen-dums für die Lage der Frauen in den nor-dischen Ländern eine Jahrhundertent-scheidung sein würde.

**1.4. Wie tiefgehend ist der Rückschlag für die Frauen?**

Zu fragen ist, was von der schwedischen Wohlfahrtspoli-tik, die ihrem Anspruch nach auf eine Angleichung des



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

Lebensstandards über alle Bevölkerungsschichten und Lebenslagen hinweg ausgerichtet war, übrig geblieben ist. Und, wie die Perspektiven bezüglich der sozialen Lage der Frauen und Familien heute einzuschätzen sind. Jahrzehntlang galt Schweden als das Land, das sein weit gefächertes Niveau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen durch ein außerordentlich hohes Maß der Frauenerwerbsarbeit erwirtschaftet hatte. Nun ist man offensichtlich im Begriff, die Voraussetzungen für den so verstandenen Volkwohlstand zu untergraben. Seit Beginn der Rezession von 1990 hat sich die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt dramatisch verschlechtert, es ist ein kontinuierlicher Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit zu verzeichnen. 1995 war die Frauenerwerbsquote, die ihren Höhepunkt in den 80er Jahren mit 86% erreicht hatte, bereits auf 75% abgesunken (Beschäftigungsobservatorium -Trends 23/1995, 13). Damit liegt sie zwar noch weit über der deutschen Frauenerwerbsquote, die inzwischen bei knapp 60% liegt. Stark angestiegen – von 130.000 (1990) auf 230.000 (1993) ist aber auch der Anteil der unterbeschäftigten Frauen, d.h. unfreiwillig teilzeitbeschäftigten Frauen, die gerne mehr arbeiten möchten (Björnberg 1995, 29).

Explodiert auf für die SchwedInnen noch 1990 unvorstellbare Größen ist die Jugendarbeitslosigkeit. Sie beläuft sich bei den jungen Frauen zwischen 16 und 24 Jahren auf knapp 19% (Die schwedische Arbeitsmarktpolitik 1994. Tatsachen über Schweden). Die Arbeitslosenquote

der Frauen insgesamt liegt – wie in Finnland – noch etwas unter der der Männer (EU-Kommission 1996, 161). Die tiefen Verunsicherungen, unter denen die Schwedinnen heute leben, haben – wie in Ostdeutschland – zu einer rapiden Veränderung des generativen Verhaltens geführt. Mit 104.000 Geburten im Jahr 1995 kamen etwa 20.000 Kinder weniger zur Welt als 1990. Die familienpolitischen Sparmaßnahmen haben die Zahl der Geburten in einem Maße zurückgehen lassen, wie sie zuletzt vor mehr als 70 Jahren registriert worden ist (Ring 1996). Heute ist Schweden, ein Land, das geglaubt hatte, die Armut für immer beseitigt zu haben, auf dem Weg in eine sozial zerklüftete Gesellschaft. Der Zulauf zu den Volksküchen der durch Privatspenden finanzierten Wohlfahrtsorganisationen ist in den letzten Jahren stark angewachsen. Nicht mehr nur Obdachlose nehmen hier täglich Lunchpakete entgegen, sondern auch immer öfter Familien mit vielen Kindern, Kranke, Rentner und Arbeitslose (Zydra 1995).

## 2. „Vor allem die Norwegerinnen haben kaum Lust auf Europa“

### 2.1. Frauenfreundlicher Wohlfahrtsstaat – Realität oder Legende?

Eine diametral andere, hoffnungsfrohere, Entwicklung hat der norwegische Wohlfahrtsstaat in den 90er Jahren zu verzeichnen. Wie der schwedische wird auch der norwegische Sozialstaat in der feministischen und sozialwissenschaftlichen Literatur häufig als „frauenfreundlicher Staat“ vorgestellt. Als unterstützender Partner der Frauen habe das sozialdemokratisch geprägte Wohlfahrtsregime auch hier dazu beigetragen, daß Frauen ein selbstverständliches Verhältnis zum Beruf, zur eigenen Existenzsicherung und zum öffentlichen Leben entwickeln konn-

ten. Früher als anderswo sei dem Drängen der Frauen nach Teilnahme am politischen Leben positiv entgegengekommen worden (Hernes 1989).

Andere Norwegerinnen sehen den von Frauen erreichten Grad der politischen Einflußnahme in Norwegen skeptischer. Sie verweisen auf erhebliche Emanzipationsdefizite, vor allem im ökonomischen und sozialpolitischen Bereich und bezeichnen die These vom „frauenfreundlichen Wohlfahrtsstaat“ als eine schöne Legende (Leira 1993, 49). Die norwegische Wirtschaft sei – wie die nordische generell – „nach wie vor ein Männerverein“. Wenn heute auch 85% der Norwegerinnen zwischen 15 und 65 Jahren berufstätig seien, so sei der Arbeitsmarkt dennoch – wie in allen skandinavischen Ländern – horizontal und vertikal zu Lasten des weiblichen Geschlechts gespalten. Beinahe jede zweite erwerbstätige Frau arbeite nur halbtags, was – trotz existenzsichernder Grundrente – bekanntlich gravierende Sicherungslücken bei Arbeitslosigkeit und im Alter mit sich bringe (Wendland 1993).

Dennoch ist unverkennbar: die Norwegerinnen haben vom Ausbau des Wohlfahrtsstaats in den 80er Jahren erheblich profitiert. Dies gilt in besonderem Maße für die Tarif- und Einkommenspolitik, in die auch hier die sozialdemokratische Regierung seit 1986 im Zuge einer „solidarischen Lohnpolitik“ als dritter Partner durch gesetzliche Regulierung eingreift. Frauen konnten Einkommenszuwächse verzeichnen, die die Lohndiskrepanzen zwischen Frauen- und Männerlöhnen in einigen Branchen erheblich verringerten. So lag in 1980 der Durchschnittslohn weiblicher Industriearbeiter bei 84% des Lohnes der männlichen, im Jahr 1990 war er auf 90% angestiegen. Der für bundesdeutsche Verhältnisse unglaubliche Lohnausgleich (BRD 73%) zugunsten der Frauen ist auch hier weitgehend der zentralisierten Verhandlungsform und einer entschiedenen Politik der Einkommensanhebung der Niedrigverdiener zuzuschreiben. Ausdrückliches Ziel der Intervention des Staates war es zu verhindern, daß andere Arbeitnehmergruppen als die von den Hauptverbänden organisierten (beispielsweise gut dotierte Angestellte), höhere Lohnabschlüsse realisieren (Langeland/Nergard 1991, 738 -740).

### 2.2. Wärmste Empfehlungen für frauenpolitische Repräsentanz in der Regierung

Auch im politischen Bereich sind die Erfolge einer egalitären Ausrichtung der Politik unübersehbar. Norwegen ist seit Beginn der achtziger Jahre das Land mit der weltweit höchsten Beteiligung von Frauen an der Regierung. Als die Sozialdemokratin Gro Harlem Brundtland 1981 ihr erstes Kabinett präsentierte, befanden sich darunter acht Frauen. Ihr konservativer Nachfolger wollte 1986 dahinter nicht zurückstehen und nahm ebenfalls acht Ministerinnen in sein Kabinett auf. Mit einer 44prozentigen weiblichen Regierungsbeteiligung auch in der zweiten Regierung Brundtland (9 von 19 Kabinettsmitgliedern) hatte Norwegen im Jahr 1991 eine Konstellation erreicht, „die ich allen wärmstens empfehle“, wie die Regierungschefin bei ihrer Regierungserklärung der verblüfften Weltöffentlichkeit mitteilte (Kaiser 1991). Die nach dem überraschenden Abgang von Frau Brundtland Ende Oktober 1996 gebildete sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Thorbjörn Jagland hat immerhin wiederum acht Ministerinnen in ihrem Kabinett.

Norwegen leistete sich aber nicht nur die erste weibliche Ministerpräsidentin in Europa, auch die Vorsitzenden der drei größten Parteien und einiger Gewerkschaften

Die Norwegerinnen haben vom Ausbau des Wohlfahrtsstaats in den 80er Jahren erheblich profitiert.

sind weiblichen Geschlechts. Seit Beginn der 90er Jahre werden die politischen Fäden geschickt von einer Frauen-Troika gezogen, wenn auch oft in unterschiedliche Richtung. Die erfolglose Widersacherin von Gro Brundtland bei den Parlamentswahlen von 1993 war die konservative Parteiführerin Kaci Kullmann Five. Die erklärte und erfolgreiche Gegnerin beim EU-Referendum des Jahres 1994 war Anne Enger Lahnstein von der bäuerlichen Zentrumsparterie, die mit ihrem entschiedenen Anti-EU-Wahlkampf den Stimmenanteil ihrer Partei von 6 auf 18% erhöhen konnte.

Auch auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene ist die politische Repräsentanz der Norwegerinnen im europäischen Vergleich überragend. Bei den Kommunalräten stellen sie über 31% von den Bezirksräten und im Parlament stellen sie 40% der Abgeordneten (Pausewang 1993, 67). Dennoch ist einigen Norwegerinnen klar, daß sie mit der Eroberung von Abgeordnetensitzen nur begrenzt in die Sphären der Macht eingedrungen sind. Wie die Sozialpolitikerin Helga Hernes sagt, hätten Frauen erst dann in größerer Zahl Parlamentsmandate erungen, seitdem wichtige politische und ökonomische Entscheidungen nicht mehr in den nationalen Parlamenten, sondern zunehmend in nicht-öffentlichen Interessenclearings der supranationalen Bürokratien, der Großkonzerne und Verbände verhandelt werden (Hernes 1986, 174).

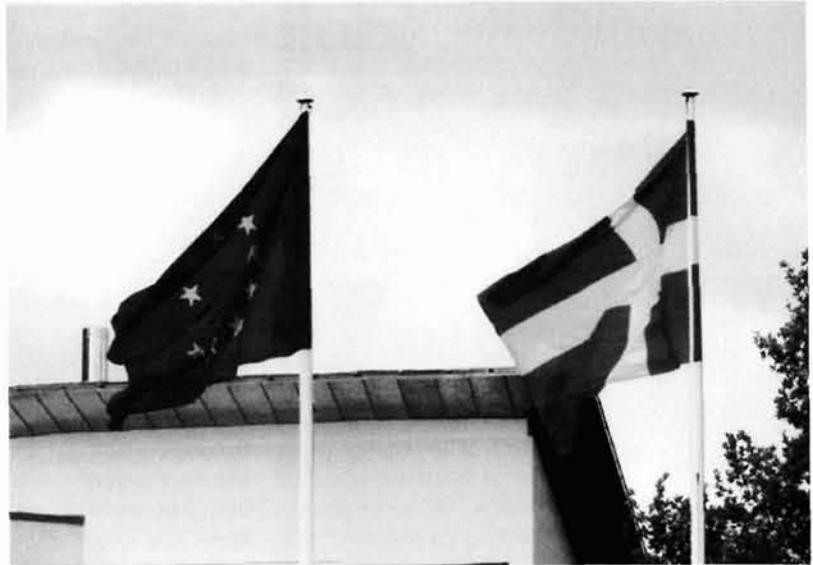
**2.3. „Wir sind gegen das übernationale System und gegen die Dominanz der marktwirtschaftlichen Triebkräfte“**

Dies ist auch ein wesentlicher Grund, warum viele Norwegerinnen gegenüber einer Mitgliedschaft in der EU außerordentlich reserviert waren und die seit 1991 voll auf eine Politik der Marktöffnung und Liberalisierung setzende Brundtland-Regierung nur noch von Fall zu Fall bei innenpolitischen Fragen Unterstützung fand. Viele Norwegerinnen befürchteten, daß ein EU-Beitritt die von ihnen erkämpften sozialen und politischen Rechte in Gefahr bringen könnte und daß die internen Entwicklungen hin zu einen sozial gespaltenen und erodierenden Wohlfahrtsstaat durch die internationalen Veränderungen noch verstärkt werden könnten. Die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und der demokratischen Selbstbestimmung wurden demzufolge den von der Brundtland-Regierung gepriesenen Ideen des sozialistischen Internationalismus und der Integration in die europäische Gemeinschaft vehement entgegengesetzt.

Ausgelöst durch die Wirtschaftskrise zu Beginn der 90er Jahre mit einer stark ansteigenden Zahl von Arbeitslosen (1990: 5%) waren – wie in den anderen nordischen Staaten – öffentliche Stimmen laut geworden, daß die äußerste Expansion des Sozialstaats nun erreicht sei, daß man den öffentlichen Sektor rasch den internationalen Bedingungen anpassen und der Privatisierung Vorrang geben müsse. Der ausgebauten Wohlfahrtsstaat habe zu Anspruchsdenken geführt und die Moral der Bevölkerung untergraben. Von Seiten der Großunternehmen und arbeitgebernahen Politikern war der Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen, ja sogar der wirtschaftliche Kollaps prophezeit worden, wenn Norwegen nicht der EU beitrete (Zank 1996).

**2.4. Tief verankerte EU-Skepsis**

In der Volksabstimmung vom 28. November 1994 haben sich die NorwegerInnen dennoch zum zweiten Mal mit



52,2 gegen 47,8% gegen den Beitritt zur EU entschieden. Erstmals hatten sie im Jahr 1972 die EG-Mitgliedschaft in einem Referendum verworfen. Das Kalkül der Ministerpräsidentin, daß es gelingen könnte, die Bevölkerung durch eine geschickte Referendums-Regie im mitreissenden Sog der erwarteten „Ja“-Voten nach Österreich, Finnland und Schweden, schließlich doch noch umzustimmen, scheiterte. Die sehr hohe Beteiligung am norwegischen Referendum (88,6%) im Vergleich zu Österreich (81,2%), Finnland (74%) und Schweden (83,3%) manifestierte, daß die Bevölkerung verstand, daß es bei dieser Volksabstimmung um eine Richtungsentscheidung ging. Der basisdemokratische Widerstand gegen den von der Regierung Brundtland und einer Parlamentsmehrheit befürworteten Beitritt speiste sich aus vielen Kräften:

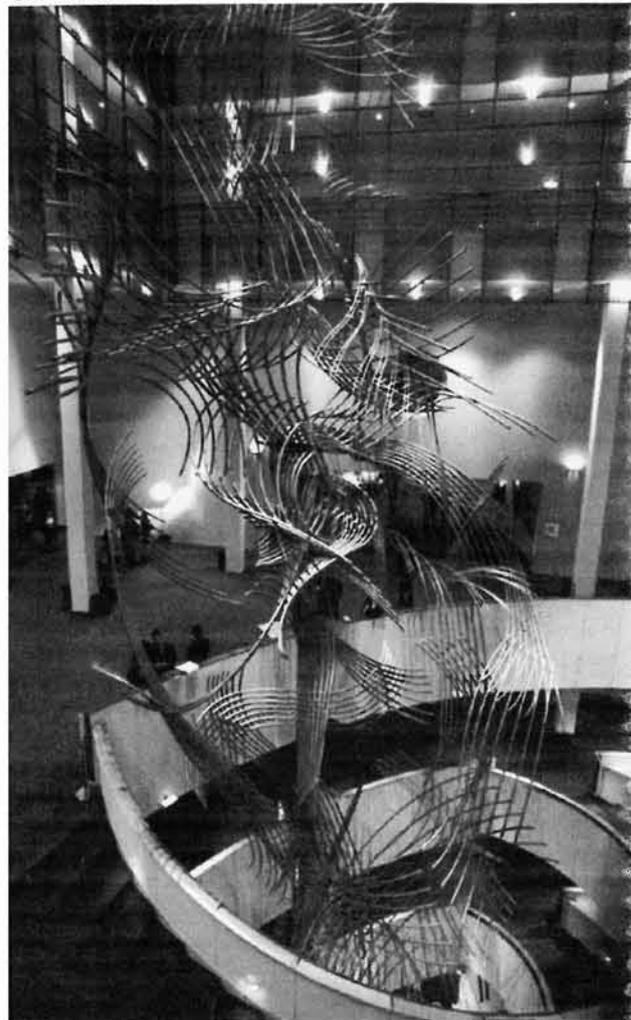
Während die städtischen Schichten in den dicht besiedelten Region des Oslo-Fjords eine engere wirtschaftliche Verflechtung mit den EU-Staaten eher befürworteten, fand die „Volksbewegung gegen die EU“ Unterstützung bei vielen Stammwählern der Arbeiterpartei, des Gewerkschaftsverbandes LO (FAZ vom 23.9.1994), bei den in den norwegischen Provinzen lebenden Bauern und Fischern, den Frauenverbänden, Jugendlichen und Umweltschützern. Wahlauswertungen belegten, daß die Nein-Entscheidung vor allem auf den großen Block der Frauen zurückzuführen war, die mit deutlichen 57% gegen die EU-Mitgliedschaft gestimmt hatten (Die Norweger 1994, 2).

Wahlauswertungen belegten, daß die Nein-Entscheidung vor allem auf den großen Block der Frauen zurückzuführen war.

**2.5. Norwegen bleibt EU-Außenseiter – doch der Wirtschaft des Landes geht es besser den je**

Zwei Jahre nach dem Referendum sieht es so aus, als ob sich die NorwegerInnen richtig entschieden haben, denn die Wirtschaft des Landes steht im europäischen Vergleich sehr gut da, die Betriebe verbuchen Rekordprofite. Der Staatshaushalt schloß 1996 mit einem Überschuß von 35 Milliarden Kronen (rd. 8 Milliarden DM), das Bruttoinlandsprodukt wuchs mit über 5% und die Arbeitslosenquote konnte von 7,2% (1992) auf 4% verringert werden (Zank 1996). Die vom Ar-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



beitgeberlager verkündeten ökonomischen Horrorvisionen haben sich also nicht erfüllt. Im Gegenteil. Ein Jahr nach der Nein-Abstimmung steckten ausländische Investoren rund zwei Milliarden DM in norwegische Betriebe, fast doppelt so viel wie im Jahr zuvor. Zweifelsohne: Die Erklärung für den öffentlichen Wohlstand der Norweger ist an erster Stelle das Öl. Mit dem Export von Öl und Gas verdienen sie etwa ein Drittel ihrer Exporteinnahmen, 11% der öffentlichen Einnahmen kamen 1995 aus Öl- und Gasquellen. Andererseits ist bemerkenswert: Statt der hohen Arbeitslosigkeit zu Beginn der 90er Jahre mit Privatisierung, Dezentralisierung und Deregulierung zu begegnen, reagierte die norwegische Politik eher durch Reregulierung und Re korporativisierung (Longva 1996, 764).

Norwegen hat sich dem von den internationalen Organisationen ausgehenden Privatisierungsdruck bislang erfolgreich widersetzt. Der Staat hat in Norwegen weiterhin eine enorm starke Position; er besitzt die Statoil, die Norsk Hydro liegt zu 51% in öffentlicher Hand, die beiden größten Geschäftsbanken sind zu zwei Dritteln staatlich, dazu kommen die Telenor, die meisten Stromerzeuger, die Eisenbahn und vieles mehr. Alles in allem ist

etwa die Hälfte der norwegischen Wirtschaft in Staatsbesitz. Gewerkschafter denken mittlerweile darüber nach, ausländische Kapitalanteile in der norwegischen Wirtschaft aufzukaufen, um noch mehr Einfluß auf die eigene Ökonomie zu bekommen (Zank 1996). Auch die sozialen Sicherungssysteme sind – anders als in Schweden – nicht be-

droht. Schließlich setzte Norwegen im Unterschied zu Schweden und Finnland auf die Fortführung „traditioneller“ Wohlfahrts-Politik wie umfassender sozialstaatlicher Leistungen, solidarischer Lohnentwicklung und einer starken Regulierung des Arbeitsmarktes. Teilweise wurde dies aufgrund der hohen Einnahmen aus der Erdöl- und Ergasproduktion möglich, aber auch die politischen und institutionellen Kräftefaktoren sind als Erklärungsfaktoren für die erfolgreiche Entwicklung des „norwegischen Weges“ bedeutsam.

## Literatur

- Beschäftigungsobservatorium -Trends 23/1995, 13.
- Björnberg, Ulla 1995: „Walküren“ im Parlament – Schwedens Frauen auf dem Gipfel der Emanzipation? In: Die Frau in unserer Zeit 2/1995, 23-32.
- Caesson, Anders 1994: Sweden after the Referendum. In: European Network News Nr. 2, December 1994.
- Deja-Löhhöfel, Brigitte 1993: Women in Europe – Opportunities and restrictions in an expanding Europe. Friedrich Ebert-Stiftung. Series Eurokolleg. Meckenheim, 1-15.
- Die Norweger sagen zum zweiten Mal nein zu Europa. In: FAZ vom 30.11.1994, S. 2.
- Die schwedische Arbeitsmarktpolitik 1994. Tatsachen über Schweden. Das schwedische Institut (Hrsg.) Stockholm.
- Erleichterung in Stockholm und Brüssel nach dem EU-Votum. In: FAZ vom 15.11.1994.
- Europäische Kommission 1996: Beschäftigung in Europa 1996. Luxemburg.
- Fromlet, Hubert: An Schwedens Finanzplatz wird die EWWU-Entscheidung herbeigeseht. In: Handelsblatt vom 20./21.12.1996.
- Gonäs, Lena 1993: Restructuring Public Sector and Women's Employment. Unpublished Paper. Arbetslivcentrum Stockholm 1993.
- Hailer, Hans -Joachim 1996: Keine Atempause nach dem Kraftakt. Die schwedische Wirtschaftspolitik steht vor einem Zielkonflikt. In: FAZ vom 6.11.1995, Beilage Schweden, S. 1.
- Hernes, Helga Maria 1986: Die zweigeteilte Sozialpolitik. Eine Polemik. In: Karin Hausen / Helga Nowotny (Hg.): Wie männlich ist die Wissenschaft? Frankfurt am Main.
- Hernes, Helga Maria 1989: Wohlfahrtsstaat und Frauenmacht. Essays über die Feminisierung des Staates. Baden-Baden.
- Huldt, Bo: Schweden und die Europäische Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/1996, 18-26.
- Kaiser, H. 1991: Couragiert für Gerechtigkeit. Portrait G. H. Brundlandt. In: Der Tagesspiegel vom 17.11.1991.
- Langeland, O. / Nergaard, K. 1991: Lohnausgleich für niedrige Arbeitseinkommen. Tarifpolitik und Lohnentwicklung in Norwegen 1980-1990. In: WSI-Mitteilungen 12/1991, S. 733ff.
- Leira, Arnlaug 1992: Welfare states and working mothers – The Scandinavian experience. Cambridge (University Press).
- Leira, Arnlaug 1993: The „woman-friendly“ welfare state? The case of Norway and Sweden. In: Jane Lewis (Ed.): Women and Social Policies in Europe. Aldershot.
- Longva, Frode: Regionale Beschäftigungspolitik in Norwegen – die letzte krampfhaftige Zuckung des Nationalstaates? In: WSI-Mitteilungen 12/1996, 763-773.
- Lutz, Felix Ph. 1995: Wieviel Europa darf es sein? In: FAZ vom 6.11.1995, Beilage „Schweden“, S. 2.
- Pausewang, Siegfried 1993: Lieber klein – als abhängig. Norwegische Parlamentswahlen gegen die EG? In: Sozialismus 11/1993, 66-68.
- Reform des Arbeitsrechts nach langem Tauziehen. Schweden – Erbitterter Widerstand der Gewerkschaften. In: Handelsblatt vom 13./14.12.1996.
- Ring, Georg 1996: Für Schweden begann ein rauhes Jahr – Einschnitte ins soziale Netz. In: Süddeutsche Zeitung vom 3.1.1996.
- Schmitz, Claus: Folkheim in Europa – was wird aus dem Modell Schweden? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1995, 320-330.
- Schwedens EU – Gegner siegt. Nein zum EU-Beitritt. In: Das Parlament vom 22.9.1995.
- Schwedens Wirtschaft froh über EU-Votum. Unternehmer mahnen solide Haushaltspolitik an. In: FAZ vom 15.11.1994.
- Stark Agneta 1992: Schwedische Frauen und EG. Vortrag Universität St. Gallen (Schweiz) am 17.1.1992 (unpubl.).
- Währungsunion nachteilig für Schweden? Gutachten vorgelegt – mehr Arbeitslose befürchtet. In: FAZ vom 5.11.1996.
- Wendland, Johannes 1993: Zwei vor, eins zurück. Die Norwegerinnen befürchten, daß ein EG-Beitritt ihre Rechte in Gefahr bringen könnte. In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 28.5.1993.
- Zank, Wolfgang 1996: Boom zur Unzeit – Norwegen bleibt EU-Außenseiter – doch der Wirtschaft des Landes geht es besser denn je. In: Die Zeit Nr. 40 vom 27.9.1996.
- Zydra, Markus: Carlsson auf dem Drahtseil – Neue Armut in Schweden bringt den Premierminister in Bedrängnis. In: Süddeutsche Zeitung vom 15./16./17.4.1995

spw

Rezension zu: „Grenzen der Globalisierung“ von Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (1996) sowie „Unternehmen Globus“, herausgegeben von Michael Bruch und Hans-Peter Krebs (1996)

**W**as ist Globalisierung und inwiefern hat sich die Rolle des Staates geändert? Diese beiden herausgehobenen Fragen werden in beiden Büchern unterschiedlich analysiert und beantwortet. Während die regulationstheoretische Herangehensweise sämtlicher Beiträge des „Unternehmen Globus“ stringent durchgehalten wird, bedienen sich Altvater und Mahnkopf der Möglichkeit des Theorie-Shoppings: „Wer also als Neoklassiker, Keynesianer, Marxist, Institutionalist die Welt zu erklären beansprucht, dürfte so lange schief liegen, wie nicht Ingredienzien verschiedener Ansätze kombiniert werden.“ (Altvater/Mahnkopf, S. 79).

Altvater und Mahnkopf produzierten auf über 600 Seiten die bisher umfangreichste wissenschaftliche Analyse über die ökonomische Globalisierung mit dem Anspruch, eine gesellschaftstheoretische Entschlüsselung des Begriffs sowie „provokante Alternativen“ zu liefern, unter Berücksichtigung der Entwicklungen in Produktion und Konsumtion, in Ökonomie und Politik, von Finanzmärkten und Ökologie. Es kann vorweggenommen werden, daß sich die auf lediglich fünfzehn Seiten kompakt formulierten Alternativen auf die Skizzierung der Elemente einer ökologisch-sozialen Entwicklungsbahn beschränken, sprich internationale Spekulation durch eine Tobintax belasten, Arbeit entlasten, die Arbeitszeit verkürzen und die Energie verteuern. Die Erarbeitung der Umsetzungsstrategien zugunsten einer alternativen Gesellschaftsform verbleibt als offene Aufgabe für die gesellschaftspolitischen Kräfte.

Die Durchsetzung der Alternativen, so Altvater und Mahnkopf weiter, führe zur Stärkung regionaler Kreisläufe, zu weniger globaler Konkurrenz, Verteuerung der Transporte und einer geringeren Arbeitsproduktivität. Dadurch würden die gewünschten Absichten eines arbeitsunabhängigen Einkommens, einer ökologischen Nachhaltigkeit und zusätzlicher Arbeitsplätze gewährleistet werden. Altvater und Mahnkopf bemerkten zurecht, „daß eine reali-

stische Problembeschreibung und ein realistisches Angebot der Problemlösung weit auseinanderfallen“ (Altvater/Mahnkopf, S. 575).

#### Die neue Globalisierung

Altvater und Mahnkopf betrachten „die Herstellung des kapitalistischen Weltsystems (...) nach 1989 als abgeschlossen“, nicht aber den Globalisierungsprozeß, der auch weiterhin Zeit und Raum entdimensioniere, allerdings ohne je den Anspruch auf „Globalität“ erheben zu können (ebd., S. 11), da erstens die Anpassungsleistungen an die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung einen „sozialen Streß“ erzeugten und zweitens es ausgeschlossen sei, „daß auf dem begrenzten Globus grenzenlos, wie es die monetär gesteuerte Akkumulationsdynamik verlange, Stoffe und Energien verbraucht werden“ (ebd., S. 44). Neu an dem gegenwärtigen Globalisierungsprozeß seien insbesondere die durchlöchernten natürlichen Konkurrenzgrenzen (Distanz) durch niedrigere Transport-, Transaktions- und Kommunikationskosten, die erst den direkten Vergleich der Produktionskosten ermöglichen würden. Weil die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen sich im Preis nicht niederschlagen, sind Kosten nur noch von der Produktivität der Arbeit, von den Lohnkosten, dem Wechselkurs, den öffentlichen Subventionen, den Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Güter sowie von den Möglichkeiten der „Externalisierung“ privater Kosten als soziale Kosten in den globalen Umwelttraum abhängig (ebd., S. 41). Damit hätte der Globus eine neue Zeit- und Raumkompaktheit erfahren.

Aber solange die Nationalstaaten und der Weltmarkt existieren, wird die ökonomische Globalisierung sich zwischen totalem Freihandel und völligem Protektionismus bewegen, da im Falle des globalen Freihandels der nationale Wirtschaftsraum an Bedeutung verlöre und im Falle totaler Protektion es keinen Weltmarkt gäbe. Der freie Weltmarkt provoziere also protektionistische Maßnahmen von Standorten (ebd., S. 383). Der „neue“ Protektionismus hinge jedoch „mit dem Zerfall der hegemonialen Ordnung und mit den Versuchen, die fehlenden oder fehlgehenden Regulationsleistungen anstelle der internationalen Institutionen durch national-

# Globalisierung und Nationalstaat

von Rainer Zugehör\*

staatliche – oder suprastaatliche, regionale – ‘Alleingänge’ zu substituieren (ebd., S. 384). Wichtiger als die traditionellen nationalstaatlich-territorialen stofflichen seien heute die wertmäßig-monetären Protektionismen des nationalen (oder: regionalen) Währungsraums (ebd., S. 388). Ausschließlich die Geldvermögensbesitzer würden profitieren, da durch eine stabile oder gar aufgewertete Währung der Realwert (Kaufkraft) der Vermögensbesitzer steigt, ohne realwirtschaftliche Wertschöpfung oder Profite gemacht zu haben. Dies ginge zu Lasten der exportierenden Industrie, die durch erhöhte Preise an Konkurrenzfähigkeit verlöre (ebd., S. 178). Die in Maastricht beschlossenen Konvergenzkriterien für die europäische Währungsunion schrieben nun die „Stabilitätsgemeinschaft“ kaum mehr revidierbar fest.

#### Internationalismus in der Regulationstheorie

Christian Schmid, aber auch Ronald Noppe und Karin Waringo, kritisieren im Buch „Unternehmen Globus“ den fehlenden oder verkümmerten internationalen Ansatz der Regulationstheorie; die Globalisierung würde lediglich als Krise des Fordismus oder Übergang zum Postfordismus abhakt (Krebs, S. 24). „Der Nationalstaat ist gewissermaßen die archetypische Form kapitalistischer Regulation (Lipietz 1985) und bildet, als politische, ökonomische und ideologische Einheit, den gesellschaftlichen Nexus des sozialen Formationsprozesses und der gesellschaftlichen Territorialität“ (Schmid, S. 242). Die globale Ebene konstituiere sich nur vermittelt über die nationale Ebene, der Nationalstaat bliebe weiterhin

*„Wer also als Neoklassiker, Keynesianer, Marxist, Institutionalist die Welt zu erklären beansprucht, dürfte so lange schief liegen, wie nicht Ingredienzien verschiedener Ansätze kombiniert werden.“ (Altvater/Mahnkopf)*

\* von Rainer Zugehör, freier Journalist; lebt in Bonn, Mitglied im Nord-Süd-Forum der SPD.



das relevante Terrain für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (ebd., S. 242). Insofern stößt die Regulationstheorie bei der Analyse an selbst gesteckte Grenzen. „Insofern der Regulationsansatz nicht als eine Theorie der nationalen Fordismen mit der Krise dieser Formation als obsolet betrachtet werden soll, erscheint es uns (...) erforderlich, die in den letzten Jahren neu entstandene Qualität der Transnationalisierung zu berücksichtigen“, schließen Noppe und Waringo in ihrem Artikel über das Fallbeispiel der Telekommunikation im Zuge der Transnationalisierung der Ökonomie (Noppe/Waringo, S. 156).

Globalisierung ist nach Hans-Peter Krebs, der in seinem Beitrag die historische Entwicklung des Fordismus skizziert, „eben keine ‚begriffslogische‘ Weiterentwicklung ‚des‘ Kapitals, sondern hat bestimmte Akteure, findet in bestimmten sozialen Umfeldern statt und impliziert spezifische Kräfteverhältnisse – ist selbst ein Kräfteverhältnis (und kein Ultra-Imperialismus)“. Er spricht wegen des scheinbaren lokalen Umsetzungs-zwanges der global vorgegeben Größen, wie auch Altwater/Mahnkopf, von „Glokalisierung“ (Krebs, S. 27f). Auch für Christian Schmid beschreibt das Globale die dominierende Konstante und das Lokale als abhängige Variable. „Globalisierung wird zu einem einseitigen Vorgang, der Prozesse umfaßt, die oberhalb und scheinbar außerhalb nationalstaatlicher, regionaler und städtischer Ebenen Form gewinnen

und sich gleichsam durch einen Trichter in die untergeordneten Ebenen ergießen“ (Schmid, S. 231).

#### Die Rolle des Nationalstaats

Völlig unterbelichtet im gesamten Buch von Bruch und Krebs ist die Funktion der globalen Finanzmärkte, die Altwater und Mahnkopf als von den gesellschaftlichen Prozessen „entbettet“ und als entscheidenden Faktor für die realwirtschaftliche Entwicklung beschrieben haben. Demnach fungiere Geld auch nur noch zu einem Prozent als Zirkulationsmittel und zu 99 Prozent als Zahlungsmittel (Gläubiger-Schuldner-Verhältnis). Aufgrund der verstärkten Orientierung auf finanzielle statt reale Investitionen infolge einer hohen realen Zinsrate hätte eine Entkoppelung von monetärer und realer Akkumulation stattgefunden. Damit stiegen die Investitionen in Finanzanlagen und verschärften somit die Konkurrenz um Zinssätze auf den Finanzmärkten, die sich auf die Währungsparitäten und schließlich auf die Exportwirtschaft auswirkten.

Die Nationalstaaten hätten die Zinssouveränität an die globalen Finanzmärkte verloren, so Altwater und Mahnkopf, ohne einen Nachweis dieser bedeutenden, aber lapidar formulierten These, geliefert zu haben (Altwater/Mahnkopf, S. 404). Eine expansive keynesianischen Geldpolitik sei anachronistisch, da der Zins durch die internationalen Märkte vorgegeben sei. Das gleiche gelte für die nationalstaatliche Bildung der Löhne angesichts der öko-

nomischen Globalisierung (ebd., S. 404). Erst die Deregulierungsmaßnahmen der westlichen Regierungen im Bereich der internationalen Finanzmärkte in den 1970er Jahren hätten die Voraussetzung für das Funktionieren der Standortlogik geschaffen, da Staaten mit massivem Kapitalabfluß bestraft werden könnten.

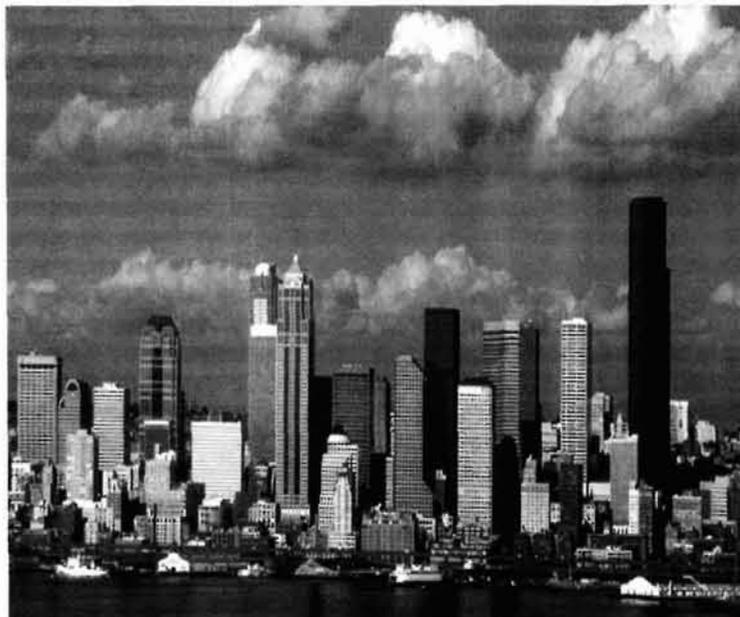
Auch bei dieser beliebten Standardformulierung, gerade wenn es um höhere Steuerlasten für die Vermögenden geht, fehlt der Nachweis über die Qualität und Wirkung des Kapitalabflusses auf die Gesellschaft insgesamt. Der Nationalstaat und dessen politische Handlungskompetenz wird bei Altwater/Mahnkopf auf dem Altar des „Sachzwangs Weltmarkt“ geopfert, ohne daß dies wissenschaftlich nachzuvollziehen wäre. Das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) aber hat 1995 nachgewiesen, daß die Bundesrepublik ihre Geld- und Zinssouveränität sogar ausbauen konnte. Altwater und Mahnkopf gehen darauf überhaupt nicht ein, es paßt ihnen natürlich nicht ins Konzept. Denn beide Autoren verfolgen konsequenterweise ihre Hauptthese: „Im Zuge der umfassenden Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft ist dem Nationalstaat die monopolistische Herrschaft über den territorialen Raum abhanden geraten, auf den sich traditionellerweise die Staatseigenschaft der Souveränität und ihre Fähigkeit zur Ein- und Ausgrenzung beziehen“ (ebd., S. 376).

Vielmehr ist der Nationalstaat Opfer des neoliberalen Projekts der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Das neoliberale Projekt ist Voraussetzung für eine differenzierte Ausweitung der ökonomischen Internationalisierung, die den keynesianischen Wohlfahrtsstaat sukzessive zum nationalen Wettbewerbsstaat (Joachim Hirsch) formiert. Der sogenannte Sachzwang des Weltmarktes ist somit kein Naturereignis, sondern politisch inszeniert, um eine neoliberale Wirtschaftspolitik alternativlos erscheinen zu lassen. Die Beschreibung des neoliberalen Projekts ist bei Altwater und Mahnkopf leider unterbelichtet, da die ökonomische Internationalisierung als im System inhärent angesehen wird, die im gegenwärtigen Stadium kaum noch alternative Konzepte zuließe.

*„Globalisierung ist (...) keine ‚begriffslogische‘ Weiterentwicklung ‚des‘ Kapitals, sondern hat bestimmte Akteure, findet in bestimmten sozialen Umfeldern statt und impliziert spezifische Kräfteverhältnisse – ist selbst ein Kräfteverhältnis.“*  
(Hans-Peter Krebs)

**Das Dilemma der fordistischen Linken**

Hans-Peter Krebs sieht die nationale fordistische Linke im Dilemma. Entweder sie befördere einen wohlstandschauvinistischen Klientelismus bestimmter sozialer Gruppen und Schichten unter Inkaufnahme einer zunehmenden Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft oder sie träte für die Verteidigung und Fortführung des bisher territorial umfassenden fordistischen Kompromisses (Sozialstaat und Tarifautonomie) ein. Wahrscheinlich aber gelinge ihr dann „der Spagat zu den neuen Anforderungen des 'Wettbewerbsstaates' angesichts einer globalisierten Ökonomie“ nicht mehr (Krebs, S. 34f). Hans-Jürgen Bielings fatalistischer Ausblick kann frustrieren: „Da kein Ausweg erkennbar ist, 'implodiert' die soziale Krise. Sie bleibt tendenziell unpolitisch und kann von seiten des Staates technokratisch-administrativ entsorgt werden“ (Bieling, S. 84). Die supranationale Ebene und die lokale Regulierungsebene gewinnen somit gegenüber dem geschwächten Nationalstaat an Gewicht. Für Alex Demirovic steht ebenso fest: „Es kommt also insgesamt zu einer partiellen und selektiven Schwächung staatlicher Kompetenzen und zur Transformation des Nationalstaats“, da die fiskal- und



vor allem finanzpolitischen Spielräume des Wohlfahrtsstaats verschwänden (Demirovic, S. 94f).

Nach Hans-Peter Krebs ergeben sich aus verbleibender mikroökonomischer Sicht für den Nationalstaat demnach lediglich zwei Lösungsperspektiven: „Senkung der Reallöhne, d.h. Verschiebung der Distributionsverhältnisse (Neotaylorismus)“ und „Erhöhung der Produktivität, d.h. neue Formen der Einbindung von Arbeitskräften in den Kampf um Pro-

duktivität und Qualität (Kalmariemus)“ (Krebs, S. 27).

Im „Unternehmen Globus“ wird zwar eine exzellente Analyse der „Krise des Fordismus“ geboten, ähnlich wie bei Altvater und Mahnkopf, aber kaum Ansatzpunkte für dessen Überwindung. Daher bleibt die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen und besonders deren Umsetzungsstrategien die große Aufgabe der gesellschaftspolitischen Akteure. spw

**„Mansfelder Forum“ versammelt Parteilinke in Sachsen-Anhalt**

In Sachsen-Anhalt hat sich unter dem Namen „Mansfelder Forum“ eine sozialdemokratische Linke konstituiert und ihre politischen Grundsätze öffentlich vorgestellt. Vorangegangen war eine mehrmonatige Debatte über die Aufgaben des Kreises und die Funktion des Grundlagenpapiers. Das jetzt vorgelegte Papier soll an alle Kreisverbände zur Diskussion versandt werden. Über die 21 Erstunterzeichner/innen hinaus soll dabei für Unterstützung geworben werden.

Auch wenn zur „Zusammenarbeit aller linken Kräfte“ an prominenter Stelle des Papiers Aussagen getroffen werden, nimmt die Frage nach einer Kooperation mit der PDS im Mansfelder Forum nicht so breiten Raum ein wie in anderen linken

Zusammenhängen in der ostdeutschen SPD. Das dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß es über die im „Magdeburger Modell“ real praktizierte Kooperation in der sachsen-anhaltischen SPD keinen Rechts-Links-Konflikt gibt. Wichtiger ist den Initiatoren des Papiers die Verständigung darüber, daß die Inhalte des in Sachsen-Anhalt begonnenen Reformprojekts in einer „Großen Koalition“ keinen Bestand haben können.

Die Gruppe der Erstunterzeichner/innen stellt einen Querschnitt durch die Landespartei dar. Zu ihnen gehören ein Regierungsmitglied, mehrere Landtagsabgeordnete und Landesvorstandsmitglieder, Kreisvorsitzende, Hauptamtliche, Gewerkschafter und außerparlamentarisch Aktive.

*Martin Kreams*

## Linke Perspektiven für das „Land der Reformen“

**Grundsätze der Sozialdemokratischen Linken in Sachsen-Anhalt**

Thesen des Mansfelder Forums

1. Richtschnur unseres politischen Handeln bleibt das in der Geschichte der Sozialdemokratie verwurzelte, zuletzt im Berliner Grundsatzzprogramm formulierte Ziel, eine am Demokratischen Sozialismus orientierte Gesellschaft zu gestalten. (..)

2. Wir erleben eine Zeit, in der deutlich wird, daß auch die „sozia-

le“ Marktwirtschaft ihre Schwächen hat und sie ohne Regulation alleine nicht in der Lage ist, Gerechtigkeit zu schaffen. (...)

3. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenleben. Wir erstreben die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern. ...

4. Wir wollen die Politik, die im nationalen und im europäischen Rahmen Verantwortung für die Lösung globaler Probleme übernimmt. (...)

5. Gerade für die Menschen im Osten wird immer spürbarer und offenkundiger, daß die herkömmlichen Mittel und Methoden nicht mehr taugen, um die sozialen und ökologischen Probleme dieser Gesellschaft zu lösen. Wir wollen strukturelle Verkrustungen aufbrechen, Reformblockaden überwinden und auf eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Erneuerung der Gesellschaft drängen. Es genügt nicht, die Verhältnisse hier im Osten Deutschlands allein an westlichen Strukturen, Gegebenheiten und Gewohnheiten ausrichten zu wollen. Wir wollen auch unter Rückbesinnung auf die Erfahrungen des Umbruchs 1989 und auf das Leben zuvor neue, eigenständige Wege zur Lösung anstehender gesellschaftspolitischer Probleme gehen. Wir sind davon überzeugt, daß die Erfahrungen der Menschen in Ostdeutschland unverzichtbar sind für die Gestaltung der Zukunftsaufgaben in dieser sich verändernden Republik.

6. Pflicht eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates ist es, das Recht auf Arbeit als Menschenrecht im Sinne von Vollbeschäftigung durchzusetzen. Arbeit muß neu und gerecht verteilt werden. Das gilt auch für die Verteilung zwischen Erwerbs- und Hausarbeit zwischen Männern und Frauen. Bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit allein oder vornehmlich auf die Kräfte des Marktes zu setzen, lehnen wir ab. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß stärker denn je auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Es gilt Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Massenarmut muß verhindert, die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme durch einen Lastenausgleich erhalten werden.

7. Wir wollen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform und eine Steuerpolitik zugunsten der Benach-

teiligten und Schwächeren der Gesellschaft. Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltbelastungen müssen stärker besteuert werden.

8. Wir halten fest am gleichen Recht auf Bildung und Kultur für alle Menschen unserer Gesellschaft. Schüler, Auszubildende und Studenten sind finanziell so zu unterstützen, daß sie ihren Berufsweg unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gehen können. Das duale Ausbildungssystem ist durch eine solidarische Finanzierung nach dem Prinzip „Wer nicht ausbildet, muß zahlen“ zu sichern. Das Schul- und Hochschulwesen muß reformiert werden.

9. Wir werden alles tun, Verständnis, Achtung und Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Nationen und Kulturen zu fördern. Entschieden wenden wir uns gegen jegliche Form von Fremdenhaß und Ausländerdiskriminierung. Wir wollen die Integration der Ausländerinnen und Ausländer verbessern.

10. Wir wollen dazu beitragen, Politikverdrossenheit und Resignation zu überwinden. Dazu wollen wir eine grundlegende Erneuerung und Modernisierung aller staatlichen Gewalten, der parlamentarischen Demokratie, der Verwaltung und Justiz. Administrative Erstarrungen müssen überwunden, Machtmißbrauch verhindert und ungerechtfertigte Privilegien abgeschafft werden. Der Rechtsstaat lebt von der Akzeptanz seiner Institutionen. Deshalb müssen diese von bürokratischen Auswüchsen befreit, einfacher, transparenter und effizienter gestaltet werden. Um mit ihrer Politik zu überzeugen und zu mobilisieren, müssen Politiker in ihrem Handeln auch selbst Aufrichtigkeit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit beweisen. Wer für die Sozialdemokratie politische Verantwortung übernimmt, sollte die Probleme offen und konstruktiv anpacken, uneigennützig handeln, Solidarität vorleben und sich auch selbst bescheiden können.

11. Wir wollen versöhnen statt ausgrenzen. Ziel muß es sein, Brücken zu bauen und alle einzubeziehen, die die Zukunft demokratisch mitgestalten wollen. Ehemalige SED- und Blockparteimitglieder, die sich mit den Zielen der Sozialdemokratie identifizieren, sollten stär-

ker auch für eine Mitgliedschaft in der SPD gewonnen werden. Auch diejenigen, die Mitverantwortung getragen und Schuld auf sich geladen haben, dürfen nicht auf Dauer aus dem politischen Leben ausgegrenzt werden.

12. Außerparlamentarisch und in den Vertretungskörperschaften wollen wir mit allen progressiven, nach sozialer Gerechtigkeit strebenden Kräften zusammenarbeiten. Um die Gesellschaft zu erneuern, streben wir ein breites Reformbündnis an. Die „Erfurter Erklärung“ findet unsere grundsätzliche Unterstützung. Wir gehen davon aus, daß die SPD ihre politische Gestaltungskraft nur bewahren und entfalten kann, wenn sie sich links der Mitte etabliert und bereit ist, mit allen anderen linken Kräften zusammenzuarbeiten. Ziel muß es sein, die Wortführerschaft in einem solchen Bündnis zu übernehmen. Sachsen-Anhalt hat mit seinem „Magdeburger Modell“ bundesweit für Aufsehen gesorgt und gezeigt, daß es möglich ist, auch politische Wege zu gehen, die nicht in die festgefügteten Politikstrukturen der bisherigen Bundesrepublik passen. Den eingeschlagenen Reformkurs wollen wir auch nach den Landtagswahlen im Jahr 1998 fortsetzen. In Anti-Reformbündnissen mit konservativen Kräften sehen wir dagegen die Gefahr, daß die SPD an politischer Gestaltungskraft verliert. Das gilt auch für eine „Große Koalition“ mit der CDU.

Nach einem intensiven Gesprächsprozeß im „Mansfelder Forum“ möchten wir nun mit diesen Thesen einen Diskussionsprozeß innerhalb und außerhalb der SPD Sachsen-Anhalts anstoßen.

Wir hoffen auf breites Interesse und eine kontroverse und konstruktive Debatte.

*Eisleben, im März 1997*

ErstunterzeichnerInnen  
Norbert Bischoff, Frank Bogisch, Mechthild Bolik, Ronald Brachmann, Jens Bullerjahn, Josef Albert Dütsch, Roman Dütsch, Jürgen Heyer, Dieter Hirche, Harald Koch, Martin Krems, Robert Marhold, Tobias Marhold, Rainer Metke, Uwe Mitsch, Susi Möbbeck, Axel Oppold, Jens Rannenber, Martin Rieß, Marco Stekel, Jürgen Wolf.

spw

**Außerparlamentarisch und in den Vertretungskörperschaften wollen wir mit allen progressiven, nach sozialer Gerechtigkeit strebenden Kräften zusammenarbeiten. Um die Gesellschaft zu erneuern, streben wir ein breites Reformbündnis an.**

Mit „Ein Berliner Experiment“ überschrieb die FAZ einen Artikel auf der Meinungsseite und fügte als Unterüberschrift hinzu: „Die SPD kehrt alte Erfolgsrezepte der Parteipolitik um“. Der Autor kam anschließend gleich zum Kern der Sache: „Im sozialdemokratischen Forschungslabor Wege zur Mehrheit und zum Machterhalt verfolgt die Berliner SPD derzeit das härteste Experiment. Die Berliner Finanzsenatorin Fugmann-Heesing, der Berliner SPD-Fraktionschef Böger und andere führende SPD-Landespolitiker arbeiten an dem Versuch, die Partei nach der katastrophalen Niederlage (23,6% der Stimmen bei der Berliner Wahl im Herbst 1995) für Wählermehrheiten wieder vertrauenswürdig zu machen. Ihre Versuchsmethode kehrt dabei die gängigen Erfolgsrezepte der Parteipolitik nahezu um: Der Bevölkerung werden Zumutungen statt Verheißungen in Aussicht gestellt; der eigenen Klientel werden Verluste an Organisationsmacht und programmatischer Behaglichkeit angekündigt, statt ihr eine Aussicht auf personellen Einflußgewinn und ideelle Traditionstreu zu zeigen“ (FAZ vom 25.1.97).

Da die Berliner politischen Verhältnisse in der Vergangenheit schon mehrfach gut für Vorreiterrollen und Pioniertaten waren, soll dieses „Experiment“ hier näher untersucht werden, nicht zuletzt auf seine Tauglichkeit hin, auch für andere Kommunen und Länder und womöglich gar für die Bundesebene als Vorbild zu dienen.

Zunächst ein Blick auf die Bedingungen des Experiments. Zwei Voraussetzungen sind es vor allem, die den Rahmen bilden: Die beispiellos schlechte, fast schon aussichtslos zu nennende Finanzsituation des Landes und die versteinerten politischen Verhältnisse, die jegliche Aussicht auf die Bildung eines rot-grünen Reformbündnisses für die Stadt blockieren, da dafür auch die Abgeordneter der PDS benötigt würden.

Die vor diesem Hintergrund immer erfolgloser agierende Große Koalition - im März 1991 noch angetreten zur Bewältigung der Probleme des Zusammenwachsens der beiden Stadthälften - verlor denn auch die Wahlen im Oktober 1995, ohne allerdings zugleich die Mehrheit einzubüßen. Besonders getroffen wurden die Sozialdemokraten, sie stürzten von 30,4% auf dürrtige

23,6%. Es bedurfte dreier Parteitage, um die innerparteiliche Opposition niederzuhalten und das gescheiterte Bündnis von CDU und SPD erneuern zu können.

#### Wie eine neue Identität der Partei geschaffen wird

Eingekeilt in eine komplizierte Lage, in der ein „weiter so“ nach den dramatischen Stimmenverlusten nicht mehr möglich war, konfrontiert mit kolossalen Haushaltsproblemen, die weitere unpopuläre Sparmaßnahmen bereits absehbar machten, und angesichts der scheinbar unentrinnbaren Perspektive der traurigen Existenz eines zudem noch geschwächten Juniorpartners der CDU, beschloß man im Führungskreis der Berliner SPD, sich auf die Suche nach einer neuen, unverwechselbaren Identität zu machen. In nur wenigen Wochen wandelte sich die Berliner SPD von einer Partei, die noch im Wahlkampf unter der Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer, seinerzeit amtierend als Senatorin für Soziales und Gesundheit, die Fragen sozialer Ausgrenzung, wachsender Armut und die der notwendigen Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit mit einem Programm zur Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne stellte, in eine politische Kraft, die nach Konsolidierung, Sparsamkeit und Selbstbeschränkung rief.

Die einzelnen Elemente dieser neuen Identität waren allerdings von der Opposition, insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen, bereits im Wahlkampf präsentiert worden. Im Sommer 1995 versuchte sie die wachsende Verschuldung der Stadt zum zentralen Thema in dem sich müde dahinschleppenden Wahlkampf zu machen. Arm in Arm hatten damals noch sowohl CDU als auch SPD diese nüchternen Feststellungen, insbesondere der haushaltspolitischen Sprecherin der Bündnisgrünen, Michaele Schreyer, seinerzeit als Schwarzmalerei und Panikmache zu Lasten des Standortes Berlin brüsk zurückgewiesen. Walter Momper war es, der Michaele Schreyer als „grüne Maggie Thatcher“ karikierte. Man muß ihm zugute halten, daß er damals noch nicht den Namen Annette Fugmann-Heesing kannte.

Nun jedoch, gebeutelt durch ein niederschmetterndes Wahlergebnis, griff man dankbar nach dem Strohalm, übte ein wenig Selbstkritik

## Völlig losgelöst

oder: Wie sich die Berliner SPD eine neue Basis sucht

von Andreas Wehr\*

und erklärte zerknirscht, daß man sich wohl geirrt haben müsse. Inszeniert wurde die Kehrtwendung effektiv bereits kurz nach den Wahlen vom 23. Oktober 1995. In der Mitgliederzeitung „Berliner Stimme“ vom 4.11.95 forderte der Fraktionsvorsitzende Klaus Böger „einen schonungslosen Kassensturz“ und befand, daß „die finanzpolitische Wurstelei des Finanzsenators“ nicht länger hingenommen werden könne, da sie geeignet sei, „die Handlungsfähigkeit der Berliner Politik zu lähmen.“

#### Der neue Kurs: „Klarheit und Wahrheit“

Was sind nun die Kernelemente dieses Kurses? In mehreren ausführlichen Interviews gegenüber Berliner Zeitungen und in Reden auf Parteitagen haben sowohl der Fraktionsvorsitzende Klaus Böger als auch die Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing Auskunft über die Grundlagen ihrer Politik gegeben. Es soll versucht werden, an Hand ihrer eigenen Aussagen den ideologischen Inhalt des neuen Kurses in Umrissen kenntlich zu machen.

1. Die in der Tat ausgesprochen schwierige Finanzsituation Berlins wird nicht in einen Zusammenhang mit bundesweiten politischen Entscheidungen, etwa in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik, gestellt. Bekanntlich sind durch diese Vorgaben auch andere Kommunen und ganze Bundesländer in eine finanzielle Schiefelage geraten. Selbst das rücksichtslose Zusammenstreichen der Berlinförderung durch die Bundesregierung in nur wenigen Jahren wird nur am Rande erwähnt. Ein entsprechender Parteitagsbeschuß, der diese Bedingungen benennt und für einen Blick

*Durch das bewußte Verrühren der unterschiedlichsten Ursachen der Haushaltslage zu einem Brei werden politische Verantwortlichkeiten nicht mehr erkennbar. Kritik wird auf diese Weise entwaffnet, Widerstand und bewußtes Eingreifen werden blockiert.*

\* Andreas Wehr, Mitglied des SPD-Landesvorstands Berlin

über den Tellerrand wirbt, blieb weitgehend folgenlos. Hausgemachte Defizite und bundespolitische Vorgaben werden in einem Atemzug als „Probleme der Stadt“ benannt und zur „Wirklichkeit“ stilisiert. Eines der beliebtesten Schlagworte von Annette Fugmann-Heesing ist denn auch „Wirklichkeitsverweigerung als Krankheit“ (so bereits in ihrer Rede auf dem Landesparteitag am 21.9.96, zitiert nach Berliner Stimme vom 12.10.96, S. 3). Konstatiert wird die „völlige Veränderung von Rahmenbedingungen, die Umdenken von allen Seiten erfordert“ (Tagesspiegel vom 30.6.96). Nach ihrer Einschätzung sind die Berliner dabei aber schon ein Stück vorangekommen: „Ich finde, daß die Bevölkerung dieser Stadt gut reagiert hat. Sie ist bereit, sich mit der Wahrheit auseinanderzusetzen“ (Berliner Zeitung vom 26.8.96).

Durch dieses bewußte Verrühren der unterschiedlichsten Ursachen der Haushaltslage zu einem Brei werden politische Verantwortlichkeiten nicht mehr erkennbar, mit dem Ergebnis, daß irgendwie jeder für alles Verantwortung trägt. Kritik, etwa an der für die Kommunen ruinösen Finanzpolitik der Bundesregierung, wird auf diese Weise entwaffnet, Widerstand und bewußtes Eingreifen werden blockiert. Man stelle sich nur einmal vor, die demonstrierenden Bergarbeiter hätten sich mit den Rahmenbedingungen des Subventionsabbaus im Steinkohlebergbau für die Regionen des Ruhrgebiets und des Saarlandes abgefunden. Sie hätten wohl nicht allzuviel erreicht.

2. Da jeder Verantwortung für die entstandene Situation trägt, soll auch jeder zu ihrer Bewältigung beitragen. Klaus Böger: „Ich bleibe dabei. Es steht alles zur Prüfung an. Nicht nur Soziales oder Kulturelles, auch im Bau- oder Verkehrsbereich. Das ist keine pragmatische, sondern eine prinzipielle Sicht“ (Neues Deutschland vom 6.9.96). „Es gibt in Berlin - in beiden früheren Teilen der Stadt - historisch bedingt sicherlich auch eine Versorgungsmentalität. Man ist gewohnt, staatliche Leistungen in erheblichem Umfang zu erhalten und sich nicht hinreichend mit der Frage auseinanderzusetzen zu müssen, wie die Wirtschaft und damit die Einnahmeseite aktiviert werden kann, damit Einnahmen und Ausgaben zur Deckung gebracht werden“, so Annette Fug-

mann-Heesing am 26.8.96 in der Berliner Zeitung. Ausdrücklich sieht sie diese „Versorgungsmentalität“ in der gesamten Bundesrepublik: „Aber wichtig ist, daß wir diesen Leidensdruck ummünzen in eine positive Strukturdiskussion. Das gilt übrigens für die gesamte Bundesrepublik. Wir stehen gesellschaftspolitisch an einem Punkt, an dem wir öffentliche Leistungen neu überdenken müssen“ (Tagesspiegel vom 30.6.96). Leidensdruck soll demnach nicht Widerstand hervorrufen, sondern zu Anpassung und Verzicht führen. Staatliche Transferleistungen zugunsten der sozial Schwachen werden hier nicht nur neutral behandelt und aus dem historischen Kontext herausgelöst, in dem sie einst errungen werden konnten, mehr noch: Sie werden rücksichtslos zur Disposition gestellt.

### Neoliberalismus und politische Naivität

3. Haushaltspolitik verbleibt allein im Rahmen der neoliberalen Standortkonkurrenz. Zum Beispiel der Messeausbau: Hier hatte die Chance bestanden, durch das Stoppen eines Bauabschnitts erhebliche Mittel einzusparen, zumal nur kostenträchtige Überkapazitäten entstehen werden. Annette Fugmann-Heesing sieht das anders: „Die Messe ist ein wichtiger Standortfaktor. Wir müssen die Stadt als Dienstleistungs- und Handelszentrum stärken. Im scharfen Wettbewerb der deutschen Messeplätze müssen wir die Messe konkurrenzfähig halten“ (Tagesspiegel vom 1.7.96). Und der Fraktionsvorsitzende Klaus Böger weiß zu berichten: „Seit 1990 hat sich die Welt geändert. Stichwort Globalisierung. Der müssen wir uns stellen. Nicht mit Überbordwerfen von SPD Gesellschaftskonzepten. Aber mit der Einsicht, daß das Sozialstaatsmodell 'Bundesrepublik/alt' nicht erhalten werden kann. Um den Sozialstaat überhaupt zu halten, sind Reformen nötig“ (Neues Deutschland vom 6.9.96).

An welche „Reformen“ dabei gedacht wird, machte die neue Finanzsenatorin gleich in ihren ersten Auftritten klar. Zum Entsetzen aller sozialdemokratischen Bildungspolitiker forderte sie die Verkürzung der Schulzeit von dreizehn auf zwölf Jahre, das Ende der Lernmittelfreiheit und eine sogenannte Akademikersteuer: „Diejenigen, die eine vom Staat finanzierte hochqualifizierte Ausbildung erhalten und danach

entsprechend gut verdienen, müssen dann zu einer ebenso guten Ausbildung der nächsten Generation beitragen“ (Tagesspiegel vom 30.6.96). Sie hat allerdings nicht verraten, wie mit einer solchen Akademikersteuer die Haushaltslöcher Berlins kurzfristig gestopft werden können.

4. Der restriktive Kurs in der Haushaltspolitik wird als vorübergehende, notwendige Einschränkung, als Durststrecke interpretiert. Sozialdemokratische Reformpolitik hat es danach gegeben, wird es irgendwann wieder geben, sie kann nur leider gegenwärtig nicht finanziert werden. Rückschritte bei öffentlichen Leistungen, der Abbau sozialer Transferzahlungen und Privatisierungen öffentlichen Eigentums werden daher gern auch als Beiträge zur Zukunftssicherung gesehen. „Ich halte es für ursozialdemokratisch, die Zukunft zu sichern. Wenn wir jetzt keine Konsolidierung schaffen, dann gibt es in drei, vier Jahren keine Politik mehr in dieser Stadt“ (so Annette Fugmann-Heesing in der taz vom 12.7.96). Und: „Ich bin nicht für Rückzug, sondern für Umbau des Staates. Das bedeutet, daß wir natürlich alles untersuchen, ob es noch seinen Zweck erfüllt. Ob der Mitteleinsatz stimmt. Es wird zur Beendigung, zur Kürzung und zur Streckung von staatlichen Leistungen kommen. Ideal wäre es, wenn wir Raum für neue Aktivitäten finden. Aber daran, daß man offen sagen, ist in unserer Situation nicht zu denken. (Annette Fugmann-Heesing in ihrer Rede auf dem Landesparteitag am 21.9.96, a.a.O.).

Die dahinter stehende Vorstellung, es bedürfe nur einer gewissen, unausweichlichen Anpassung der Politik an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen, eines Umbaus und dann ginge es mit dem gründlich renovierten und fit gemachten Sozialstaat auf dem kurvenreichen sozialdemokratischen Weg schon irgendwie weiter, ist wohl ehrenhaft, aber, gelinde gesagt, ausgesprochen naiv. Und überhaupt: Wie will man dann „nach der Konsolidierung“ wieder „zukunftsfähig“ im sozialdemokratischen Sinne werden? Einmal privatisiert ist auf nicht absehbare Dauer privatisiert, eine soziale Leistung wird doch wohl kaum deshalb wieder aufgestockt, nur weil die „da unten“ mal wieder dran sind. Die gesellschaftlichen Kräfte, die dies alles in der Zukunft bewerkstelligen müßten, werden zudem durch eine solche Politik Tag für Tag entmutigt und desorientiert. Jeder Angestellte und Ar-

*Jeder Angestellte und Arbeiter, der sich heute gegen Privatisierungen wehrt, beweist mehr Einblick und Kenntnis vom wirklichen Lauf der Dinge, als die gesamte Riege sozialdemokratischer Senatorinnen und Senatoren in Berlin.*

beiter, der sich heute gegen Privatisierungen wehrt, beweist letztlich mehr Einblick und Kenntnis vom wirklichen Lauf der Dinge, als die gesamte Riege sozialdemokratischer Senatorinnen und Senatoren in Berlin.

**Der Konflikt um die Privatisierung der BEWAG**

Zu einer ersten schweren Auseinandersetzung um den neuen Kurs der Berliner SPD in der Haushaltspolitik kam es anlässlich der Entscheidung, die bisherige Aktienmehrheit von 50,8% des Berliner Energieversorgungsunternehmens BEWAG zu verkaufen. Die Parteilinke wie auch die Gewerkschaften versuchten, diese Entscheidung zu verhindern.

Über einen Verkauf der BEWAG wird bereits seit gut 1 1/2 Jahren gesprochen und verhandelt. Vor allem die CDU brachte eine Veräußerung aller Berliner BEWAG-Anteile immer wieder ins Gespräch. Vom Berliner CDU-Vorsitzenden und Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen wurde klargestellt, daß der Verkauf öffentlichen Eigentums auch aus ordnungspolitischen Gründen ausdrücklich gewollt wird.

Noch in den Koalitionsverhandlungen bestand die SPD auf den Verkauf von lediglich 25,8% der Aktien, wonach beim Land eine Sperrminorität verblieben wäre. Ausdrücklich waren in der Anlage zur Koalitionsvereinbarung vom 23.1.96 eine Reihe von restriktiven Bedingungen ge-

nannt worden, unter deren Beachtung lediglich ein Verkauf „geprüft“ werden sollte. Vor Beginn der Koalitionsverhandlungen gab es einen Konsens in der Partei, daß ein Verkauf öffentlichen Eigentums nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden darf. In einem gemeinsamen Positionspapier formulierten am 1. November 1995 die damaligen sozialdemokratischen Senatoren, die früheren Landesvorsitzenden Walter Momper und Dietmar Staffelt, der Fraktionsvorsitzende Klaus Böger und der brandenburgische Landesvorsitzende Steffen Reiche: „In diesem Zusammenhang (gemeint war die Sanierung des Berliner Haushalts, A.W.) darf es eine Veräußerung öffentlicher Beteiligungen nicht nach kurzfristigen finanzpolitischen Erfordernissen geben.“ Der damalige Wirtschaftssenator Norbert Meisner erklärte gar: „Ein Verkauf wäre ein Verrat an der SPD“ (Berliner Zeitung vom 18.12.95). Wohlgedacht: Damals ging es nur um jene 25,8%, nicht um den inzwischen beschlossenen gänzlichen Verkauf der Landesanteile. Und: Damals ging es darum, mit der Herausstellung sozialdemokratischer Grundsatzzpositionen möglichst viele von der Notwendigkeit der Neuauflage einer großen Koalition zu überzeugen.

Doch bereits im Herbst 1996 verständigte sich der Senat auf die Aufgabe des gesamten Landeseigentums an der BEWAG und folgte da-

mit der Linie der CDU. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Klaus-Rüdiger Landowsky brachte die Haltung seiner Partei auf den Punkt: „Ich gehe an diese Frage ganz pragmatisch heran: Berlin hat 50 Milliarden DM Schulden und 150 Milliarden DM an Vermögen - warum die ganze Aufregung?“ (Berliner Morgenpost vom 27.1.97). Es mag zwar so sein, daß auch die Finanzsenatorin die vollständige Privatisierung wenigstens nicht so schnell gewollt hatte, allein schon deshalb, weil ein solcher Verkauf ja nur einmal Geld in die Kassen bringt und zudem der Druck zur Reduzierung von Ausgaben in anderen Bereichen allzu schnell nachläßt. Grundsätzliche Bedenken hatte sie allerdings nie. Im Gegenteil: Bereits vor der entscheidenden Sitzung des Senats hatte sie einen Gesamtverkauf der BEWAG angeregt.

*Am Konflikt um die BEWAG-Privatisierung wurde die dramatische Einflußlosigkeit der Gewerkschaften auf die SPD und damit auf die Berliner Politik deutlich.*

**Parteilinke und DGB niedergestimmt**

Von der Parteilinken wurde eine Alternative zu der angestrebten Aufgabe des Landesbesitzes an der BEWAG vorgelegt, in der durch Einsparungen in vielen einzelnen Bereichen die geforderte Summe erbracht worden wäre. Dieser Vorschlag wurde ohne weitere Begründung als nicht praktikabel zurückgewiesen. Der DGB präsentierte ein Fondsmodell, nach dem die landeseigenen Unternehmen einen Kredit aufnehmen und ihn an den Landeshaushalt weiterreichen. Die Zinsen für diesen

**Blätter für deutsche und internationale Politik**

Jürgen Habermas  
Über den öffentlichen Gebrauch der Historie  
Warum ein „Demokratiepreis“ für Daniel Goldhagen?

Jan Philipp Reemtsma  
Abkehr vom Wunsch nach Verleugnung  
Über „Hitlers willige Vollstrecker“  
als Gegenstück zur „historischen Erklärung“

Daniel Jonah Goldhagen  
Modell Bundesrepublik  
Nationalgeschichte, Demokratie  
und Internationalisierung in Deutschland

Norbert Mappes-Niediek  
Von Albanien nach Rumänien  
Unruhen und Umbrüche in Südosteuropa

Andrei S. Markovits/Philip S. Gorski  
Das Erbe der Neuen Linken - Grüne Optionen

Staatsverschuldung: Ruin oder Rettung?  
Beiträge von Adrian Otrnad und Jörg Hultschmid

**4'97**

Einzelheft: 15,00 DM im Abonnement

**Demokratiepreis 1997**  
Democracy Prize 1997

**Goldhagens „Modell Bundesrepublik“**

– vorgestellt bei der Verleihung des diesjährigen Demokratiepreises der Blätter in Bonn – hat die Kommentatoren ebenso verblüfft, wie 1996 sein Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ erst einmal auf Abwehr stieß. Eine Provokation? Ein gewendeter Goldhagen?

Die neue Deutschland-Debatte ist überfällig. Was wird aus der Bundesrepublik? Sind die Deutschen wirklich im Westen angekommen? Mündig? Normal?

**Reif für den Schlußstrich?**

Lesen Sie, was Goldhagen wirklich sagte. Lesen Sie Jürgen Habermas und Jan Philipp Reemtsma. Und vieles mehr.

**Im Wortlaut. Blätter. Das neue Heft ist da.**

Jeden Monat auf 128 Seiten:

Chronik mit weltweitem Überblick; politisch-wissenschaftliche Analysen; Hintergrundberichte; Streitgespräche; Wirtschafts- und Umweltinformationen; Medienseite; wichtige Verträge, Urteile, Papiere im Wortlaut.

**Bestellcoupon** Blätter Verlagsgesellschaft  
Postfach 2831, 53018 Bonn  
Tel. 0228 / 65 01 33, Fax 0228 / 65 02 51

**Ich möchte**

- ein **kostenloses älteres Probeheft**
- ein **Probeabo: die Hefte 4'97 und 5'97** (19 DM inklusive Versand und Porto)
- ein **Jahresabo** (121,80 DM / 97,80 DM ermäßigt, jeweils inklusive Versand und Porto)
- Mitglied im gemeinnützigen Förderverein** werden und die Blätter als Mitgliederzeitschrift erhalten. Senden Sie mir Info-Material.

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_ SPW497

**mfm**  
**medienagentur für menschenrechte**

**Frankreich/Türkei:**

**Spendenaktion für  
türkeikritische Journalistin**

Am 6. Februar 1997 wurde die deutsche Journalistin, Gewerkschafterin und Menschenrechtlerin **Ursula Ünlü** von der 14. Kammer des Großen Pariser Strafgerichtes wegen angeblicher »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung« zu einer 2-jährigen Haftstrafe mit fünfjähriger Bewährungszeit verurteilt. Außerdem erhielt sie ein dreijähriges Einreiseverbot für Paris und Umgebung. Vorher durfte sie 17 Monate lang die französische Hauptstadt nicht verlassen, ihren Beruf als Journalistin nicht mehr ausüben. Nach Einschätzung von unabhängigen Beobachtern und Gewerkschaftsvertretern ist das Urteil der Pariser Justiz ein **Gesinnungsurteil**. Ursula Ünlü sympathisiert mit der prokommunistischen DHKC, und sie hat bisher überwiegend türkeikritische Arbeit geleistet. Für die Beschuldigungen wurden keine Beweise vorgelegt!

**Ankara beeinflusst inzwischen auch die Justiz in den europäischen Staaten.**

mfm startet eine Solidaritäts- und Spendenaktion, um vor dem Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg exemplarisch eine Klage gegen die französische Republik zu führen. Denn Ursula Ünlü wurde (bei Berufsverbot) vom französischen Staat 17 Monate lang die Zahlung von Sozialhilfe verweigert, ein klarer Bruch des Europäischen Fürsorgeabkommens. Um den Prozeß finanzieren zu können, benötigen wir Beistand!

**Gegen staatliche Willkür hilft nur die Solidarität derer, die die Menschenrechte ernst nehmen.**

*Spendenkonto:* medienagentur für menschenrechte, Postcheckkonto Hannover, Nr.: 6569 15-305, BLZ: 250 100 30. Stichwort: Ünlü

Kredit sollten aus den Gewinnen der städtischen Unternehmen gezahlt werden (so der Berliner ÖTV-Vorsitzende Kurt Lange im Tagesspiegel vom 9.1.97). Auch dieser Vorschlag wurde ohne jede nähere Prüfung vom Tisch gefegt.

**Rinks und lechts in der Berliner Politik**

Der neue Kurs der Berliner SPD scheint die politischen Koordinaten in der Stadt völlig zu verändern. Seitdem sich die Sozialdemokraten als Partei des schlanken Staates und der Modernisierung begreifen, besetzt die CDU - und hier besonders der Fraktionsvorsitzende Landowsky - demagogisch die Rolle des nachdenklichen Bremsers und Mahners, der sorgenvoll darauf achtet, daß der kleine Mann nicht zu kurz kommt. Geschickt stellte er die Finanzsenatorin als kalte und technokratische Sparkommissarin dar, die von den Nöten der Menschen nichts versteht. „Politik muß ein Gespür für die persönlichen Arbeitsplatzsorgen haben. Man darf den Bürgern nicht mit Kälte und Teilnahmslosigkeit begegnen. Für Eberhard Diepgen und mich haben Arbeitsplätze und Sicherheit oberste Priorität“ (Klaus-Rüdiger Landowsky in der Berliner

Morgenpost vom 16.3.97). Gewürzt wurde diese Parteinahme für die Entrechteten mit genau geplanten Ausflügen in rechtspopulistische Demagogie. So beließ man es in der CDU nicht beim Lob der Sozialdemokraten für ihren Beschluß zur Privatisierung der BEWAG, sondern Landowsky fügte sogleich hinzu, daß das Unternehmen in deutscher Hand bleiben müsse.

Der demagogischen Annäherung der CDU an die Sorge und Nöte der sozial Schwachen entspricht die bewußt gewollte Entfernung der Sozialdemokraten von ihrer eigentlichen Klientel. Als reiche der gegen die Gewerkschaften durchgedrückte Privatisierungsbeschluß nicht aus, traten sie noch nach: Der von der SPD gestellte Vorsitzende des für die Stadtfinanzen zuständigen Hauptausschusses, Klaus Wowerit, befand, daß die BEWAG-Mitarbeiter einen „Status wie im Paradies“ genossen (Die Welt vom 22.1.97). Auch Walter Momper stieß sich an vermeintlichen Privilegien der Mitarbeiter: „Wer sich mit Hilfe des Mehrheitsigners Senat üppige Strompreise genehmigt, setzt auch Speck an. Die BEWAG muß sich endlich dem Wettbewerb stellen. Alle haben etwas davon, wenn die Stromtarife sinken“ (Die Welt vom 22.1.97).

Die Antwort der Gewerkschaften ließ nicht lange auf sich warten. Der ÖTV -Vorsitzende Kurt Lange befand: „Die Distanz wächst auch mit jeder solcher Äußerung. Wären da nicht jene in der Berliner SPD, die vor Ort für Arbeitnehmerinteressen kämpfen - die Distanz wäre unüberbrückbar“ (Berliner Stimme vom 1.3.97). Noch weiter ging der Vorsitzende der DAG, Hartmut Friedrich: „Der letzte Parteitag der SPD hat die Spaltung zwischen den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten erkennen lassen und weiter betrieben: Die Ignoranz nicht weniger Delegierter gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die vor dem Parteitag ihre Ängste artikulierten, hätte auf einem FDP-Parteitag nicht ausgeprägter sein können. Über diesem Parteitag schwebte der Geist der CDU, die Beschlüsse zum Totalausverkauf überwiegend im Landesbesitz befindlicher Berliner Unternehmen waren da die leider nur noch logische Folge“ (Berliner Stimme vom 5.4.97). Jener Hartmut Friedrich gehörte übrigens nach der Wahl im Oktober '95 zu den ent-

schiedenen Befürwortern der großen Koalition.

**SPD ohne politisch-ideologischen Kern?**

Das Berliner Experiment des Umbaus einer Partei an ihrem Körper ist in der SPD gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Denjenigen, die es vorantreiben, schweben als zu gewinnende sozialdemokratische Wähler die milieunabhängigen, aufgeschlossenen und in jeder Hinsicht mobilen und modernisierungswilligen Bürger vor. Diese gilt es, wenn es nicht anders möglich ist, auch unter Zurücklassung traditioneller Wählerschichten, zu erreichen. So wie man sich selbst gesellschaftlich einordnet, sollen auch die eigenen Anhängerinnen und Anhänger sein. Dabei übersehen aber diese Parteimodernisierer, daß es sich dabei um ein relativ kleines und zudem um ein auch von den übrigen Parteien heftig umworbenes Bevölkerungssegment handelt.

Im Unterschied zur Berliner SPD verfügen aber die konkurrierenden Parteien CDU, PDS und Bündnisgrüne - die einen im Westteil, die anderen im Ostteil der Stadt - über relativ gefestigte Wählerblöcke, von denen aus sie weitgehend gefahrlos operieren können. Eine an der Berliner Freien Universität erstellte Studie über das Wahlverhalten der Berlinerinnen und Berliner bei der Abgeordnetenhauswahl kam zu dem Schluß, daß „der Anteil der Wähler, die sich schon bei vorangegangenen Wahlen, etwa der Bundestagswahl 1994, für dieselbe Partei entschieden, bei der SPD unter allen Parteien weitaus am geringsten sei. Auch hätten sich jene Wähler, die sich von der SPD abwandten, in alle politischen Richtungen zerstreut. Die Wählerschaft der SPD setze sich aus Gruppen mit unterschiedlichsten Wertvorstellungen zusammen, sie sei heterogener als bei allen anderen Parteien“ (zitiert nach FAZ vom 4.11.95).

Am Ende des Experiments könnte demnach eine Partei stehen, der es zwar immer mal wieder gelingt, Wählergruppen aus allen möglichen Richtungen kurzzeitig zu bündeln, die aber keinen politisch-ideologischen Kern mehr besitzt, um den sich dauerhaft eine auch in schwierigen Zeiten stabile Stammwählerschaft gruppieren kann. Eine solche Partei würde es vielmehr schwer haben, sich in einer sich zuspitzenden Polarisierung zu behaupten. **spw**

*Am Ende des Experiments könnte eine Partei stehen, der es zwar immer mal wieder gelingt, Wählergruppen aus allen möglichen Richtungen kurzzeitig zu bündeln, die aber keinen politisch-ideologischen Kern und keine stabile Stammwählerschaft mehr besitzt.*

## „Last Exit Dallas“?

Am Ende des 20. Jahrhunderts steckt die Linke in einer paradoxen Konstellation. Der globale Kapitalismus erlebt seit 1974/75 Erschütterungen wie zuvor nur in der „Großen Depression“ der dreißiger Jahre. Trotz der tristen „realwirtschaftlichen Performance“ aber feiert konservative Ideologie einen beispiellosen Triumph, und das keineswegs nur wegen des – mit den Worten eines US-Verteidigungsministers – „winselnden Verlöschens“ des „Sozialismus sowjetischen Typs“.

Zu denen, die eine solche Konstellation prognostiziert hatten, gehört Ernest Mandel. In seinem Hauptwerk „Der Spätkapitalismus“ bestand er – mitten in der „Wirtschaftswunder-Ära“ mit Vollbeschäftigung und superben Wachstumsraten – auf der „existenziellen Krisenhaftigkeit“ der kapitalistischen Weltökonomie. Zugleich entwarf er – trotz aller Hoffnungen auf eine Offensive der Linken – ein verblüffend realistisches Szenario des Scheiterns sozialdemokratischer Konjunktursteuerung und der Restauration „marktradikaler“ Politik.

Aber ebenso ist seine Analyse Dokument einer emphatischen Illusion. Der Begriff „Spätkapitalismus“ suggerierte den nahen Bankrott des Kapitalismus – auch wenn Mandel diesen Ruin als politische Tendenz, nicht als ökonomischen Automatismus bestimmte.

**Wissenschaftliche Unbefangenheit und radikales Engagement**

Mandel erscheint heute als einer der bedeutendsten Vertreter eines undogmatischen Marxismus – nicht diskreditiert durch Zustimmung zum „marktwirtschaftlichen Illusionismus“ der Sozialdemokratie oder zur Diktatur der „realsozialistischen“ Bürokratie.

Er wurde am 5. April 1923 als Kind jüdischer Eltern in Frankfurt am Main geboren. Mit ihnen ging er in die Emigration nach Antwerpen. Während der deutschen Besetzung Belgiens war er in der Widerstandsbewegung aktiv, kam ins KZ. Er überlebte. Später lehrte er an der Université Libre in Brüssel Ökonomie. Berufungen an die FU Berlin und die Universität Tübingen wurden „administrativ“ blockiert.

Seine Veröffentlichungen umreißen einen ungewöhnlich weiten Horizont: von den Krisen der US-Wirt-

schaft bis zu den Chancen eines „offenen Marxismus“, von der Ästhetik des Kriminalromans bis zu den Mythen sowjetischer Geschichtsschreibung.

In den sechziger und siebziger Jahren war Mandel – offen, lebhaft, aber auch verletzlich, manchmal etwas professoral – einer der wichtigsten Sprecher des „neuen“ Trotzismus. Aus dem „Sozialistischen Lager“ warf man ihm „dreiste feindliche Hetze“ vor. Er gehörte zu den wenigen Menschen, die zeitweise Einreiseverbot in beiden deutschen Staaten hatten. Er starb am 20. Juli 1995.

International bekannt wurde er mit der 1962 zuerst in Frankreich erschienenen „Marxistischen Wirtschaftstheorie“. In ihr versuchte er nicht nur, die fragmentarische, oft verzerrt dargestellte „Politische Ökonomie“ von Marx zu rekonstruieren, sondern auch einige ihrer Lücken zu schließen – wie die Analyse der „zyklischen Bewegung der Akkumulation“ oder der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Besonders interessierte ihn – Stichworte Monopolisierung, Staatsintervention, Systemkonkurrenz – die „fiebergeschüttelte Dynamik“ des Kapitalismus im 20. Jahrhundert.

**„Spätkapitalismus“?**

„Der Spätkapitalismus“, erschien 1972, handelt von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, vom Konfliktpotential der „Wohlstandsgesellschaften“. So anspruchsvoll und differenziert auch die Versuche sind, eine Linie etwa von der Marxschen Werttheorie zu den Verwerfungen der US-Wirtschaft in der Ära Kennedy/Johnson zu ziehen – wichtiger scheinen heute die politischen, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Analysen und Prognosen dieses Buches.

Als Mandel es schrieb, formierte sich – in Kontrast zum „Staatssicherheits-Sozialismus“, aber auch zur unaufhaltsam in die „Mitte“ driftenden Sozialdemokratie – weltweit eine „Neue Linke“. Der „Mai 68“ brachte die „autoritäre Demokratie“ General de Gaulles ins Wanken, von Glasgow bis Palermo erhob eine radikalisierte Gewerkschaftsbewegung ungewohnte Forderungen nach Kontrolle der Investitionsentscheidungen, der „Weltpolizist“ USA geriet nicht nur in Vietnam, sondern auch gegenüber der Antikriegsbewegung im eigenen Land in die De-

# Ernest Mandel: Theoretiker der kapitalistischen Krise

von Winfried Roth\*

fensive, 1970 gewann der „revolutionäre Sozialist“ Salvador Allende die Präsidentschaftswahlen in Chile, in Prag und Warschau forderten „Reformer“ einen „authentischen“ Sozialismus, und selbst das Packeis der „Adenauer-Republik“ wurde durch die Studentenbewegung und die Proteste gegen die Notstandsgesetze aufgebrochen. In einer Zeit ausklingender Prosperität fand fundamentale Kapitalismuskritik, fanden die Veröffentlichungen Mandels erstaunliche Resonanz.

**Das „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus**

Damals, kurz vor dem Desaster, das der „Ölpreisschock“ nur auslöste, proklamierte die „mainstream“-Ökonomie den Fortschritt von der „Wohlstands-“ zur „Überflugesellschaft“. Mandel dagegen rechnete mit der Rückkehr zum „gewöhnlichen Kapitalismus“ – und behielt recht. Drei Jahre nach Erscheinen seines Buchs war das „Wirtschaftswunder“ im Dunst der Depression verschwunden.

Für das „Goldene Zeitalter“ der fünfziger und sechziger Jahre hatte Mandel alles andere als mythische Erklärungen: Erstens die nachhaltige „Umverteilung“ zugunsten des Kapitals während des Faschismus in Deutschland und Japan, während der staatlich organisierten „Kriegswirtschaft“ in den USA und Großbritannien. Zweitens das Überangebot billiger Arbeitskräfte: in der BRD kamen vor den „Gastarbeitern“ Millionen Flüchtlinge aus dem Osten, in anderen Ländern wurden zahllose Bauern und Landarbeiter aus der zügig „durchindustrialisierten“ Landwirtschaft „freigesetzt“. Drittens die

*Aus dem „Sozialistischen Lager“ warf man ihm „dreiste feindliche Hetze“ vor. Er gehörte zu den wenigen Menschen, die zeitweise Einreiseverbot in beiden deutschen Staaten hatten.*

\* Winfried Roth, Diplom-Volkswirt, freier Journalist in Berlin

„Systemkonkurrenz“ zwischen „real existierendem Sozialismus“ und „sozialer Marktwirtschaft“.

Die beiden ersten Faktoren begünstigten – zusammen mit dem „Technologieschub“ des Krieges, vom Düsenflugzeug bis zum Kernreaktor, zusammen aber auch mit massiven staatlichen „Anschubfinanzierungen“, etwa dem Marshall-Plan – einen Investitionsboom. Die Antwort auf die „kommunistische Herausforderung“ hieß: ein faszinierendes Angebot bezahlbarer Konsumgüter, reißfeste soziale Sicherungsnetze, Vollbeschäftigung.

Anfang der siebziger Jahre waren die Fundamente dieses Modells, so Mandel, brüchig geworden; er ging von einer Überlagerung konjunktureller und struktureller Krisenmomente aus. Anzeichen eines „Trendbruchs“ sah er im heftigeren Aufflackern von Rezessionen (in der Bundesrepublik etwa 1967), in der Zerrüttung des westlichen Währungssystems (1971 fiel der „Gold-Dollar-Standard“ auseinander), in dem schärferen „Verteilungskampf“ zwischen „Nord“ und „Süd“ (1973 folgte die Konfrontation mit der OPEC).

### Das Modell der „Langen Wellen“

Der Theorie der „Langen Wellen der Wirtschaftsentwicklung“ widmete Mandel 1980 auch eine Monografie. Die Grundthese: seit dem Ende des 18. Jahrhunderts hat es in der kapitalistischen Weltwirtschaft vier „epochale“ Entwicklungszyklen gegeben, jeweils zwanzig bis dreißig Jahre Prosperität, zwanzig bis dreißig Jahre Depression – Grundströmungen unter den kurzfristigen Os-

zillationen der Konjunktur.

Zum ersten Mal analysiert wurden solche „Mega-Trends“ in den zwanziger und dreißiger Jahren, vor allem von Nikolai Kondratieff und Joseph Schumpeter – oft ist auch die Rede von „Kondratieff-Zyklen“. Im Gegensatz zu ihnen erklärt Mandel den Übergang zur Prosperität nicht oder nur beiläufig durch „technologische Basisinnovationen“ oder das Auftauchen besonders dynamischer „Entrepreneurs“.

Mögliche Voraussetzungen von „Goldrausch“, „Gründerzeiten“, „Wirtschaftswundern“ laut Mandel: die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen „Kapital“ und „Arbeit“ mit einer durchgreifenden Senkung der Reallöhne; Kapalexport in nicht oder nur oberflächlich „erschlossene“ Regionen des Weltmarkts; eine „historische“ Verbilligung von Rohstoffen oder „produktionsbezogenen“ Dienstleistungen (etwa Transport und Telekommunikation). Mit einem Wort: die durchschnittliche Kapitalrendite steigt. Was aber, wenn der Tiger anfängt, sich in den Schwanz zu beißen? Prosperität „in the long run“ heißt Vollbeschäftigung, Vollbeschäftigung heißt Arbeitskräftemangel, Arbeitskräftemangel heißt Reallohnsteigerungen. Rationalisierung und aggressivere Konkurrenz führen zu einer steigenden „Kapitalintensität“ der Produktion, die ebenfalls die Profitrate gefährdet. Die Folge: eine stagnative Grundströmung unterspült das dynamische Glück.

Wenn Mandel den Beginn der letzten „expansiven Welle“ auf Mitte der vierziger Jahre datiert, ist der Krieg für ihn *ein* Faktor unter anderen. Vertraut man dem statistischen

Modell, dann wäre die Prosperitätsphase um 1970, die anschließende „Große Depression“ jetzt, Mitte der neunziger Jahre, zu Ende.

Allerdings: anders als bei den kurzen Zyklen ist schon der empirische Nachweis langer „Wellen“ umstritten – zu ungenau sind die internationalen Statistiken gerade des 19. Jahrhunderts. Kaum exakt zu bestimmen ist außerdem der Einfluß politischer „Verwerfungen“ – Kriege und Re-

volutionen – auf die langfristige Wirtschaftsentwicklung.

### Die Illusion des „krisenfreien Wachstums“

Dabei schien es einmal, als seien Rezessionen, Krisen, „Große“ Depressionen für immer in die Schatten der Vormoderne verwiesene Ungeheuer. Unter sozialdemokratischen Politikern herrschte Euphorie über die Möglichkeiten der „Globalsteuerung“. Der Glamour des schwedischen „Wohlfahrtskapitalismus“ oder die Erfolge des „sozialdemokratischen Erhard“ Karl Schiller bei der „Bewältigung“ der schweren Rezession von 1966/67 schienen ihnen recht zu geben.

Doch noch bevor der Glaube an die definitive „Verstetigung des Wachstums“ sich durchgesetzt hatte, wurde er von der tristen Wirklichkeit dementiert. Auf dem Höhepunkt des Optimismus behauptete Mandel ein drohendes Versagen der Konjunktursteuerung.

Die entscheidenden Punkte seiner Kritik: steigende Zinslasten – der Preis kreditfinanzierten „Gegensteuerns“ – engen den Spielraum der Wirtschaftspolitik rasch ein; die staatlichen Impulse für private Investitionen bleiben oft zu diffus oder lösen nur „Mitnahmeeffekte“ aus; eine internationale Koordination der Wirtschaftspolitik – über Proklamationen hinaus – ist kaum durchzusetzen, binnenwirtschaftliche Stabilisierungserfolge können leicht durch „externe“ Einflüsse neutralisiert werden; „expansive“ Konjunkturpolitik beschleunigt die Inflation.

### Der Weg in die Niederlage

Anders als von Mandel erwartet, führte die Zuspitzung der Krise – und mit ihr das Scheitern der Sozialdemokratie – nicht zur sozialistischen, sondern zur „neokonservativen“ Revolution. Zentralen Stellenwert für seine Analyse hatte die „Offensive der Arbeiterbewegung“ in den sechziger und frühen siebziger Jahren, die Eskalation von Streiks, Massendemonstrationen und Fabrikbesetzungen, oft – wie 1969 in der BRD – gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen.

Am Anfang ging es um höhere Löhne, nach einiger Zeit standen gewöhnlich auch Arbeitsorganisation und „Unternehmensziele“ zur Diskussion. Gleichzeitig wurden die unterschiedlichsten „Gegenmacht-

*Vertraut man dem statistischen Modell, dann wäre die Prosperitätsphase um 1970, die anschließende „Große Depression“ jetzt, Mitte der neunziger Jahre, zu Ende.*



Börsencrash 1929 ...

Strategien“ entwickelt, von „autonomen Fabrikräten“ bis zur „paritätischen Mitbestimmung“. In den meisten Ländern folgte eine Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der „Lohnabhängigen“.

Aber nicht allein das reformistische Projekt eines „gebändigten Kapitalismus“ scheiterte – alle wichtigen Strömungen links-traditioneller Politik erlebten statt der „Götterdämmerung des Profitsystems“ ihren eigenen Bankrott.

Mandel wußte, daß die Militanz jener Jahre die Hochkonjunktur, die fehlende „Disziplinierung“ der Beschäftigten durch die Arbeitslosigkeit zur Voraussetzung hatte. Doch dem Kapital fiel der Weg aus der Defensive ungeahnt leicht. Von London bis Pnom Penh diskreditierte die Linke – blutbefleckt, subaltern oder „nur“ wirr – sich selbst.

### Defizite der Linken

Das Dilemma der „autoritären Arbeiterbewegung“ – in ihrer diktatorischen wie ihrer sozialreformerischen Variante – hatte Mandel schon 1967 in einem polemischen Text mit dem Titel „Über die Bürokratie“ analysiert.

Aber auch die wenigen Ansätze einer demokratischen, radikal antikapitalistischen Wirtschaftspolitik scheiterten – in Chile in der Regierungszeit der „Unidad Popular“, dann zu Beginn des „Experiments Mitterand“ in Frankreich, während der unruhigen sozialistisch-kommunistischen Koalition. In beiden Fällen erwies sich, daß gegen eine entschlossene Boykottstrategie des Kapitals – „Investitionsstreiks“, Kapitalflucht – in einem Land allein nicht anzukommen war.

Gerade die Befangenheit der Linken, der Gewerkschaften im „nationalen Bewußtsein“ kritisierte Mandel immer wieder. Und während heute Kapital mit wachsender Selbstverständlichkeit als „global player“ agiert, gibt es auf Seiten der „Arbeit“ nach wie vor nur dürftige Ansätze internationaler Kooperation, breiten sich nationalistisch-fremdenfeindliche Überzeugungen vor allem in der „Arbeiterklasse“ aus.

Die Hoffnung auf eine „Offensive der Linken“ war nicht die einzige Fehleinschätzung Mandels. Typische Defizite der sozialistischen Bewegung spiegeln sich auch auf den Seiten von „Der Spätkapitalismus“. Die „ökologische Herausforderung“ war schon 1972 zu spüren. Mandel verweist durchaus zustimmend auf Karl

William Kapps Theorie der „Sozialkosten“, der durch den „freien Markt“ bedingten Wohlstandsverluste, er hebt wie der nonkonformistische US-Ökonom den Konflikt zwischen Teil-Rationalität und Gesamt-Irrationalität in Ökonomie und Ökologie hervor. Anders als der „mainstream“ ignorierte Mandel also die Probleme nicht, die wenig später ins Zentrum „grüner“ Wirtschaftstheorie rückten – aber mehr als einige Randbemerkungen waren sie ihm auch nicht wert. Im Gegenteil findet sich häufig bei ihm ein aus heutiger Sicht naiver technologischer Optimismus.

Ebenfalls charakteristisch: der übersehene Stellenwert „weiblicher Reproduktionsarbeit“; die „Ökonomie der Frauen“ – ein „weißer Fleck“ nicht nur im Denken Mandels, sondern des traditionellen Sozialismus allgemein.

### Die „kapitalistische Revolution“

Mandel skizzierte in „Der Spätkapitalismus“ – im Zusammenhang mit dem Auslaufen der „langen Welle der Prosperität“ – auch eine mögliche Gegenoffensive des Kapitals, die er allerdings für *politisch* kaum mehr durchsetzbar hielt.

Natürlich scheiterte die „Arbeiterbewegung“ nicht allein an ihren Fehlern und Widersprüchen. Fatal wirkten sich zwei Jahrzehnte Massenarbeitslosigkeit aus. Unter „normalen“ Bedingungen, so Mandel (und Marx), ist das Kapital nicht an Vollbeschäftigung interessiert, sondern an einer nicht zu hohen und nicht zu niedrigen Erwerbslosigkeit, die vor allem zur Disziplinierung der noch Beschäftigten – gerade mit Blick auf „unverantwortliche“ Umverteilungs- und Mitbestimmungsforderungen – dient.

Elemente der „kapitalistischen Offensive“ laut Mandel: die Gewinnung von Minderheiten der „Lohnabhängigen“ – Facharbeiter, qualifizierte Angestellte – durch großzügige oder auch nur bescheidene Privilegien; Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung; Abbau von sozialen Garantien – Stichworte „Flexibilisierung“, „prekäre Arbeitsverhältnisse“; organisierte „Standortkonkurrenz“, national wie inter-



national; schließlich die Taktik des „Ausblutenlassens“ – exemplarisch im britischen Bergarbeiterstreik 1984/85, in der BRD die „Operation Rheinhausen“.

Überall zeigte sich, daß es im Zweifel eine konsequente „Klassen-solidarität“ des Kapitals gab, aber allenfalls eine punktuelle Solidarität der „Arbeit“.

### Prosperität oder Katastrophe ?

Überzeugender als seine politischen Prognosen erscheinen heute Mandels ökonomische Analysen.

Bestätigt haben sich etwa seine Erwartungen, Befürchtungen im Hinblick auf die Kapitalzentralisation. Der Mythos Markt steht in krassem Gegensatz zur realen „Vermachtung“ der Märkte. Den Myriaden autonomer Unternehmen weltweit werden die „Spielregeln“ von einigen tausend – vielleicht sind es auch nur fünfhundert – Industrie-, Handels- und Finanzkonzernen vorgegeben.

Ein anderes Beispiel: der „Volkskapitalismus“. Seiner beschwingten Ideologie zum Trotz konzentriert sich in den großen Industrieländern das Geld- und das Produktivvermögen bei einer verblüffend kleinen Minderheit der Bevölkerung, nicht viel anders als vor hundert Jahren. Nur ist die Tatsache, daß bei uns etwa fünf Prozent der Bürger und Bürgerinnen soviel Vermögen besitzen wie die restlichen 95 Prozent zusammen!, für die unendliche Geschichte „Wir alle müssen unsere Ansprüche reduzieren!“ ohne Bedeutung.

Über transnationale Konzerne, die bedrohte Hegemonie der US-Wirtschaft oder die Krise des internationalen Währungssystems wurde schon 1970 heftig debattiert. Als einer der ersten analysierte Mandel

*Gerade die Befangenheit der Linken, der Gewerkschaften im „nationalen Bewußtsein“ kritisierte Mandel immer wieder.*

**isw** sozial-ökologische  
Wirtschaftsforschung e.V.

**analysen  
fakten & argumente**

**isw-report**

erscheint vierteljährlich, DM 5,- + Versand  
(Jahresabo: 30,- DM)

**EURO-Strategien des Kapitals**

(Nr. 29, Oktober 1996)

**Das Geschäft mit der Wohnung**

(Nr. 30, Februar 1997)

**Deutsche Macht-Allianz**

(Nr. 31, April 1997)

**isw-spezial**

**Cuba libre - Kuba liberal?**

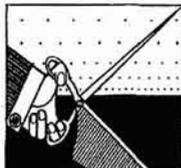
(Nr. 9, Januar 97), DM 5,- + Versand

**Energiesteuer - und dann?**

(Nr. 10, April 97), 80 S., DM 8,- + Vers.

**isw WIRTSCHAFTS-  
UND GRAFIKDIENTST**  
Nr. 4

**Armut & Sozialabbau  
in einem reichen Land**



Neu!

Neu!

Deutsche  
Macht-  
Allianz  
Geld und Macht  
der Deutschen Bank und  
Allianz-Versicherung

**isw** REPORT NR. 31  
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

**isw-wirtschaftsinfo extra**

**Von Krise zu Krise - Standortkrieg  
oder Beschäftigungspolitik**

(Nr. 25, Apr. 96), DM 5,- + Versand

**wirtschafts- und grafikdienst**

**Reichtum und Kapitalmacht in  
Deutschland** (Nr. 2, Nov. 95), 8,- + Vers.

**Der Steuer-Skandal**

(Nr. 3, Juni 96), 10,- DM + Versand

**Armut & Sozialabbau**

(Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Versand

Prospekte anfordern,  
Bestellungen,  
abonnieren, fördern  
bei isw sozial-ökologische  
Wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Str. 3,  
80639 München,  
Fax 089-168 94 15

die Globalisierung des Finanzsektors und seine zunehmende Verselbständigung gegenüber der „realen, produzierenden“ Ökonomie. Die Tausende von Milliarden, die heute in einem interkontinentalen „Casino-Kapitalismus“ hin- und hergeschoben werden, widerlegen nicht nur die Überzeugung, es fehle an Kapital für produktive Investitionen. Die auffallende Häufung von Kredit-, Börsen- und Währungskrisen seit dem Crash vom Herbst 1987 zeigt, daß sich kaum noch kalkulierbare Risikopotentiale aufgestaut haben, gerade auch für die „reale Ökonomie“.

Die staatlichen Garantien für das private Finanzsystem, die bisher noch die Hoffnung begründen konnten, eine Katastrophe wie 1929/30 sei ausgeschlossen, erscheinen angesichts der irritierenden Eigendynamik und der kaum noch vorstellbaren Größe der heute über die Daten- Highways flackernden Summen brüchig. Gleichzeitig greift – Stichwort „Verlust der Zinssouveränität“ – nicht nur nationalstaatliche, sondern generell staatliche, öffentliche Regulierung privater Kapitalverwertung – man braucht sich nur an den Einsturz des Europäischen Währungssystems 1993 zu erinnern – immer häufiger ins Leere.

Ist die „Lange Welle der Stagnation“ tatsächlich überwunden? Bedeutet die zögernde internationale Konjunkturbelebung der letzten Jahre den Beginn einer neuen Epoche kapitalistischer Expansion?

Immerhin leuchten im gegenwärtigen Dunst gelbgrüne Signale:

- infolge der Massenarbeitslosigkeit und der Schwächung der Gewerkschaften sind die Reallöhne gesunken, in den USA beispielsweise die Stundenlöhne zwischen 1980 und 1995 um etwa 5%, in der „alten“ Bundesrepublik ist die „strukturbereinigte“ Lohnquote längst auf das Niveau der sechziger Jahre gefallen<sup>2</sup>;

- „lean production“-Strategien lassen die Gewinne eindrucksvoll steigen;

- in den letzten fünfzehn Jahren sind die Preise für Rohstoffe aus der Dritten Welt dramatisch gesunken<sup>3</sup>;

- die „Zweite Welt“, das ehemalige „Sozialistische Lager“, verheißt, trotz aller Unsicherheiten, Absatz- und Beschaffungsmärkte von kolonialer Dimension;

- Technologien wie „fortgeschrittene“ Mikroelektronik und Genma-

nipulation repräsentieren einen „kapitalsparenden“ Typ industrieller Entwicklung.

**Der Kapitalismus, „Sieger der Geschichte“?**

Unzufriedenheit und Protest werden in den westlichen Industrieländern (USA, Frankreich, Italien, Österreich) – angesichts kaum mehr wahrnehmbarer linker Alternativen – immer häufiger von der sozialen Demagogie der radikalen Rechten instrumentalisiert. Sind wir auf dem Weg in die „soziale Entropie“, in gesellschaftliche Desintegration und Brutalisierung, in den „Kampf aller gegen alle“?

Ernest Mandels Analysen, vor allem „Der Spätkapitalismus“, sind – trotz fataler Fehleinschätzungen – mit ihrem Weitblick und ihrer kritischen Unbefangenheit faszinierend. Auch heute, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, liefern sie „fundamentale“ Argumente für eine nicht nur ökonomische, sondern auch politische und moralische Kritik des Kapitalismus – und zahllose Anregungen für weitere theoretische Arbeit.

spw

**Auswahlbibliographie**

Es sind die deutschen Erstausgaben wichtiger Bücher Ernest Mandels aufgeführt.

Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1967

Marxistische Wirtschaftstheorie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1968

Über die Bürokratie, ISP-Verlag, Frankfurt/M. 1971

Der Spätkapitalismus, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972

Kritik des Eurokommunismus, Verlag Olle und Wolter, Berlin (West) 1978

Trotzki, Verlag Olle und Wolter, Berlin (West) 1979

Die langen Wellen im Kapitalismus, ISP-Verlag, Frankfurt/M. 1983

Die Krise. Weltwirtschaft 1974-1986, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1987

<sup>1</sup> H. Schlomann: „Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Westdeutschland“, in: E.-U. Huster (Hg.): „Reichtum in Deutschland“, Frankfurt/New York, 1993, S. 54ff.

<sup>2</sup> J. Huffschild: „Arbeit im Zerfall - Stimmungen und Tatsachen aus den USA“, in: „Zeitschrift Marxistische Erneuerung“, Nr. 26, Juni 1996, S. 24; M. Wendl: „Die angebotspolitische Wende in der Tarifpolitik“, in: PROKLA, Nr. 106, März 1997, S. 103.

<sup>3</sup> Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, Februar 1997, S. 156.

Seit 1995 nähern sich die grünen Positionen in rasantem Tempo dem sicherheitspolitischen Mainstream an. Die „Normalisierung“ grüner Außenpolitik erfolgt dabei v.a. entlang der Stichworte NATO-Osterweiterung und Bosnien. J. Fischer befand schon im Sommer 1995: „... in der Außenpolitik sind weite Teile der demokratischen Linken wie auch der demokratischen Rechten in zentralen Grundannahmen eigentlich einer Meinung ...“<sup>1</sup>. Jetzt vollziehen auch prominente grüne Linke den Anpassungsprozeß nach.

#### Das „Lutz-Papier“

Auf Initiative von D.S. Lutz (IFSH) trifft sich seit Anfang 1996 ein Kreis von SPD- und Grünen-PolitikerInnen zur Diskussion friedenspolitischer Themen. Entstanden ist dabei ein Papier, das zwar 5 Personen verfaßt haben, aber niemand verbindlich unterzeichnet hat. Es läßt aus grüner Sicht an folgenden Punkten interessante Positionsentwicklungen erkennen:

1. Auch wenn auf ein Glaubensbekenntnis zur NATO verzichtet und gemeinsame Sicherheit mit Rußland propagiert wird, bleibt die Hintertür zur NATO-Osterweiterung offen: „Abzulehnen ist ein Vorgehen, das einzelne Staaten zu neuen Mitgliedern der NATO macht, ohne ein sicherheitspolitisches Konzept für den Gesamttraum Europa zu entwickeln ... Sollte sich Rußland dem Konsensprinzip entziehen, so gilt es, bei allen erforderlichen Maßnahmen und Schritten die Möglichkeiten vereinbarter Kooperation gleichwohl offen zu halten und fortdauernd darauf hinzuwirken, daß das Konsensprinzip als Chance nicht verschüttet wird.“

2. Ja zur WEU: „Akzeptabel ist eine Westeuropäische Union (WEU), die im Übergang zu einer Sicherheitsgemeinschaft für Europa die Rolle der Europäischen Union stärkt und den Interessen derjenigen Staaten gerecht wird, die Nichtmitglieder der NATO sind bzw. werden. Abzulehnen ist eine WEU, die ohne Autorität eines kollektiven Sicherheitssystems militärische Einsätze in eigener Verantwortung durchführt.“

3. Die OSZE soll mit eigenen Streitkräften ausgerüstet werden, die wie üblich nur „als äußerstes Mittel“ zum Einsatz kommen sollen. Über die Ausrichtung dieser Truppen darf spekuliert werden, eine Ein-

schränkung auf klassische Peacekeeping-Aufgaben ist nicht festgeschrieben.

4. Spannend sind die Lücken, die das Papier läßt, wie z.B. die Frage, wie für notwendig erachtete Militäreinsätze (als äußerstes Mittel) organisiert werden sollen, solange die OSZE keine eigenen Streitkräfte hat. Wird für diese „Übergangszeit“ dann auf NATO und WEU zurückgegriffen?

#### Beschlußlage der Grünen zur NATO

Daß solche Positionen von der grünen Beschlußlage nicht abgedeckt sind, versteht sich von selbst. Noch im Mai 1996 hat der grüne Länderrat einen Beschluß gegen die NATO-Osterweiterung gefaßt. Im Bundestagswahlprogramm 1994 wurde realistisch eingeschätzt, daß die NATO „ihren ursprünglichen militärischen Charakter der atomaren und konventionellen Abschreckung einschließlich einer atomaren Erstschlags-Option nicht verändert, sondern ihm lediglich noch die Möglichkeit für eine globale Intervention hinzugefügt“ hätte. Konsequenz wurde als politisches Ziel die Auflösung der NATO formuliert.

Seitdem hat die globale Interventionsfähigkeit der NATO – die 57% der weltweiten Militärausgaben tätigt<sup>2</sup> – über neue Militärdoktrin, neue Kommandostruktur und den zügigen Aufbau der Krisenreaktionskräfte weiter Formen angenommen. Es gibt heute eigentlich eher mehr Gründe, die Osterweiterung dieser neuen, offensiv ausgerichteten NATO abzulehnen. Dem ehemaligen niederländischen Verteidigungsminister Bolkestein ist unbedingt zuzustimmen: „Die Nato ist kein Tennisclub.“<sup>3</sup>

#### Geschichte der NATO-Beitrittswünsche

Wichtiges Argument der grünen Erweiterungsbeefürworter sind die Beitrittswünsche Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns. Noch 1990 wollten diese neben dem Warschauer Pakt auch die NATO auflösen. V. Havel schwebte damals „eine Art Auflösungsagentur für die Pakt-systeme“ vor. Eingerichtet werden sollte eine „Sicherheitskommission mit Sitz in Prag“, bestehend aus allen KSZE-Mitgliedsstaaten.<sup>4</sup> Unterstützt wurde der Vorschlag von der UdSSR und Frankreich. Damit verbunden war eine KSZE-Euphorie, die Idee der

## Die „Normalisierung“ grüner Außenpolitik

von Uli Cremer\*

gemeinsamen Sicherheit und einer neuen Europäischen Friedensordnung triumphierte.

Spielverderber waren die NATO-Staaten. Sie hielten an ihrem Militärpakt eisern fest und begannen der KSZE mit Gegenorganisationen (NATO-Kooperationsrat, WEU-Konsultationsforum, Partnerschaft für den Frieden) das Wasser abzugraben. Der Stellenwert der einzelnen Institutionen läßt sich eindrucksvoll an den personellen Kapazitäten ablesen: Während die OSZE (Ex-KSZE) mit 155 Mitarbeitern<sup>5</sup> auskommen muß, hat die NATO allein für ihre Verwaltung in Brüssel fast das zehnfache (1.260) zur Verfügung<sup>6</sup>.

Polen, die CSFR, Ungarn und die anderen Länder begriffen, daß gemeinsame Sicherheit, daß ein kollektives Sicherheitssystem nicht zu haben war und machten sich schleunigst die NATO-Sichtweise, Sicherheit vor anderen, also auf Kosten anderer zu schaffen, zu eigen und fordern nun die Aufnahme in die NATO.

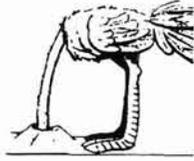
#### Kleine oder große NATO-Osterweiterung?

Die geplante (kleine) NATO-Osterweiterung um einige mittelosteuropäische Staaten ist natürlich ein unfreundlicher Akt gegen Rußland. Trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit, daß es dadurch zu einem Wiederaufleben der Blockkonfrontation kommt, eher gering zu veranschlagen: Konventionelle und atomare

*Es gibt heute eigentlich eher mehr als weniger Gründe als 1994, die Osterweiterung dieser neuen, offensiv ausgerichteten NATO abzulehnen. Die Stimmung bei den Grünen bewegt sich allerdings genau in die entgegengesetzte Richtung.*

\* Uli Cremer, ab 01.01.98 Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden, Internationales und Europa von Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied im Kuratorium des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH); er arbeitet im Management eines internationalen Lebensmittelkonzerns.

# express



ZEITUNG DER  
UNDOGMATISCHEN  
GEWERKSCHAFTSLINKEN

- ★ BEOBACHTUNGEN AKTUELLER  
ARBEITSKÄMPFE UND TARIF-  
BEWEGUNGEN IM IN- UND AUS-  
LAND
- ★ BERICHTE VON KRITISCHEN  
GEWERKSCHAFTERINNEN AUS  
DEN BETRIEBEN
- ★ KRITISCHE BETRACHTUNGEN  
DER GEWERKSCHAFTSPRESSE
- ★ DEBATTEN ZUR POLITIK DER  
ÖKONOMIE
- ★ NACHRICHTEN AUS DEN BE-  
TRIEBEN

- Ich möchte ein kostenloses  
Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 ak-  
tuellen Ausgaben zum Preis  
von 20 DM (nur gegen Vorkas-  
se, bar oder Briefmarken)
- Ich möchte den *express* abon-  
nieren und bitte um Zusendung  
weiterer Informationen.

Name

Straße

Ort

**AFP**

PF 10 20 62, 63020 Offenbach  
Tel. 069 / 88 50 06, Fax 82 11 16

Nachrüstung kann Rußland kaum finan-  
zieren, und für einen neuen Mili-  
tärpakt im GUS-Raum ist neben  
Weißrußland kein Partner in Sicht,  
zumal die Ukraine selbst eine NATO-  
Mitgliedschaft anstrebt.<sup>7</sup> Auch die  
strategische Partnerschaft mit China  
bleibt bisher vage. So wird sich Ruß-  
land auf die von der NATO angebo-  
tene Charta einlassen und sich das  
Entgegenkommen mit einigen wirt-  
schaftlichen und politischen Zuge-  
ständnissen vergüten lassen (z.B.  
Kredite/Investitionen, Aufnahme  
Rußland in die WTO, Erweiterung  
der G-7 zur G-8).

Interessant an der Charta sind  
neben den vermutlich fehlenden  
verbindlichen Zusagen der NATO,  
keine ausländischen Truppen und  
Atomwaffen in den Beitrittsländern  
zu stationieren, die kooperativen  
Elemente: Es sollen ein NATO-Ruß-  
land-Rat sowie „Planungseinheiten  
für gemeinsame militärische Opera-  
tionen zur internationalen Friedens-  
sicherung außerhalb der kollektiven  
Verteidigung der Nato“<sup>8</sup> geschaffen  
werden. Entsprechend schlug US-  
Außenministerin Madeleine Albright  
Rußland die Bildung einer gemeinsa-  
men Brigade vor.<sup>9</sup>

Die beschworene Partnerschaft  
zwischen NATO und Rußland hat  
also durchaus Substanz und Per-  
spektive: Im März 1997 versicherte  
US-Präsident Clinton, „er wolle Ruß-  
land nicht aus einem geeinten Euro-  
pa ausschließen und halte sogar die  
Tür zu einer späteren russischen  
NATO-Mitgliedschaft offen“<sup>10</sup>. Diese  
Äußerung kam nicht überraschend.  
Bereits im Sommer 1995 hatte der  
stellvertretende US-Außenminister  
Talbot den gleichen Gedanken vor-  
getragen.<sup>11</sup>

Langfristig wird also eine Bündel-  
ung der Militärpotentiale von NATO  
und Rußland, quasi die große  
NATO-Osterweiterung, die Heraus-  
bildung eines „Nordpakts“<sup>12</sup> ange-  
strebt. Im Sinne von Samuel Hun-  
tingtons Bestseller „Clash of Civilisa-  
tions“ würde sich der westliche Kul-  
turkreis mit dem orthodoxen Kultur-  
kreis militärisch verbünden.

Aber bereits die kleine NATO-  
Osterweiterung zielt auf den außer-  
europäischen Raum. In der gehe-  
men NATO-Studie MC 161/96 heißt  
es zum Thema Proliferationsge-  
fahr<sup>13</sup>: „Die gefährlichsten Regionen  
sind Nahost und Nordafrika, weil sie  
dem NATO-Gebiet am nächsten sind  
und weil verschiedene Staaten in  
diesen Regionen, insbesondere Liby-

en, Syrien, Irak und Iran, Massenver-  
nichtungswaffen besitzen oder ver-  
suchen zu entwickeln, die die Kapa-  
zitäten haben, Länder im südlichen  
NATO-Gebiet zu erreichen.“

### Grüne Bundestagsfraktion und NATO-Osterweiterung

Die grüne Bundestagsfraktion hat  
formal bisher keine Position zur  
NATO-Osterweiterung bezogen. Zur  
Fraktionssitzung am 18.03.97 lagen  
zwei konträre Anträge vor. Ein Be-  
schluß wurde nicht gefaßt, da die  
Mehrheit keinen Handlungsbedarf  
sah.

Der von Ludger Volmer, Angelika  
Beer u.a. eingebrachte Antrag be-  
gründet die Ablehnung der (kleinen)  
NATO-Osterweiterung mit befürch-  
teten negativen Auswirkungen auf  
die sicherheitspolitische Situation in  
Europa. Einigten sich jedoch Ruß-  
land und die NATO, hätte sich ein  
Gutteil der im Antrag vorgebrachten  
Einwände erledigt. Insofern ist gra-  
vierend, daß die mit der neuen Inter-  
ventionsorientierung der NATO ver-  
bundenen Aspekte der Kooperation  
zwischen der NATO und Rußland  
konsequent ausgeblendet werden.

Aber was ist mit der großen  
NATO-Osterweiterung? Seit 1995,  
also zeitlich parallel zur US-Regie-  
rung, vertreten Ludger Volmer und  
Angelika Beer die Position, Rußland  
solle Mitglied der NATO werden.  
Hintergedanke: Die NATO soll durch  
die Integration Rußlands in ein kol-  
lektives Sicherheitssystem verwan-  
delt werden. Angelika Beer könnte  
sich eine Erweiterung des Bündnis-  
ses als Übergangslösung vorstellen,  
sofern Moskau die Aufnahme er-  
möglichst würde. Das impliziert, daß  
der NATO-Beitritt Rußlands zeitlich  
später erfolgen könnte. Diese Bedin-  
gung für die Akzeptanz der ersten  
NATO-Erweiterungsrunde fehlt übrigs  
im Lutz-Papier (s.o.), auf das sich  
Volmer und Beer positiv bezie-  
hen ...

Am 09.04.97 erwärmte sich mit  
Joschka Fischer ein weiterer grüner  
Politiker für die große NATO-Oster-  
weiterung, so daß sich ein Kernstück  
für eine mögliche Einigungslinie in  
der Bundestagsfraktion abzeichnet.

### Bündnis 90/Die Grünen und der Bundeswehreinsetz in Bosnien

Über die unter dem Stichwort Bosni-  
en geführte außenpolitische Strate-  
giedebatte haben sich bei den Grü-  
nen drei Strömungen herausgebil-  
det, die auf der Bundesdelegierten-

konferenz in Suhl 1996 erneut mit eigenständigen Anträgen agierten. Frieder Otto Wolf u.a. forderten die Regierung auf, „sich für eine Ablösung von IFOR durch Peacekeeping-Einheiten der Vereinten Nationen nach Kapitel VI der UN-Charta einzusetzen, ohne daß ein Vakuum entsteht.“ Der militärpolitische Flügel (Joschka Fischer u.a.) hielt „eine Fortsetzung der Friedensmission in Bosnien-Herzegowina für unverzichtbar“, inklusive einer deutschen Beteiligung, „solange die Sicherheitslage ... diesen Einsatz zwingend macht.“ Der pazifistische Flügel (Uli Cremer u.a.) forderte unter dem Titel „Blaumützen nach Bosnien! Frieden schaffen ohne Waffen!“ den sofortigen Abzug der Bundeswehr bei gleichzeitigem konsequenten Einsatz nicht-militärischer Mittel. Da die Anträge nicht behandelt wurden, blieb „juristisch“ die Beschlußlage unverändert.

Für die politische „Weiterentwicklung“ sorgte die grüne Bundestagsfraktion, wobei der Kompromiß

zwischen dem militärpolitischen Flügel um J. Fischer und den „Bonner Linken“ um L. Volmer, K. Müller und A. Beer eine neue Kräftekonstellation markiert. Der am 13.12.96 gemeinsam eingebrachte Antrag betont die Notwendigkeit des Bundeswehreinsetzes, damit kein „Sicherheitsvakuum“ entstehe. Gleichzeitig wird der Wunsch geäußert, daß sich der geplante 18-monatige IFOR-Nachfolgeinsatz der NATO in Bosnien nach wenigen Monaten in eine friedenserhaltende Mission der UNO verwandeln möge. Während der Bundesvorstand den Kompromiß begrüßte, erteilten ihm 12 Grüne-MdB eine Absage.

Unterm Strich ist mit dem Fraktionsantrag die „Normalisierung“ grüner Außenpolitik einen großen Schritt vorangekommen. K. Voigt hatte Ende 1994 in Sorge um die grüne Regierungsfähigkeit gefordert: „Bündnis 90/Die Grünen sollten bereits in der parlamentarischen Arbeit der neuen Legislaturperiode zu einer prinzipiellen parlamentari-

schen Unterstützung von multilateralen politischen und militärischen Beiträgen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen bündnispolitischer und völkerrechtlicher Verpflichtungen bewegt werden.“ Dem Mann konnte geholfen werden.

spw

- 1 Die Zeit 14.7.95
- 2 Vgl. „Military Balance“ 1995/96“
- 3 Vgl. t'z 11.2.97
- 4 Vgl. taz 10.4.90
- 5 OSZE-Jahrbuch 1996, Baden-Baden 1996, S. 578
- 6 Vgl. Fischer Weltalmanach 1997, Frankfurt/M. 1996
- 7 Vgl. FAZ 17.1.97
- 8 Vgl. „Grundzüge der Nato-Charta mit Rußland“, in NZZ 21.3.97
- 9 FAZ 19.2.97 „Für gemeinsame Brigade mit rtionierende Partnerschaft“ zwischen Clinton und Jelzin“
- 11 Amerika Dienst 24, 02.08.95
- 12 Mit dem Vorschlag, die OSZE mit eigenem Militär auszurüsten, sind die entsprechenden Gefahren verbunden.
- 13 Die NATO-Studie MC 161/96 wurde von der spanischen Zeitung „El Mundo“ teilweise im Wortlaut veröffentlicht. Deutsche Übersetzung in ami Heft 12, Dez. 1996, S. 13ff.

**Wer die Strategie verfolgt, die NATO über die Ingration potentieller Gegner in ein kollektives Sicherheitssystem zu verwandeln, muß die Aufnahme von Gegnern (z.B. Iran oder China), nicht von Partnern in die NATO spfordern.**



# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung  
Chefredakteur: Peter Glotz

## Thema 5/97: Wieviel Ungerechtigkeit verträgt die Demokratie?

*Edeltraud Roller*

Ist der Abbau des Sozialstaats eine Gefahr für die Demokratie?

*Robert Misik*

Vom Elend des Neoliberalismus

*Jörg Tremmel*

»Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt...«

*Andrea Böhm*

Amerikanischer Umgang mit sozialer Ungerechtigkeit

*Jörg Ihlau/Markus Kelle/Hans-Georg Napp/Thomas Thomma*

Die Einkommensteuer als Reformprojekt

*Cord Jakobeit*

Die Realisierungschancen der Tobin-Steuer

**außerdem:**

Gespräch mit *Imre Kertész*

»Auschwitz ist fast eine negative Offenbarung«

*Michael Kogon*

Buchenwald, Eugen Kogon, die Kommunisten und die Wahrheit

Zwei Beiträge zur Wehrmachtausstellung in München und Frankfurt a.M.

*Alexandra Senfft*

Kulturkampf in Israel

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Einzelheft DM 14,80/6S 108,-/sFr. 14,80. Jahresabo DM 99,-/6S 723,-/sFr. 92,- frei Haus. Abonnements und ältere Probehefte bei: Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE, Godesberger Allee 139, 53175 Bonn.

# Menschenrechte wahren – Armut beseitigen – Gewalt verhüten

Friedenspolitische Positionen des Frankfurter Kreises

von Konrad Gilges\*

*Wir benötigen eine dem Konzept der „Zivilmacht“ verpflichtete Außenpolitik.*

Am 23. März 1997 beriet der Frankfurter Kreis auf seiner Frühjahrstagung ein friedenspolitisches Konzept. Es wurde von der AG Frieden des Frankfurter Kreises erarbeitet. Grundlage für die Positionsfindung war das Berliner Grundsatzprogramm der SPD. Darin ist das Ziel formuliert worden, als Sozialdemokraten für eine friedliche, gerechte und kooperative Welt zu streiten. Für die Parteilinke gilt es, die Beschlußfassung der SPD angesichts des bevorstehenden Bundesparteitags zu beeinflussen. Die wichtigsten Forderungen werden hier gekürzt wiedergegeben.

## Ausgangslage

Der Frankfurter Kreis geht von einer dramatisch veränderten Sicherheitslage aus. Für Westeuropa existiert auf absehbare Zeit keine existenzgefährdende militärische Bedrohung. Konflikte beruhen heute zumeist auf sozialen und wirtschaftlichen Ursachen. Ungerechtigkeiten in der Verteilung des Reichtums innerhalb von Gesellschaften wie auch im Nord-Süd-Verhältnis lassen sich nicht mit militärischen Mitteln lösen. Ebenso wenig kann uns das Militär vor Risiken wie der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln, Terrorismus und Extremismus sowie ökologischen und bevölkerungspolitischen Probleme schützen.

Das Konzept der „interlocking institutions“<sup>1</sup> ist gescheitert. Wir benötigen daher eine neue friedenspolitische Vision für ganz Europa. Der Versuchung, den neuen Herausforderungen mit militärischen Mitteln zu begegnen, muß widerstanden werden. Gesamteuropäische Integration, Abrüstung, Entwicklungszusammenarbeit und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung unter Wahrung der Umwelt müssen die Antworten auf die neuen Herausforderungen sein.

## Für eine neue sozialdemokratische Friedenspolitik

Eine sozialdemokratische Friedenspolitik, an deren Umsetzung wir gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in der Sozialistischen Internationalen arbeiten, orientiert sich an folgenden Zielen:

- der Förderung von Menschenrechten und Demokratie,
- der Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, und
- der Entwicklung und Umsetzung einer Politik der Gewaltverhütung.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Vereinten Nationen (VN) entschlossen gestärkt werden. Desweiteren ist eine Neue Europäische Friedensordnung aufbauend auf der Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Überwindung der NATO sowie der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union (EU) zu errichten. Dazu benötigen wir eine dem Konzept der „Zivilmacht“ verpflichtete deutsche Außenpolitik und eine Beschleunigung des Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozesses sowie strengere Kontrollen der Rüstungsexporte.

## Für eine Politik der Gewaltverhütung

Bereits bestehende Konzepte und Instrumente für gewaltverhütende Politik werden nur unzureichend umgesetzt. Internationale Organisationen wissen oft frühzeitig über drohende Gewaltkonflikte Bescheid, können jedoch die notwendigen Gegenmaßnahmen nicht ergreifen. Verantwortlich dafür ist die fehlende Bereitschaft ihrer mächtigsten Mitglieder, sich zu engagieren.

Voraussetzung für diese Bereitschaft ist eine breite gesellschaftliche Debatte über die Vorzüge der Gewaltverhütung. Ziel dieser Debatte ist ein neuer sicherheitspolitischer Grundkonsens, der Gewaltverhü-

tung als Priorität von Sicherheitspolitik anerkennt. Vor diesem Hintergrund fordern wir, daß Schulen, Hochschulen, freie Träger der Jugendhilfe und Nichtregierungsorganisationen, die Initiativen zur Gewaltprävention erarbeiten oder auf dem Gebiet der Friedenserziehung tätig sind, stärker unterstützt und die Forschung über Gewaltverhütung intensiviert werden.

## Für eine Stärkung der VN

Die VN sind das einzig legitimierte Forum für weltweite Gewaltverhütung und Friedenssicherung. Sie stecken gegenwärtig in der Krise. Wichtige Mitglieder behindern die Arbeit der VN und machen sie zum Prügelknaben für eigene Versäumnisse. Sie überfrachten die Weltorganisation mit Aufgaben und verweigern die nötigen Mittel für deren Erfüllung.

Um den Bedeutungsverlust der VN zu stoppen und ihr Ansehen zu verbessern, müssen sie gestärkt, demokratisiert und reformiert werden. Leitidee ist, die VN zum Zentrum globaler Gewaltverhütung zu machen. Die wichtigsten Schritte sind die Sorge um eine solidere finanzielle Basis, ein Umdenken in der Friedenssicherung und eine demokratische Reform des Sicherheitsrates, die die Legitimation der VN erhöht. Weiterhin gehören eine effektivere Nutzung von Wirtschaftssanktionen sowie die Reform des Wirtschafts- und Sozialrates dazu.

## Für eine Neue Europäische Friedensordnung

Das Beharren auf Ordnungsmodellen des Kalten Krieges ist kein Ausweg aus Europas friedenspolitischer Sackgasse. „Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen“ (Berliner Grundsatzprogramm). Wir brauchen eine gesamteuropäische Ordnung, die neue Bruchlinien verhindert und bestehende Gefälle abbaut. Nur so ist gesamteuropäische Sicherheit zu gewährleisten.

Die OSZE, die sich als Forum der Vertrauensbildung und Gewaltverhütung bewährt hat, soll der Kern der Friedensordnung werden. Dies erfordert zunächst einmal die Erhöhung des OSZE-Budgets sowie die Einführung des „Opting-Out“-Prinzips und qualifizierter Mehrheitsentscheidungen. Sodann ist das Prinzip „OSZE zuerst“ umzusetzen und ein geordnetes und konstruktives Ver-

\* Konrad Gilges, MdB, ist u.a. Sprecher der AG Frieden des Frankfurter Kreises der SPD-Linken und Vorsitzender der AG „Armut“ der SPD-Bundestagsfraktion.

hältnis zu VN und EU zu gewährleisten. Nicht-Regierungsorganisationen müssen stärker als bisher einbezogen werden. Die Einrichtung einer verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit und die Aufstellung national gemischter Polizeiverbände anstelle militärischer Interventionstruppen ist eine weitere Kernforderung. Dazu gehört auch die Ausbildung von Spezialisten für Gewaltverhütung in Kooperation mit den VN. Die OSZE soll schließlich einen völkerrechtlichen Vertrag als Grundlage erhalten.

Wir müssen die NATO überwinden. Die sicherheitspolitischen Prioritäten Europas liegen nicht mehr in der militärischen, sondern in der sozioökonomischen Sicherheitsvorsorge. Die Aufrechterhaltung und Erweiterung von Bündnissen bindet dazu benötigte Ressourcen, die dringend für die Erweiterung der EU benötigt werden. Wir fordern daher die prozeßhaft angelegte Überführung der NATO in die Strukturen der OSZE, mithin also ihre schrittweise Überwindung. Dieser Prozeß ist mit einer Osterweiterung der NATO nicht vereinbar, weil Rußland erstens sicherheitspolitisch nicht isoliert werden darf. Zweitens würde das vereinbarte Gleichgewicht im Rahmen des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) gestört. Die Sicherheit der Beitrittskandidaten würde zum dritten nicht wesentlich erhöht. Des weiteren würden die sicherheitspolitischen Sorgen der nicht beigetretenen Staaten im Baltikum und in Südosteuropa nicht berücksichtigt. Fünftens darf die atomare Basis der NATO nicht ausgeweitet werden und sechstens sind weitere nukleare Abrüstungsschritte (START II/III) gefährdet.

Die EU muß vertieft und erweitert werden. Das Bemühen um sozialen Ausgleich aller europäischen Regionen und die Bekämpfung von Armut in Europa muß Vorrang haben. Anders als die NATO kann die EU dazu beitragen und so die OSZE-Sicherheitsarchitektur unterstützen. Die EU braucht kein militärisches Standbein. Die Westeuropäische Union kann im Zuge der europäischen Integration aufgelöst werden.

Eine völlige Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist nur langfristig zu verwirklichen. Zentrale Strategie der GASP muß die Gewaltverhütung werden.

**Für eine zivile deutsche Außenpolitik**

Deutschland soll als „Zivilmacht“ eine Vorreiterrolle im internationalen System übernehmen. Außen- und Sicherheitspolitik muß als ökologisch ausgerichtete, global orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik angelegt sein. So leistet sie einen besseren Beitrag zu Sicherheit, Frieden und nachhaltiger Entwicklung als Großmachtspolitik.

Deutschland belegt bislang regelmäßig einen Spitzenplatz unter den Rüstungsexporturen. Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern (Berliner Grundsatzprogramm). Rüstungsproduktion und -export ist auch nicht durch die Sorge um Arbeitsplätze legitimierbar. Die SPD fordert außerdem ein Ende der deutschen Minen-Forschungsprogramme und der Minenproduktion.

Die Bundeswehr muß verkleinert werden. Umfang und Präsenz der Bundeswehr müssen zunächst bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode deutlich reduziert werden. Das Nahziel bleibt die Umsetzung der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der deutschen Streitkräfte. Dies beinhaltet den Verzicht auf die Neubeschaffung von Großwaffensystemen. Krisenreaktionskräfte und das Kommando Spezialkräfte werden sofort aufgelöst. Dessen ungeachtet bleibt es erklärtes Ziel der SPD, Streitkräfte überflüssig zu machen. Bis dahin liegt die primäre Aufgabe der Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung. Die detaillierten Beschlüsse des Wiesbadener Parteitages der SPD, die klare Kriterien für eine deutschen Beteiligung an VN-Einsätzen liefern, haben nach wie vor Gültigkeit. Außerdem soll die Bundesregierung die Ausbildung von Kontingenten für internationale Polizeieinsätze einleiten.

Die Wehrform muß sich an den genannten Zielen orientieren. Das Festhalten an der allgemeinen Wehrpflicht darf keinesfalls eine Verkleinerung und Abschaffung der Armee behindern. Eine Alternative böte der seit Jahren von Sozialdemokraten und Kirchen vorgeschlagene freiwillige zivile Friedensdienst.

**Für neue Konzepte von Abrüstung, Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle**

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zentrale Elemente der Gewalt-

verhütung. Sowohl bei Massenvernichtungs- als auch bei konventionellen Waffen stagniert der Abrüstungsprozeß. Die Rüstungsexportkontrolle ist ungenügend. Statt auf Abrüstung zu setzen, diskutiert die NATO das Konzept der „Counter-Proliferation“<sup>2</sup>, das eine offensive Komponente enthält und neue Rüstungsschübe begünstigt.

Wir fordern eine atomwaffenfreie Welt. Ein erster Schritt dahin ist das Verbot der Stationierung von Kernwaffen auf fremdem Territorium. Nukleare Abrüstung soll ein Pfeiler europäischer Globalpolitik sein. Die beste Vorsorge gegen atomare Bedrohung ist die Sorge um die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Sie ist weitaus wirksamer als ein französischer Nuklearschirm. Europa darf sich nicht auf eine Strategie der nuklearen Abschreckung stützen. Eine Reform der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) ist unumgänglich. Ihre Inspektoren müssen mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Alle Staaten mit Nukleartechnologie müssen ihre Produktionsstätten und Reaktoren für Inspektionen öffnen und atomwaffenfähige Materialien deklarieren.

Wir fordern Aufklärung über den Stand der militärischen und der dual-use-Forschung<sup>3</sup> in der Bundesrepublik. Forschungen zu atomaren, biologischen oder chemischen Kampfstoffen müssen gestoppt werden. Die Verflechtung der nationalen Rüstungsindustrien in Europa muß aufgehoben werden. Die Bundesrepublik muß darauf hinarbeiten, daß innerhalb von EU und NATO ein striktes Rüstungsexportverbot beachtet und gemeinsame Konversionsmaßnahmen unterstützt werden. spw

*Das Beharren auf Ordnungsmodellen des Kalten Krieges ist kein Ausweg aus Europas friedenspolitischer Sackgasse.*

<sup>1</sup> Nach dem bisher nie konkret ausformulierten Konzept der 'interlocking institutions' sollten die sicherheitsrelevanten Institutionen wie etwa die UN, die OSZE, die NATO oder die WEU arbeitsteilig zusammenwirken. Dabei erfolgte jedoch keine Definition des Reformbedarfs für die einzelnen Institutionen. Anm. d. Red.

<sup>2</sup> Bei dem Konzept der 'Counter Proliferation' handelt es sich um Überlegungen, mit militärischen Mitteln – notfalls mit militärischen Angriffen – die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern.

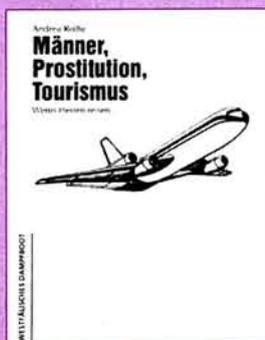
<sup>3</sup> Dual-use-Forschung bezieht sich auf Produkte bzw. Problemfelder, die sowohl militärisch als auch zivil einsetzbar sind.

# Schon wieder

# Wahl!

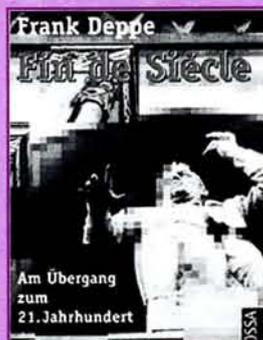
Wählen Sie zwei Prämien-Bücher aus, wenn Sie uns jemanden nennen, der ein neues **spw**-Abonnement haben will.

Geben Sie beide Buchstaben für die Buchprämien auf der **spw**-Abo-Karte an.



**A**

Andrea Rothe  
**Wenn Herren reisen ...**  
Männer, Prostitution,  
Tourismus, 280 S.,  
Ladenpreis DM 39,80



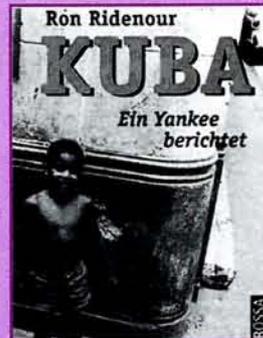
**D**

Frank Deppe  
**Fin de Siècle**  
Am Übergang zum  
21. Jahrhundert, 180 S.,  
Ladenpreis DM 28,-



**B**

Michael Ramminger/  
Ludger Weckel  
**Dritte Welt-Gruppen  
auf der Suche nach  
Solidarität**  
Bestandsaufnahme  
und Perspektiven,  
156 S.,  
Ladenpreis DM 24,80



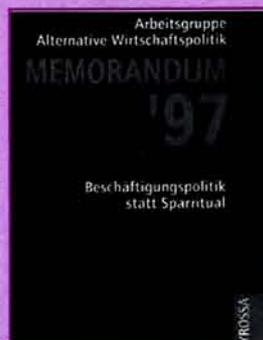
**E**

Ron Ridenour  
**Kuba**  
Ein Yankee berichtet,  
250 S.,  
Ladenpreis DM 29,80



**C**

Gilla Dölle/Sabine Hering  
**Lila ist Trumpf**  
Bildergeschichte zur  
deutschen Frauen-  
bewegung, 150 S.,  
Ladenpreis DM 29,80



**F**

Arbeitsgruppe Alternative  
Wirtschaftspolitik  
**MEMORANDUM '97**  
Beschäftigungspolitik statt  
Sparritual, 250 S.,  
Ladenpreis DM 29,80